



Die Tage des November.

Der Zusammenbruch. — Unterschiede zwischen Deutschland und Rußland. — Schwierigkeiten rechts und links. — Die Antwort der Gegenrevolution. — Die 1. Konferenz der A.- und S.-Räte. — Austritt der Unabhängigen aus der Regierung. — Die Wahlen zur Nationalversammlung. — Ermordung Kurt Eisners. — Der Märzparteitag der U. S. P. D.

Wenn wir heute, drei Jahre nach den Ereignissen, auf die Novembertage des Jahres 1918 zurückblicken, so wissen wir, aus welchen Gründen der Zusammenbruch des alten politischen und militärischen Systems nicht in die vollständige Umwälzung der kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsverfassung ausmünden konnte. Die Arbeiterbewegung stellte kein geschlossenes Ganzes dar. Sie war wohl nach dem Betrage der Kriegsjahre endlich erwacht, aber sie war nicht von dem klassengemäßen Bewußtsein durchdrungen, daß es nur durch die Zusammenfassung aller Kräfte möglich wäre, die sozialistischen Ziele zu erreichen. Auf dem linken Flügel stand der Spartakusbund, der wie hypnotisiert auf das russische Vorbild hinstarrte und sich auch für Deutschland den Ablauf der Revolution nur so vorstellen konnte, wie wir es an Rußland erlebt hatten: die Besitzergreifung der politischen und militärischen Macht durch einen kühnen Vorstoß, ausgeführt von einer kleinen Schar entschlossener Kämpfer und die rücksichtslose Ausübung der Diktatur auch gegen den Willen der Mehrheit des Volkes, selbst gegen den Willen der Mehrheit der Arbeiterklasse. Er erkannte nicht das Wesen der Revolution, sondern sah nur deren Begleiterscheinungen.

Zwischen Deutschland und Rußland bestanden aber gewaltige Unterschiede. In Rußland eine vollkommene Desorganisation des wirtschaftlichen, militärischen und staatlichen Apparats; weder das Bürgertum noch die Bauernschaft war als Klasse organisiert, denn weder die wirtschaftliche noch die politische Verfassung des Landes unter der Herrschaft des Zaren hatte die Möglichkeit zur Bildung von Parteien gegeben, die nach dem Zusammenbruch des alten Regimes als Vertreterinnen bestimmter Klassen die politische Macht an sich reißen und erhalten konnten. Den Bolschewiki kam nun zu Hilfe, daß sie durch die Uebernahme der bürgerlichen Parolen „Frieden und Land“ sowohl die Bauern als auch die politisch noch im Urzustande sich befindenden Arbeiter für sich gewinnen konnten. Nur aus solchen Umständen ist es zu erklären, daß der Handstreich der Bolschewiki im November 1917 gelang und daß sie durch die Eroberung des Regierungsapparats in den beiden Hauptstädten

Petersburg und Moskau sich sofort die Herrschaft über ganz Rußland sichern konnten. Die Bolschewiki folgten nicht Karl Marx, sondern Michael Bakunin; und seitdem sind es auch anarchistische Prinzipien, von denen ihre Herrschgewalt durchdrungen ist. Sie können sich darin nur so lange behaupten, als sie unter dem Deckmantel kommunistischer Theorien die Entwicklung der vorkapitalistischen Epoche des Landes zu der Periode des Kapitalismus fördern. Die Gegensätze zwischen kommunistischen Thesen und wirtschaftlichen Tatsachen müssen die bolschewistische Herrschaft verschlingen, sobald das Bauerntum sich als Klasse organisiert hat und die Grundlagen der bäuerlichen Wirtschaft, das Privateigentum an Grund und Boden, von den Bolschewiki ernstlich bedroht wird. Die Hauptstütze der bolschewistischen Herrschaft ist denn auch nicht die organisierte Macht und die sozialistische Erkenntnis des Proletariats, sondern die dem Bauer und dem Arbeiter gemeinsame Abneigung gegen die früheren Träger der wirtschaftlichen und politischen Herrschaft. Besteht diese Gemeinsamkeit der Interessen nicht mehr, müssen die Bauern befürchten, durch die Verwirklichung der kommunistischen Theorien ihres Privateigentums beraubt zu werden, so hat die Sterbeglocke der bolschewistischen Herrschaft geschlagen. Darum sehen wir, wie die Kommunisten, um sich an der Herrschaft zu halten, gerade das Gegenteil von dem tun, was die Grundsätze des Sozialismus und was ihre eigenen Grundsätze von ihnen verlangen. Sie sichern den Bauern das Privateigentum an Grund und Boden, sie schaffen durch die Freigabe des Handels die Vorbedingungen für neue kapitalistische Entwicklungen, sie rufen das ausländische Kapital zur Ausbeutung der natürlichen Schätze ins Land. Die wirtschaftlichen Tatsachen erweisen sich eben als stärker, als alle anarchistisch-kommunistischen Glaubenssätze.

Deutschland ist ökonomisch reif für die Verwirklichung des Sozialismus. Aber die politischen Verhältnisse lagen hier 1918 noch weit ungünstiger als 1917 für Rußland. Das Land war wehrlos den Ansprüchen der Entente preisgegeben. Das Bürgertum, wenn es sich auch im ersten Schreck der Novembertage feige verkroch, besaß doch starke wirtschaftliche und politische Organisationen. Die Bauern waren konterrevolutionär gesinnt, die Proletarier im Waffenrock hatten die geistverwüstenden Kriegsjahre hinter sich, sie wollten zumeist nur wieder nach Hause und endlich zur Ruhe kommen. Die Eroberung der politischen Macht in Berlin bedeutete noch längst nicht die Beherrschung des ganzen politischen Apparats des Reichs. Die Ausrufung der Räteherrschaft in der Reichshauptstadt wäre noch lange nicht die Feststellung der Tatsache gewesen, daß die Herrschaft an das Proletariat übergegangen war. Die Parole: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten, konnte nicht verwirklicht werden, solange ihr selbst in Berlin nur eine Minderheit folgte, Millionen von Arbeitern aber teilnahmslos oder gar widerstrebend beiseite standen. Nur die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte auf ein Ziel, die Verwirklichung der sozialen Demokratie, konnte damals die Herrschaft der Arbeiterklasse sichern; nicht durch die Zertrümmerung der Produktivkräfte, wie in Rußland, sondern nur durch ihre Erhaltung und ihre Sozialisierung konnten die unendlichen Schwierigkeiten überwunden werden.

Hier aber türmten sich die Hindernisse von der anderen Seite auf. Die rechtssozialistische Führung war während der Kriegszeit eine zu enge Bindung mit der Bourgeoisie eingegangen, als daß sie sich jetzt so schnell hätte darauf besinnen können, daß die Urkraft des Proletariats nur in seiner Selbständigkeit als Klasse liege. Ihr erster Gedanke während des Zusammenbruchs war nicht die Verwirklichung des Sozialismus, sondern sie sann nur darauf, wie sie durch das Festhalten an der Koalition mit Liberalen und Klerikalen wenigstens einige Konzessionen aus dem Bankrott retten könnte. Bis zum 9. November reichten ihre Bemühungen, den offenen Ausbruch der Revolution zu verhindern und die Errichtung einer vom sozialistischen Geist beherrschten Gemeinschaft unmöglich zu machen. Heinrich Ströbel, den man gewiß als unparteiischen Zeugen ansprechen darf, da er ein Jahr später den Weg zu der rechtssozialistischen Partei wieder zurückfand, hat in seiner Schrift: „Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten“ die Situation des November folgendermaßen geschildert:

Vier Jahre lang hatten die Mehrheitssozialisten alle Kriegskredite bewilligt, die Legende des Verteidigungskrieges verbreitet, jede deutsche Kriegsbarbarei beschönigt und nur da zielbewußte Rücksichtslosigkeit betätigt, wo es galt, den Burgfrieden gegen die Auflehnung unabhängiger Parlamentarier, Redakteure und streikender Arbeitermassen zu schützen. Noch in den letzten Tagen vor der Berliner Revolution, als sich bereits die gesamte Marine erhoben und ganz Nordwestdeutschland die Republik proklamiert hatte, warnte das Zentralorgan der Mehrheitler die Berliner Proletarier noch immer vor jeder Straßendemonstration. Als freilich die Berliner Arbeiter und Soldaten unbekümmert um die Warnungen des „Vorwärts“ am 9. November in einem Anlauf den ganzen Ordnungsplunder über den Haufen geworfen und im Schloß und auf dem Reichstag die rote Fahne gehißt hatten, verstanden sich die Scheidemänner der veränderten Situation ebenso plötzlich anzupassen wie in den ersten Augusttagen des Jahres 1914. Wie sie damals militärfremde Patrioten geworden waren, so wurden sie jetzt innerhalb weniger Stunden marxistische Revolutionäre. Die Geschwindigkeit war freilich keine Hexerei, denn diesmal wenigstens handelte sich wirklich nur um einen Kostümwechsel.

Die Unabhängige Sozialdemokratie brauchte diesen Kostümwechsel nicht mitzumachen. Sie blieb, was sie von Anfang an gewesen war, die Partei des proletarischen Klassenkampfes und der sozialistischen Erkenntnis. Sie wurde weder von der Novemberrevolution überrascht, noch durfte sie sich einer Selbsttäuschung über deren Grundlage hingeben. Freilich hat auch sie Irrungen und Wirrungen durchzumachen gehabt, bis zwei Jahre danach die Spaltung von Halle auch die letzten Reste anarchistischen Denkens aus ihren Reihen entfernte. Aber was ihre offiziellen Kundgebungen in der damaligen kritischen Zeit offenbaren, den Geist marxistischen Wissens und Verstehens der Verhältnisse, das wird in der Geschichte der Arbeiterbewegung als ihr dauerndes Ruhmesblatt bestehen bleiben.

Am 12. November erließ die Partei diesen Aufruf:

Parteigenossen!

Mit Freude und Stolz sprechen wir zu Euch!

Das scheinbar gegen alle Stürme festverankerte Gebäude des preußisch-deutschen Militarismus ist zusammengebrochen.

Die Kronen der deutschen Fürstenthümer, die Krone des deutschen Kaiserthums sind wie Glas zerschellt.

Verheißungsvoll tritt an Stelle der Monarchie die sozialistische Republik.

Das revolutionäre Volk hat kurzen Prozeß gemacht mit den Trägern der alten Regierungsgewalt, den Generalen und Bürokraten. Es hat die Macht der Offiziere in der Armee, die Herrschaft der Junkerkaste in der Verwaltung, die Herrschaft des kapitalistischen Klüngels im öffentlichen Leben gebrochen und die Regierungsgewalt an sich gerissen.

Die Träger dieser Gewalt sind heute die Arbeiter- und Soldaten-Räte.

In derselben Stunde, in der die Mauern der alten Verwaltung zertrümmert sind, ist der Grund gelegt für den gewaltigen Bau der neuen sozialistischen Ordnung. Jetzt gilt es mit dem Aufgebot aller schöpferischen Kräfte den Frieden zu sichern, die revolutionären Errungenschaften zu festigen, um mit der politischen auch die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse zu vollenden.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat vom ersten Tage ihres Bestehens an das bevorstehende Ende des Militarismus und des Imperialismus verkündet und alles getan, um die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse zu entfesseln. Heftig bekämpft von der Sozialdemokratischen Partei, die noch beim Ausbruch der Revolution verständnislos diesen Ereignissen gegenüberstand und die Vorkämpfer der Revolution schmähete.

Die Not der Stunde verlangte gebieterisch die Herstellung einer Regierung, die dem blutigen Gemetzel ein Ende machen, die begonnenen Waffenstillstandsverhandlungen zum Abschluß bringen und den Frieden sicherstellen sollte. Eine Regierung, die mit Nachdruck an die Verwirklichung der sozialistischen Grundsätze herantritt.

Dafür war aber eine Gewähr nur gegeben, wenn unsere Partei entscheidenden Einfluß auf die Regierung bekam, deshalb verlangten wir, das neue politische Kabinett müsse ein rein sozialistisches sein, in dem beide sozialdemokratischen Parteien zu gleichen Teilen mit gleichen Rechten vertreten sind.

Diese Regierung konnte die Gewalt nur aus den Händen der Arbeiter- und Soldaten-Räte empfangen. Die Regierung wurde deshalb auch erst in dem Augenblick konstituiert, als die erste Vollversammlung des Berliner Arbeiter- und Soldaten-Rats die Bildung eines provisorischen Kabinetts in dieser Zusammensetzung billigte.

Durchdrungen von dem festen Glauben an die Durchführbarkeit unseres Endzieles gehen wir an die schwere Arbeit der Beseitigung der Kriegsübel und des Kriegselends, an den Wiederaufbau der zerstörten Volkswirtschaft, an die durchgreifende Umgestaltung aller Gebiete unseres öffentlichen Lebens, an die Ausmerzung aller Machtpositionen der bisher herrschenden, besitzenden Minderheit.

Wirksam kann dieses nur geschehen, wenn die Arbeiter in Massen zu uns stehen und unsere Arbeit fördern.

Sobald die Parteigenossen von den revolutionären Posten, auf denen sie jetzt Wache halten, sich entfernen können, werden wir einen Parteitag einberufen. Dort sollen unsere Genossen entscheiden über die Schritte, die wir unternommen haben.

Und nun auf zu rastloser Arbeit! Sammelt das Proletariat unter dem Banner der Partei, die kühn und klar sehend die Massen zu dem revolutionären Ziel geführt hat, das nun erreicht ist.

Es lebe die grundsatztreue, revolutionäre Sozialdemokratie, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Es lebe die sozialistische Internationale!

Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Unabhängige Sozialdemokratie war also, auf das Drängen der Soldaten- und Arbeiterräte, die stürmisch nach der Einigung des Proletariats riefen, in die Regierung der Volksbeauftragten eingetreten; aber sie hatte dort von Anfang an mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Links von ihr standen die Spartakusleute, die mit ihrer „Vorhut“ die Revolution durchführen wollten und denen die tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nur dazu dienten, um sie zu mißzichten; rechts stand die Sozialdemokratische Partei, die nur widerwillig sich vom Bürgertum gelöst und an das Proletariat angeschlossen hatte. Hinter sich aber hatte sie kaum 100 000 organisierte Mitglieder; sie war noch keine Landespartei, weite Gebiete des Reichs waren bisher von der unabhängigen Bewegung noch gar nicht berührt worden. Zu Anfang besaß sie erst wenige Blätter, nur mit der größten Anstrengung gelang es, bis zum Dezember ihre Zahl auf etwa zwanzig zu erhöhen. Die Volksbeauftragten regierten nicht miteinander, sondern gegeneinander und es stand schon nach wenigen Tagen fest, daß es bald wieder zum Bruche kommen würde.

Die Geister schieden sich vor allem in der Frage, wie der neue Staat aufgebaut werden sollte. Die Rechtssozialisten wollten die alten Organe des Staates erhalten wissen und sie höchstens mit Hilfe der formalen Demokratie umgestalten. Ihnen war die Revolution nur eine vorübergehende und dazu noch höchst unerfreuliche Erscheinung; deshalb verlangten sie, daß die Arbeiter- und Soldatenräte wieder verschwinden sollten, sobald sie ihre Aufgabe, die alte bürgerliche Ordnung wieder herzustellen, erfüllt hatten, und daß die Nationalversammlung über die endgültige Gestaltung des Staats entscheiden sollte. Die Unabhängigen Sozialdemokraten dagegen forderten die Anerkennung der Räte als der Organe der Revolution; Demokratie und Räte system sollte nicht als Gegensatz aufgefaßt werden, sondern das Räte system als die Organisation der werktätigen und produzierenden Bevölkerung würde die wahre demokratische Verfassung des Landes sein. Kaum, daß das alte Regime gestürzt war, so riefen die Rechtssozialisten schon nach der Nationalversammlung; die Unabhängigen aber wollten der Arbeiterklasse erst Zeit lassen, von den Forderungen des Sozialismus soviel wie nur immer möglich durchzusetzen. Die Regierung der Volksbeauftragten sollte durch Taten das Proletariat überzeugen, daß es kein Zurück mehr gäbe. Die Demokratie, so formulierte das Hilferding in einer der ersten Nummern des neuen Organs der Berliner Parteigenossen, der „Freiheit“, müsse so verankert werden, daß eine Reaktion unmöglich werde. Vor allem aber müßten wir beweisen, daß wir nicht nur Demokraten, sondern auch Sozialisten seien. Die Durchführung einer Reihe wichtiger sozialistischer Uebergangsmassnahmen sei ohne weiteres möglich, es müßten Stellungen geschaffen werden, die jedem kapitalistischen Gegenangriff

unangreifbar seien. Unsere Taten müßten jetzt unsere Propaganda sein. In dieser Situation erließ die Unabhängige Sozialdemokratie folgenden Aufruf:

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Die Ketten der politischen Unterdrückung sind zerbrochen, die Fesseln ökonomischer Ausbeutung nur gelockert. Auch sie müssen fallen. Die Arbeiter und Soldaten sind die Werkmeister der Umwälzung. In allen Arbeiter- und Soldaten-Räten liegt Kraft des Rechts der Revolution die politische Gewalt. Die Regierung übt sie aus, weil und solange sie das Vertrauen der Arbeiter- und Soldaten-Räte hat. Die Organisation der Arbeiter- und Soldaten-Räte erweitert und befestigt sich. Bezirksräte bilden sich an manchen Stellen. Bald wird ein Zentralrat für das ganze Deutsche Reich geschaffen werden.

Eine Zusammenfassung aller Kräfte ist erforderlich, damit aus den Ruinen neues Leben blühen kann, damit die deutsche Republik mit sozialistischem Inhalt erfüllt wird.

Die Bourgeoisie ruft mit verdächtiger Eile, nachdem sie sich vom ersten Schrecken der Revolution erholt hatte, tagein, tagaus nach der sofortigen Einberufung der Konstituante. Am lautesten gebärden sich dabei die alten Vertreter des Scharfmachertums, die wütendsten Feinde der Arbeiterklasse. Die Verräter des Volkswillens berufen sich jetzt mit einem Mal auf das Volk, aber sie wollen nicht den Ausdruck der Volksmeinung. Eine sofortige Zusammenberufung der Konstituante bedeutet Raub des Wahlrechts für Millionen, die seit Jahren täglich unter den größten Entbehrungen dem Tod ins Auge geschaut haben.

Ist das der Dank an die Soldaten, daß über die künftige Gestaltung, über das künftige Schicksal Deutschlands durch eine Wahl entschieden werden soll, von der ein großer Teil der Soldaten ausgeschlossen ist? Von einer konstituierenden Versammlung kann erst die Rede sein, wenn die Soldaten wieder in ihrer Heimat bodenständig geworden sind, wenn die Arbeiter erst eine feste Arbeitsstätte, ein Heim gefunden haben.

Von einer konstituierenden Versammlung kann erst die Rede sein, wenn es feststeht, daß die Bevölkerung der auf Grund des Waffenstillstandes besetzten Gebiete frei und unbeeinflusst wählen kann. Oder wird es jemand wagen, diesen das Wahlrecht zu entziehen?

Jeder Politiker weiß, daß die technischen Vorbereitungen einer Wahl schon früher längere Zeit erforderten. Jetzt sind überall neue Listen für alle über 20 Jahre alten Frauen und Männer anzulegen. Es darf nicht vorkommen, daß bei einem solch wichtigen Akte infolge Ueberstürzung Wahlberechtigte unregistriert bleiben und ihres Wahlrechts beraubt werden.

Eine Wahl hat nur dann Wert, wenn die Wähler auch über die ihr zugrunde gelegten politischen Fragen aufgeklärt werden. Millionen von Soldaten sind durch den sogenannten vaterländischen Aufklärungsdienst über die politischen Vorgänge dauernd belogen worden. Sie zu unterrichten, muß Zeit bleiben.

Konstituante — ja, sie wird kommen, aber sie kann erst kommen, wenn alle technischen und politischen Voraussetzungen erfüllt sind, wenn in ihr wirklich der Wille des aufgeklärten Volkes ausgeprägt ist.

Die Scharfmacher im Lande wissen sehr gut, daß die Wahl, wenn sie nicht zur Komödie gemacht werden soll, nicht in kürzester Zeit vorgenommen werden kann. Sie suchen die sozialistische Regierung zu diskreditieren und scheuen sich nicht, selbst das Ausland aufzupeitschen, daß es nicht eher Frieden gewähren soll, bis die Konstituante zusammentritt. Sie werden so in der Zeit der größten Not Friedensverhinderer.

Mitschuldig an diesem verbrecherischen Tun sind alle, die es stillschweigend oder ausdrücklich unterstützen. Merken die Rechtssozialisten noch immer nicht, daß sie die Geschäfte der Reaktion betreiben, wenn sie in das Geschrei der Arbeiterfeinde einstimmen?

Die Bourgeoisie verfolgt mit ihrem Kampfgeschrei noch einen anderen Zweck. Sie will alle tiefergreifenden sozialen Umgestaltungen aufhalten, indem sie glauben machen will, daß die sozialistische Regierung kein Recht habe, vor Zusammentritt der Konstituante Gesetze zu erlassen oder gar an die Sozialisierung der Betriebe vorher zu gehen. Die Regierung hat das Recht dazu, weil sich in ihr die gesetzgebende Macht des souveränen Volkes verkörpert, und sie hat die Pflicht dazu, wenn sie die Massen, die die Träger der Revolution sind, nicht im Stich lassen will. Diese Pflicht gilt es nunmehr zu erfüllen.

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Seid auf dem Posten! Werbt mit dem größten Eifer neue Anhänger für unsere Partei. Je stärker unsere Partei ist, desto sicherer ist es, daß die Forderungen des Sozialismus verwirklicht werden.

Um die Errungenschaften der Revolution festzuhalten und auszubauen, gibt es kein wirksameres Mittel, als die Stärkung unserer Organisation, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Während des ganzen Krieges hat unsere Partei die Kriegspolitik bekämpft, ihre Anhänger mit dem Geist des Sozialismus erfüllt. Ihre geschichtliche Aufgabe ist es, das Proletariat zu sammeln, zur Beseitigung jeder Klassenherrschaft, zur Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft.

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Bourgeoisie hatte zuerst als mit einer Selbstverständlichkeit damit gerechnet, daß es mit ihren Privilegien nunmehr für immer vorüber war. Kannte sie doch von allen biblischen Sprüchen den am besten, der da heißt „Auge um Auge, Zahn um Zahn“, und wie sie bisher das Proletariat niedergetreten hatte, so erwartete sie jetzt umgekehrt, daß die Arbeiterklasse ihre bisherigen Unterdrücker ohne Gnade niederwerfen würde. Als nun aber gar nichts von dieser Art geschah, da sammelten sich nach den ersten Tagen der Verwirrung wieder jene Kräfte, die auf die Revolution mit der Gegenrevolution zu antworten gedachten. In Berlin wurde der Versuch unternommen, Herrn Ebert zum Reichspräsidenten zu machen, damit er als Platzhalter für den zurückzuholenden Monarchen diene. War bis jetzt die Umwälzung fast friedlich vor sich gegangen, so kam es nunmehr zu größeren Blutvergießen. Und als ob nichts geschehen sei, versuchte Herr Fehrenbach, der bisherige Reichstagspräsident, im Dezember den Reichstag einzuberufen, damit er die Ordnung völlig wieder herstelle.

Das Stärkeverhältnis der revolutionären Kräfte zeigte sich auf der ersten Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, die Mitte Dezember in Berlin zusammentrat. Die Unabhängige Sozialdemokratie bildete nur eine Minderheit, der Spartakusanhang war auf eine lächerlich geringe Vertreterzahl angewiesen, die aber einen um so größeren Lärm machte. Die Masse der politisch ununterrichteten Soldatenräte hing dem Kongress wie ein Bleigewicht an. Gerade wegen dieser unzuverlässigen und unberechenbaren Zusammensetzung des Kongresses hätte man versuchen müssen, ihn, so gut es ging, für die noch zu

lösenden Hauptaufgaben der Umwälzung zu verwenden. Man konnte unmöglich die Forderung aufstellen: alle Macht den Räten, diese Forderung aber nur in dem Falle anerkennen, wenn sie dem Willen einer Minderheit entsprach. Unter dem Einfluß der Braß, Koenen und Kurt Geyer stellte sich aber die Unabhängige Fraktion schmollend beiseite, als die Konferenz die Einsetzung eines Zentralrats beschloß, der den Berliner Vollzugsrat in seinen Machtbefugnissen ablösen sollte. Beide Körperschaften haben von da an nur noch ein Schattendasein geführt: der Vollzugsrat, indem ihm keine neuen revolutionären Kräfte mehr zuflossen, und der Zentralrat, indem sich ihm die Mitarbeit der revolutionären Kräfte entzog. Das Feld blieb im Zentralrat ganz den Rechtssozialisten überlassen, ihre Tätigkeit erschöpfte sich darin, die Episode der Soldaten- und Arbeiterräte für Deutschland zu Ende zu bringen.

Die Konferenz hatte den Beschluß gefaßt, die Nationalversammlung einzuberufen, die Volksbeauftragten setzten dann den Wahltermin auf den 21. Februar fest. Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie erließ am 27. Dezember dazu einen Aufruf, in dem es hieß:

Die Tage seit der Revolution haben gezeigt, daß die historische Aufgabe der Partei damit nicht erfüllt ist. Die Massen in Stadt und Land haben zwar erkannt, daß nur im vollständigen politischen und wirtschaftlichen Neuaufbau die Rettung für die ungeheuren Kriegsschäden zu finden ist. Aber die rechtssozialistische Führerschaft geht nur allzu zaudernd und zögernd ans Werk. Sie fürchtet den Bruch mit den bürgerlichen Parteien, mit denen sie solange in enger Gemeinschaft gelebt hat. Sie schreckt zurück vor der kühnen Fortführung der Revolution, vor den notwendigen Maßnahmen ihrer Sicherung und der Niederhaltung der Gegenrevolution.

Der Verlauf der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte hat erneut den Beweis erbracht, daß alle energischen und durchgreifenden Maßnahmen auf den Widerstand der Rechtssozialisten stoßen. Die wichtigen und unumgänglich notwendigen Forderungen der Soldaten begegneten ihrem Widerstreben, und die Ausführung der Beschlüsse ist bei dem Widerstand der Heeresleitung nicht gesichert. Die Anträge der Unabhängigen Sozialdemokratie auf Wahrung der Rechte des Zentralrates wurden von ihren Anhängern niedergestimmt. Die revolutionäre Energie wurde nicht gestärkt, sondern geschwächt. Die USPD. erhält so die Aufgabe, als Trägerin einer prinzipiellen sozialistischen Politik für die Verwirklichung des Sozialismus in der revolutionären Epoche bis zum endgültigen Siege zu kämpfen. Die Partei verkennt nicht, daß die Hauptschlacht geschlagen werden muß zwischen dem vereinigten Bürgertum auf der einen Seite und dem Proletariat auf der andern Seite. Denn in diesem Wahlkampf handelt es sich nicht mehr um einzelne politische oder wirtschaftliche Forderungen der Arbeiterklasse, sondern es geht um die Aufhebung der Klassenherrschaft überhaupt, um die Ersetzung der kapitalistischen Ausbeutung durch die sozialistische Gesellschaft, der in Freiheit und Gleichheit verbundenen Menschheit. Soll aber dieses höchste Ziel, um das je gerungen worden ist, erreicht werden, so bedarf es der Vorkämpfer, die unbehindert um jede Rücksicht auf die Gegner, unbelastet von einer schuldbeladenen Vergangenheit die Wegbereiter des Neuen sein können. Um ungehindert diese Aufgabe erfüllen zu können, muß die USPD. in voller Geschlossenheit und Selbständigkeit in den Wahlkampf eintreten.

Die Partei erwartet von allen ihren Genossen, daß sie mit ganzer Kraft die Zeit ausnützen zur Werbung für die sozialistischen Ideen, zur Aufrüttelung der Massen, zur Gewinnung neuer Kämpfer.

Inzwischen ging die Gegenrevolution zum Angriff auf das Proletariat über. Die rechtssozialistische Führung hatte mit dazu beigetragen, daß im alten Heere, das von den Fronten zurückströmte, und nun wieder im Innern erschien, die Kommandogewalt bei den bisherigen Inhabern verblieb. Und diese säumten nicht, die günstige Situation in ihrem Sinne auszubeuten. Die Spartakusanhänger gaben ihnen bald Gelegenheit dazu, um unter dem Vorwande, die republikanische Regierung vor dem Terror der Strafe zu schützen, den eigenen Terror gegenüber der Arbeiterklasse aufzurichten. Wir können auch an dieser Stelle wiedergeben, was Ströbel in seiner Schrift über die nun folgende Periode der deutschen Revolution ausgeführt hat:

Mit der Wiederherstellung des alten Militarismus begannen die bisher so unblutig verlaufenen Kämpfe der Revolution sofort einen maßlos brutalen Charakter anzunehmen. Ohne die Bedeutung der Revolution durch den neuerstandenen Militarismus, ohne die gegenrevolutionären Putschversuche der Offiziers- und Unteroffiziersgarden im Dezember hätte der Spartakismus niemals eine Bedeutung gewonnen. Und ohne das Massaker in der Chausseestraße, ohne die Niederschießung unbewaffneter Demonstranten, ohne die eiferstichtigen Intrigen gegen Eichhorn wäre die blutige Januarwoche unmöglich gewesen. Aber für den neuen Militarismus war dieser Bürgerkrieg ja das „moralische Stahlbad“, der einzige Nachweis seiner Existenzberechtigung. Er konnte nur groß werden und sich über das ganze Reich ausdehnen, wenn es an möglichst vielen Orten „Putsche“ und „Aufstände“ zu unterdrücken gab. Je brutaler man auftrat, desto eher konnte man mit neuen Ausbrüchen der Volkserbitterung rechnen. So verfuhr man denn nach diesem Rezept. Die sogenannte Spartakus-Woche, die Ermordung von Liebknecht, Rosa Luxemburg, Jogiches, der 32. Mariner, die Exekution gegen Bremen, Düsseldorf, Braunschweig, Magdeburg, die Bluttaten im Berliner Osten, in München, kurz, all die Taten des Noske-Militarismus haben sich ja so tief in die Seele aller ehrlichen Demokraten und Sozialisten eingebrannt, daß eine lückenlose Auflösung der endlos langen Kette dieser Greuel wahrhaftig nicht vonnöten ist.

Für die Unabhängige Sozialdemokratie war nunmehr die Zeit gekommen, wo sie den Bruch mit den Rechtssozialisten vollziehen und aus der Regierung ausscheiden mußte. Man hat damals den unabhängigen Volksbeauftragten zum Vorwurf gemacht, daß sie mit diesem Schritte zu lange gezögert hätten. Dieser Vorwurf war nicht berechtigt; sie mußten solange in der Regierung bleiben, als noch die Möglichkeit bestand, die Revolution zu schützen. Erst als die Beteiligung an der Regierung eine offene Parteinarbeit für die Gegenrevolution bedeutete hätte, schlug die Stunde, in der der Bruch vollzogen werden mußte. Hugo Haase hat über die damit abgeschlossene erste Phase der Revolution in der Neujaahrsnummer der „Freiheit“ ausgeführt, daß die Arbeit der unabhängigen Volksbeauftragten nicht nur bei den Rechtssozialisten Schwierigkeiten fand, sondern daß sie sich auch der Angriffe zu erwehren hatten, die von den eigenen Parteigenossen ausgegangen waren. Dadurch erschwerten sie deren Tätigkeit und trugen eine unheilvolle Verwirrung in die Reihen der Partei. Es werde auch

künftig unbegreiflich erscheinen, daß namhafte Mitglieder der Partei darüber diskutieren konnten, ob die Beteiligung der Wahlen an der Nationalversammlung geboten sei. Hätte die U. S. P. auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte nicht trotz aller Warnungen den schweren taktischen Fehler begangen, den Zentralrat allein den Mehrheitssozialisten zu überlassen, so wäre jetzt eine andere politische Situation. Die Rechtssozialisten hätten aus der Regierung ausscheiden müssen, da selbst deren eigene Anhänger im Zentralrat keineswegs durchweg auf ihrer Seite standen. Dann erst hätte die U. S. P. die Möglichkeit gehabt, die sozialistischen Forderungen zu erfüllen und sich damit das Vertrauen der großen Massen, die bis dahin noch den Rechtssozialisten folgten, zu erwerben. Trotz der bisher begangenen Fehler aber habe die U. S. P. keinen Anlaß zum Verzagen, die Revolution sei noch nicht abgeschlossen und der Partei harrten noch große Aufgaben.

Um die Jahreswende traten die Spartakusanhänger aus der Unabhängigen Sozialdemokratie aus. Sie hatten damit wahr gemacht, was sie schon vor dem Gründungsparteitag in Gotha angekündigt hatten, daß sie nämlich die U. S. P. D. nur als schützendes Dach für sich benutzen wollten, das sie wieder verlassen würden, sobald die politische Situation für sie nicht mehr gefahrdrohend sei. Sie betrieben schon längst innerhalb der U. S. P. D. eine völlig selbständige Politik, ihre Wortführer wußten nichts Besseres zu tun, als die Politik der Partei ständig zu durchkreuzen. Mit dem Ausscheiden der Spartakusanhänger aus der Partei waren jedoch noch längst nicht alle halbsozialistischen und anarchistischen Elemente davongegangen; sie belasteten die Partei noch anderthalb Jahre lang, weniger mit dem Gewicht ihrer Gründe, als mit dem Schwall ihrer Phrasen. Erst im Oktober 1920 kam die endgültige Trennung auch von diesen Schichten, und damit die Herstellung einer einheitlichen und klaren Linie in Grundsätzen und Taktik.

Die Wahlen zur Nationalversammlung hatten der U. S. P. D. 2 186 305 Stimmen und 22 Mandate gebracht. Wenn sie damit auch weit hinter der rechtssozialistischen Partei zurückgeblieben war, die 11 112 450 Stimmen und 165 Mandate musterte, so konnte dieses Ergebnis doch nicht als ein ungünstiges Zeichen bewertet werden. Nur in wenigen Wahlbezirken besaß damals die Partei eine eigene Presse und eine schlagfertige Organisation. In vielen industriellen Bezirken, in manchen Großstädten waren nur wenige Stimmen abgegeben worden, denn dort bestand bisher nicht die Möglichkeit, aufklärend unter den Massen zu wirken. Wo dagegen Organisationen und Presse gearbeitet hatten, da stand die Mehrzahl der Arbeiterschaft zur Unabhängigen Partei; so in Berlin, in Mitteldeutschland, in Leipzig, in Thüringen und am Niederrhein.

Immerhin hatten die beiden sozialistischen Parteien 47 Prozent aller Wähler für sich gewonnen. Erwägt man, daß der Spartakusbund zur Wahlenthaltung aufgefordert hatte, daß viele Tausende von Proletariern im Soldatenrock noch nicht in die Heimat zurückgekehrt waren, so kann man wohl sagen, daß sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung die Mehrheit des Volkes für die

Parteien der Arbeiterklasse erklärt hatte. Welche Aufgabe war nunmehr von diesen Parteien zu erfüllen? Sie mußten den Willen der Massen vollstrecken, die Front gegen die Bourgeoisie, gegen den Klassenstaat, gegen die kapitalistische Ordnung nehmen und sofort an die Verwirklichung der sozialistischen Forderungen gehen. Die rechtssozialistische Partei versagte auch diesmal wieder. Sie stellte ein Rechenexempel auf, bei dessen Lösung sich ergeben müsse, daß nur eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien in Frage komme. Sie muteten dem Proletariat von vornherein zu, auf die Weiterführung der sozialen Revolution zu verzichten. Die Zeit bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung nutzten denn auch die rechtssozialistischen Volksbeauftragten, die die Regierung inzwischen allein weiterführten, nach Kräften dahin aus, um die Revolution zu liquidieren und die Arbeiterschaft zu „Ruhe und Ordnung“, will sagen, zur Anerkennung der alten wirtschaftlichen und staatlichen Verhältnisse zu zwingen. Sie wirkten in dieser Richtung positiv durch die Unterdrückung der Arbeiter- und Soldatenräte, der typischen Organisation des revolutionären Kampfes, und negativ dadurch, daß sie die Inangriffnahme der von der Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte geforderten Sozialisierung verschleppten und schließlich ganz verhinderten. Dieser Periode hat Noske, dieser wildgewordene Unteroffizier und Spießbürger, seinen Stempel aufgedrückt. Es ist nicht notwendig, alle Schandtaten gegen die Arbeiterklasse aufzuzählen, die mit dem Namen dieses Mannes gedeckt sind. Es genügt zu sagen, daß seine Ministerkollegen, daß die rechtssozialistische Parteileitung und schließlich auch die ganze Partei ihm oft genug ihr Vertrauen ausgesprochen und damit vor der Geschichte die volle Verantwortung für die berichtigte Noskepolitik mit übernommen haben. Mit vollem Recht ist in einem Aufruf, den die Parteileitung der U. S. P. D. und die Unabhängige Fraktion der Nationalversammlung am 8. Februar veröffentlicht haben, gesagt worden, daß die Verfälschung der Revolution nur möglich geworden sei, weil die Führer der Rechtssozialisten niemals den Mut zu einer sozialistischen Politik besessen hätten.

Die völlige Niederwerfung des Militarismus, so heißt es in dem Aufruf, war das erste Gebot der Revolution; die Rechtssozialisten haben es preisgegeben. Die Forderung des Kongresses der A.- und S.-Räte nach Abschaffung der alten Kommandogewalt und nach sofortigem Beginn der Sozialisierung haben sie mißachtet. Wie die Regierenden im alten Staate stützten sich die Ebert, Scheidemann, Noske, Landsberg in der „sozialistischen Volksrepublik“ nur auf die Gewalt der Waffen. Gewalt war ihr einziges Mittel, streikende Arbeiter und revolutionäre Kämpfer zur Ruhe zu bringen. Im Namen von „Ordnung, Ruhe und Sicherheit“ verweigerten sie Verhandlungen und gütlichen Ausgleich, bewaffneten sie Offiziere und Studenten, bewaffneten sie das Bürgertum gegen die Arbeiter und führten in Berlin und Bremen die schrecklichen Tage des Brudermordes herauf, den sie auch anderen Orten androhten.

Die Regierung der „Sozialistischen Volksrepublik“ ist die Gefangene des von ihr ins Leben zurückgerufenen Militarismus. Sie muß es daher dulden, daß die persönliche Freiheit, das Hausrecht, die Gesundheit, das Leben der revolutionär gesinnten Arbeiter angetastet werden, schlimmer und frecher als jemals unter dem Belagerungszustand des alten Staates. Sie mußte es dulden, daß Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die verhaftet und deshalb im Schutz der Regierung waren, von entarteten Sold-

knechten des neuen Militarismus ermordet, daß wehrlose Gefangene in größerer Zahl feige und hinterlistig erschossen wurden. Die Mörder gehen frei herum, gedeckt von den Generalen, den Herren der Regierung. Die revolutionären Kämpfer dagegen übergibt die sozialistische Regierung nicht einem revolutionären Tribunal, sondern den bürgerlichen Gerichten, die im Namen von „Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ Schreckensurteile aussprechen.

Wie der Militarismus, so triumphiert wieder der Kapitalismus. Wer immer geglaubt hat, daß noch vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung die Grundlage für die Sozialisierung der Betriebe geschaffen würde, er ist bitter enttäuscht worden. Stärkung des Kapitalismus ist die Losung der Bourgeoisie, deren Diktat die rechtssozialistischen Führer auch hier gehorchen. Sie planen die Einführung des Arbeitszwanges und der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems. Sie verdächtigen die Arbeiter, die durch Unterernährung, Ueberarbeit, Kriegsleiden körperlich geschwächt und erschöpft sind, der Trägheit und der Arbeitsscheu. Aber sie dulden es, daß Kapitalisten trotz vorhandener Bestellungen und Rohstoffe die Produktion einschränken.

Wenn die Unabhängige Sozialdemokratie lediglich auf die Wahrung der Interessen der eigenen Partei bedacht gewesen wäre, so hätte sie mit dieser Entwicklung der Dinge durchaus zufrieden sein können. Ununterbrochen strömten ihr Scharen neuer Anhänger zu, unaufhörlich stieg die Mitgliederziffer ihrer Organisationen, der Leserkreis ihrer Presse. Es waren, wenn auch nicht die schlechtesten, so auch nicht immer die geschultesten Kräfte aus dem Proletariat, die zu ihr stießen. Neben sehr wertvollen Elementen drängte sich auch manche Spreu in die Reihen der Partei, die später, als die hochgespannten Erwartungen nicht in Erfüllung gingen und die Wogen der politischen Bewegung nicht mehr so hoch rollten, wieder von ihr ging, entweder, um in dem anarchistisch-kommunistischen Hexenkessel von links das neue Heil zu suchen oder wieder in die frühere Gleichgültigkeit zu versinken. Der Parteileitung erwuchs die Aufgabe, die neuen Kräfte zu schulen, agitatorische und journalistische Befähigungen zu entwickeln, aus den mancherlei, sich oft widerstrebenden Ideen eine einheitliche Linie der Taktik zu bilden. Zugleich aber mußten die Mittel beschafft werden, mit denen der Kampf zu führen war. Die Partei verfügte nicht über den alten Organisationsapparat, der bei den Rechtssozialisten zu finden war, es mußte fast alles von Grund auf neu geschaffen werden.

Schon bei den wenige Wochen nach den Wahlen zu der Nationalversammlung vorgenommenen Wahlen für die Gemeinden zeigte sich, wie das Vertrauen der Arbeitermassen zu der Unabhängigen Sozialdemokratie wuchs. Die rechtssozialistischen Stimmen gingen rapide zurück, dagegen wuchs die Stimmzahl, die auf die Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie entfiel. In Berlin, wo die U. S. P. D. noch bei der Wahl zur Nationalversammlung hinter den Rechtssozialisten marschierte und an zweiter Stelle der Parteien stand, rückte sie jetzt an die Spitze vor. Auch bei den Wahlen in den Einzelstaaten zeigte sich das gleiche Bild.

Einen schweren Verlust erlitt die Unabhängige Sozialdemokratie am 21. Februar 1919 durch die Ermordung Kurt Eisners, des bayerischen Ministerpräsidenten. Kurt Eisner mag kein Politiker von großem Wurf gewesen sein; aber er war ein wahrhaftiger und

darum großer Mensch, einer der Edelsten und Reinsten, die je an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung gestanden hatten, ein Gegner der Lüge und der Gewalt. Sein Leben hatte der Arbeiterklasse gehört, und sein erstes Wort, als er in München die Revolution zum Siege geführt hatte, war: Einigung des Proletariats. Er war ein Prophet des neuen Geistes, der die Menschheit aus dem Dunkel unserer Tage hinführen sollte zu einer neuen höheren Gemeinschaft. So wurde er vom Münchener Proletariat geliebt, und so empfand das bayerische Proletariat die Ermordung Eisners als einen Schlag, der die ganze Arbeiterklasse treffen sollte. Nur so ist es zu erklären, daß die Tat des gräßlichen Meuchelmörders eine Erregung auslöste, die in dem Versuche ausmündete, eine Räterepublik für Bayern zu begründen.

In den Stürmen dieser Zeit, die im einzelnen zu schildern an dieser Stelle zu weit führen würde, tagte in Berlin vom 2. bis zum 6. März 1919 der zweite Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie. Die Partei sollte sich selbst Rechenschaft ablegen über ihre bisherige Tätigkeit, sie sollte sich neues Rüstzeug schaffen für die in der kommenden Zeit zu erwartenden schweren Kämpfe. Es waren 180 Delegierte anwesend, dazu eine Reihe von Mitgliedern der Parteileitungen und auch mehrere ausländische Gäste. Im Ruhrrevier und in Mitteldeutschland waren gerade um diese Zeit große Streiks ausgebrochen und auch die Berliner Arbeiterschaft rüstete sich zum Generalstreik. In vielen Fällen war der Eisenbahnverkehr lahmgelegt, zeitweise blieb die Nationalversammlung, die sich nach Weimar verzogen hatte, ohne jede Verbindung mit der Außenwelt. In Berlin tobte der letzte Kampf zwischen den Ueberresten der Arbeiterwehren und der Söldlinge des Noske-Militarismus. Das alles wirkte auch hemmend auf den Parteitag ein, eine Anzahl Delegierte konnten entweder nicht erscheinen, oder sie mußten vorzeitig wieder abreisen, die Verhandlungen selbst verliefen in nervöser Spannung.

Zwei Strömungen rangen auf dem Parteitage um die Oberhand. Die eine Auffassung ging von den realen wirtschaftlichen und politischen Tatsachen aus; ihr Hauptsprecher war Hugo Haase. Er verlangte, daß klare Trennungslinien gezogen werden sollten, sowohl gegen die reformistische Politik von rechts, wie gegen die putschistische Taktik von links. Ebenso wie es eine Illusion sei, daß man durch die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie die Forderungen des Sozialismus erfüllen könne, so sei es unmöglich, wie es der Spartakusbund glaube, daß eine kleine entschlossene Schar die politische Macht erobern und dauernd sichern könne. Die Unabhängige Sozialdemokratie müsse auf Grund der sozialistischen Erkenntnis die Massen des Proletariats für sich gewinnen und sie in den Kampf um den Sozialismus führen. Dann werde die Herrschaft des Proletariats, seine Diktatur kommen.

Ernst Däumig, der als Wortführer der anderen Auffassung das Korreferat hielt, verlangte, daß die Partei zugunsten des Räte-systems abdanke. Er baute für diesen Zweck ein sehr künstliches Gedankengebäude auf, das nur an dem einen, allerdings entscheidenden Fehler litt, daß es die tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse unberücksichtigt ließ. Das Räte-system kann

nie das Ziel des Sozialismus sein, sondern es darf nur ein Mittel zur Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische bilden. Däumigs Ausführungen gipfelten aber darin, daß er dieses Mittel zum Zwecke machen wollte, und von diesem Standpunkt aus zur Verneinung des Parlamentarismus, zur Absage an die politische Partei, zur Verachtung der mühevollen agitatorischen Kleinarbeit in der Arbeiterschaft kam. Viel wäre der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung im ganzen erspart geblieben, wenn Ernst Däumig und seine Freunde damals schon den Mut der Konsequenz gehabt und sich dem Spartakusbunde angeschlossen hätten. Dort war aber nur eine kleiner Haufe von Arbeitern zu finden, während in der unabhängigen Sozialdemokratie die Massen des revolutionären Proletariats sich vereinigten. Und so blieben denn Däumig und seine Gesinnungsgenossen so lange in der Partei, bis im Herbst 1920 der Machtpruch von Moskau ihrem zweideutigen Spiele ein Ende setzte.

Ueber den Stand der Organisation konnten Luise Zietz und Wilhelm Dittmann günstiges berichten. Vor der Revolution zählte die Partei ungefähr 100 000 Mitglieder, in den wenigen Monaten seitdem war ihre Zahl auf über 300 000 gestiegen, unter denen sich ungefähr 70 000 Frauen befanden. An Parteizeitungen zählte die U. S. P. D. 45, Rudolf Breitscheid gab als unabhängige Wochenschrift den „Sozialist“ heraus. Das Fundament der Partei war also gegeben, die organisatorische Voraussetzung für die Ausbreitung der Bewegung geschaffen.

Die Gegensätze zwischen den beiden in der Partei herrschenden Auffassungen kamen noch bei einer anderen Frage, bei der Stellung zu den Gewerkschaften, zum Ausdruck. Robert Dittmann verlangte, daß die oppositionellen Kräfte, die die Gewerkschaften wieder auf den Boden des Klassenkampfes zurückführen wollten und die die von den Gewerkschaftsleitungen mit den Unternehmern abgeschlossene Arbeitsgemeinschaft ablehnten, in den Organisationen bleiben und an deren Revolutionierung arbeiten sollten. Richard Müller dagegen, von dem man bei jeder Gelegenheit eine neue, sich bald als falsch erweisende Prophezeiung hören konnte, sagte diesmal voraus, daß die Gewerkschaften nicht bestehen bleiben, sondern daß sie vom Räteystem aufgesaugt werden würden. Wer also das Räteystem wolle, der müsse die Gewerkschaften ablehnen. Diese Auffassung hat Richard Müller und seine Freunde später, als sie schon bei den Kommunisten waren und die Spaltungsarbeit auch in den Gewerkschaften mit dem größten Eifer betrieben, nicht daran gehindert, zu behaupten, daß sie die bewährtesten Freunde der Gewerkschaften seien.

Das Ergebnis der Beratungen des Parteitagess wurde in folgende programmatische Kundgebung zusammengefaßt:

Unter Aufrechterhaltung der leitenden Gedanken des grundsätzlichen Teils des Erfurter Programms erklärt der Parteitag:

Im November 1918 haben die revolutionären Arbeiter und Soldaten Deutschlands die Staatsgewalt erobert. Sie haben aber ihre Macht nicht befestigt und die kapitalistische Klassenherrschaft nicht überwunden. Die

Führer der Rechtssozialisten haben den Pakt mit den bürgerlichen Klassen erneuert und die Interessen des Proletariats preisgegeben. Sie treiben eine Verwirrungspolitik mit den Worten „Demokratie“ und „Sozialismus“.

In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind demokratische Rechtsformen Truggebilde. Solange der politischen Befreiung nicht auch die wirtschaftliche Befreiung und Unabhängigkeit gefolgt ist, besteht keine wahre Demokratie. Die Sozialisierung, wie die Rechtssozialisten sie betreiben, ist ein Gaukelspiel. Sie begnügen sich, unter Schonung der kapitalistischen Interessen, mit einer „gemischt-wirtschaftlichen“ Bewirtschaftung und sogar nur mit der „öffentlichen Kontrolle“ der nach ihrem eigenen Urteil für die sofortige Vergesellschaftung reifen Betriebe.

Das klassenbewußte Proletariat hat erkannt, daß sein Befreiungskampf nur von ihm allein und nicht nur mit den bisherigen Organisationen durchgeführt werden kann, sondern daß dazu auch eine neue proletarische Kampforganisation erforderlich ist.

Im Räteystem hat sich die proletarische Revolution diese Kampforganisation geschaffen. Sie faßt die Arbeitermassen in den Betrieben zu revolutionärem Handeln zusammen. Sie schafft dem Proletariat das Recht der Selbstverwaltung in den Betrieben, in den Gemeinden und im Staate. Sie führt die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische durch.

In allen kapitalistischen Ländern entwickelt sich das Räteystem aus den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen und wird zum Träger der proletarischen Weltrevolution.

Die geschichtliche Aufgabe der U. S. P. ist es, die Bannerträgerin des klassenbewußten Proletariats in seinem revolutionären Befreiungskampf zu sein. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei stellt sich auf den Boden des Räteystems. Sie unterstützt die Räte in ihrem Ringen um die wirtschaftliche und politische Macht. Sie erstrebt die Diktatur des Proletariats, des Vertreters der großen Volksmehrheit, als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus. Erst der Sozialismus bringt die Beseitigung jeder Klassenherrschaft, die Beseitigung jeder Diktatur, die wahre Demokratie.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die U. S. P. aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel, einschließlich der Parlamente. Sie verwirft planlose Gewalttätigkeiten. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Personen, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Die nächsten Forderungen der U. S. P. D. sind:

1. Einordnung des Räteystems in die Verfassung. Entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben.

2. Völlige Auflösung des alten Heeres. Sofortige Auflösung des durch Freiwilligenkorps gebildeten Söldnerheeres. Entwaffnung des Bürgertums. Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft. Selbstverwaltung der Volkswehr und Wahl der Führer durch die Mannschaft. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

3. Die Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmungen ist sofort zu beginnen. Sie ist unverzüglich durchzuführen auf den Gebieten des Bergbaues und der Energie-Erzeugung (Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität), der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, sowie anderer hochentwickelter Industrien und des Bank- und Versicherungswesens. Großgrundbesitz und große Forste sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die gesamten wirtschaftlichen Betriebe durch Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, sowie Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. In den Städten ist das private

Eigentum an Grund und Boden in Gemeindeseigentum zu überführen und ausreichende Wohnungen sind von der Gemeinde auf eigene Rechnung herzustellen.

4. Wahl der Behörden und der Richter durch das Volk. Sofortige Einsetzung eines Staatsgerichtshofes, der die Schuldigen am Weltkriege und an der Verhinderung eines zeitigeren Friedens zur Verantwortung zu ziehen hat.

5. Der während des Krieges geschaffene Vermögenszuwachs ist voll wegzusteuern. Von allen größeren Vermögen ist ein Teil an den Staat abzuführen. Im übrigen sind die öffentlichen Ausgaben durch stufenweis steigende Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern zu decken. Die Kriegsanleihen sind zu annullieren unter Entschädigung der Bedürftigen, der gemeinnützigen Vereine, Anstalten und der Gemeinden.

6. Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Schutz und Fürsorge für Mutter und Kind. Den Kriegerwitwen und -waisen und den Verletzten ist eine sorgenfreie Existenz sicherzustellen. Den Wohnungsbedürftigen sind überflüssige Räume der Besitzenden zur Benutzung zu übergeben. Grundlegende Neuordnung des öffentlichen Gesundheitswesens.

7. Trennung von Staat und Kirche und Trennung von Kirche und Schule. Öffentliche Einheitsschule mit weltlichem Charakter, die nach sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen auszugestaltet ist. Anspruch jedes Kindes auf die seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung und die Bereitstellung der hierzu erforderlichen Mittel.

8. Einführung eines öffentlich-rechtlichen Monopols für Inzerate und Uebertragung an die Kommunalverbände.

9. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Nationen. Sofortige Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur russischen Räterepublik und zu Polen. Wiederherstellung der Arbeiter-Internationale auf dem Boden der revolutionären sozialistischen Politik im Geiste der internationalen Konferenzen von Zimmerwald und Kiental.

Die U.S.P.D. ist der Ueberzeugung, daß durch die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte, die sie erstrebt, der vollständige und dauernde Sieg des Proletariats beschleunigt und gesichert wird. Das Bekenntnis in Wort und Tat zu den Grundsätzen und Forderungen dieser Kundgebung ist aber die notwendige Voraussetzung der Einigung der Arbeiterklasse.

Diese Kundgebung spiegelt die zwiespältigen Tendenzen, von denen die Partei noch erfüllt war, deutlich wieder. Sie lehnt sich an das alte Erfurter Programm an, versucht jedoch auch den in der Revolution aufgetauchten Forderungen Rechnung zu tragen, indem sie das Rätssystem und die Diktatur des Proletariats als die von der Partei zu erstrebenden Ziele nennt. Insofern haben die späteren Kritiker dieser Kundgebung recht gehabt, als sie darauf hinwiesen, daß man entweder das eine oder das andere fordern müsse. Sie haben aber darin unrecht gehabt, daß sie das Rätssystem und die Diktatur des Proletariats als die letzten Errungenschaften des Proletariats verkündeten, während doch auch diese beiden Forderungen, wie der Parlamentarismus und die Gewerkschaftsbewegung, nur Mittel zu dem Zwecke sein dürfen, den Sozialismus zu verwirklichen. Grundsätzliche und taktische Fragen wirbelten noch durcheinander; diese Unklarheit bildete den eigentlichen Grund für die Streitigkeiten, mit denen sich die Partei bis zum Oktober nächsten Jahres noch befassen mußte.

Die Gegensätze prallten noch einmal bei der Wahl der Parteivorsitzenden aufeinander. Haase hatte 154, Däumig 109 Stimmen erhalten. Da aber Däumig bei der Wahl zur Nationalversammlung erklärt hatte, daß er es ablehne, mit Haase auf einer Liste zu kandidieren und weil er auch während der Verhandlungen des Parteitages immer wieder betonte, daß er in seinen Auffassungen gänzlich von denen Haases abweiche, so lehnte dieser die Wahl ab. Es folgten längere Verhandlungen in den Landsmannschaften, bis man eine neue Regelung fand. Nunmehr lehnte Däumig seine Aufstellung zur Kandidatur des Parteivorsitzenden ab und es wurden schließlich Haase und Crispian gewählt.

Das Leipziger Aktionsprogramm.

Der Höhepunkt der Entwicklung. — Ungarn und Bayern. — Der zweite Rätekongress. — Erfolgreicher Kampf für Abschluß des Friedens. — Moskauer Spaltungsrezepte. — Die Frage der Internationale. — Die Reichskonferenz der U. S. P. D. — Ermordung von Hugo Haase. — Der Parteitag von Leipzig.

Vor ungeheure Aufgaben war das internationale Proletariat gestellt. Der Krieg hatte die Weltwirtschaft in einen Trümmerhaufen verwandelt und beide Teile, die Sieger wie die Besiegten, zu Leidtragenden gemacht. Die Hauptlasten des Krieges wurden nun auf die Arbeiterklasse gewälzt, sie konnte sich dagegen nur wehren, indem sie das Banner des Sozialismus aufpflanzte und den Kampf um die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse aufnahm. Eine wahrhaft tragische Situation wurde nun für das Proletariat dadurch geschaffen, daß es weder die Einheitlichkeit der Front wiederfand, noch sich selbst in seinen fortgeschrittensten Teilen über die nun einzuschlagenden Wege klar war. Der Streit, der bald in der Unabhängigen Sozialdemokratie einsetzte, drehte sich äußerlich um die Frage, ob Räte-System oder Parlamentarismus, ob Diktatur oder Demokratie, ob Revolution oder Reform. Der tiefere Gegensatz war aber begründet in der verschiedenartigen Auffassung darüber, ob der Kampf mit russischen oder mit westeuropäischen Methoden zu führen sei, oder genauer: ob für alle Länder, gleichviel welche staatlichen und wirtschaftlichen Verfassungen sie aufwiesen, die Taktik von einem einzigen Schema bestimmt werden sollte, oder ob sie sich nach den jeweils gegebenen politischen und ökonomischen Verhältnissen richten müsse. Diese gegensätzlichen Auffassungen haben am Ende ihrer Periode, die wir jetzt schildern müssen, den weiteren Aufstieg der U. S. P. D. gehemmt und sie schließlich durch die Spaltung im Herbst 1920 dazu gezwungen, die Organisations- und Aufklärungsarbeit von einem schwächeren Punkte aus von neuem zu beginnen.

Noch aber, im Frühjahr 1919, eilte die Partei dem Höhepunkt ihrer Entwicklung zu. Von Woche zu Woche steigerte sich die Zahl ihrer Mitglieder, vermehrte sich die Leserschaft ihrer Presse. Die bürgerliche Welt fürchtete nicht die kleine kommunistische Sekte, wenn sie auch noch so trotzig Gebärden machte, sondern die Unabhängige Sozialdemokratie war es mit ihrer unermüdlichen sozialistischen Erziehungsarbeit, die die bange Sorge der Bourgeoisie erregte. Einen besonderen Schlag glaubten ihre militärischen und juristischen

Werkzeuge dadurch zu führen, daß sie Ledebour während der Januar-kämpfe verhaften und ihn dann monatelang im Gefängnis schmachten ließen. Wenn es nach den Wünschen der bürgerlichen Henkersknechte gegangen wäre, so hätte man Ledebour dasselbe Schicksal bereitet, das Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Jogiches und unzählige andere revolutionäre Kämpfer getroffen hatte. Der Prozeß, der sich an diese Verhaftung anschloß und der im Mai und Juni vier Wochen lang vor einem Schwurgericht geführt wurde, endete mit der Freisprechung Ledebours von der Anklage der Bildung eines bewaffneten Haufens, des Landfriedensbruchs und eines Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz. Der Bericht über den Verlauf dieser Gerichtsverhandlung ist stenographisch festgehalten und dann besonders veröffentlicht worden. Es genügt deshalb, wenn wir zusammenfassend feststellen, daß der Prozeß aus einer Anklage gegen Ledebour zu einer Anklage gegen die Regierung Ebert-Scheidemann, gegen die von ihr geförderte Gegenrevolution, gegen den neuen Militarismus und das eng mit ihm verbundene politische Spitzelsystem wurde. Das eine verdient noch besonders hervorgehoben zu werden, daß Ledebour vor den Geschworenen trotz seines hohen Alters und der vorausgegangenen monatelangen Untersuchungshaft seine Sache als Mann und wahrhafter Revolutionär führte.

Holten sich die reaktionären Elemente bei dieser Gelegenheit eine gründliche Niederlage, so fielen ihnen an zwei anderen Punkten größere Erfolge zu. Das war in Ungarn und in Bayern. Unter Verkennung der objektiven wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ließ sich ein Teil des ungarischen Proletariats dazu verleiten, als Protest gegen den dem Lande drohenden Gewaltfrieden die Räterepublik auszurufen. Ihre Herrschaft dauerte nur so lange, als das den alliierten Machthabern gefiel. Von der rumänischen Soldateska auf der einen, von den nationalistischen Mordbanden auf der anderen Seite angegriffen, aller wirtschaftlichen Hilfsmittel entblößt, mußte die Räterepublik nach wenigen Wochen kapitulieren und einer Herrschaft des weißen Schreckens Platz machen. In Bayern hatte sich der Arbeiterschaft aller Richtungen nach der Ermordung Kurt Eisners eine maßlose Erregung bemächtigt, die nach politischer Aktion drängte. Was Eisner bis dahin gelungen war, die proletarischen Kräfte auf einen Punkt zu konzentrieren, und sie den gegebenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen anzupassen, das war nun auf einmal vergessen. Unverantwortlicher Putschismus, unklare Schwarmgeisterei und anarchistische Ideologie gewannen über einen Teil der Arbeiterschaft die Oberhand. Bald gesellten sich auch politische Geschäftemacher und politische Ignoranten dazu, um die Bewegung völlig zu diskreditieren. Noch schneller als in Ungarn brach das Räteexperiment in Bayern zusammen. Unter dem Oberbefehl von Noske sammelten sich die weißen Gardien ganz Deutschlands, um einen Generalsturm auf München zu unternehmen. Mit allen Mitteln der modernen Kriegskunst, aber auch mit allen ihren Schrecken und mit ihrer ganzen Barbarei wurde die Räteherrschaft niedergeworfen, Tausende von Arbeitern wurden massakriert, Landauer, Leviné, noch andere von den Besten des revolutionären Proletariats dahingemordet. Bald schlug in Bayern der Pendel von der

extremsten Linken nach der extremsten Rechten aus; die Räteherrschaft wurde abgelöst durch das Kahr-Poehner-Regiment, das noch jahrelang jede freie Bewegung der Arbeiter mit den brutalsten Mitteln unterdrückte.

Ahnliches wiederholte sich in diesen Monaten in zahlreichen anderen Orten und bei vielen ähnlichen Gelegenheiten ohne Unterlaß. Die Noskegardien waren ununterbrochen in Bewegung, um jede selbständige Regung der Arbeiterklasse niederzuwerfen. Bald war es Hamburg, bald Braunschweig, wo die „Ordnung“ wiederherzustellen war, in dieser Woche bot Leipzig, in der andern Hannover oder Breslau den Noskegeneralen die Gelegenheit, den Belagerungszustand zu verhängen und die grauenvollsten Szenen in der Verfolgung der Arbeiterschaft aufzuführen. Mit unbeschränkter Machtvollkommenheit, so stellte damals ein Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratie fest, herrschte die Gardekavallerie-Schützendivision unter der Leitung des Noskefreundes General Lüttwitz. Tausende von Personen, zum größten Teil Arbeiter und Arbeiterinnen, wurden verhaftet, hunderte grausam hingemordet, wehrlose Gefangene roh mißhandelt.

Streikende Arbeiter, so wird in dem Aufruf festgestellt, werden mit Maschinengewehren unter Entziehung der Lebensmittel bedroht. Streikbrechergarden werden von der Regierung gebildet, um das Streikrecht, das elementarste Recht der Arbeiter, für das sie ohne Unterschied der Parteianschauungen seit Jahrzehnten gekämpft haben, niederzuknütteln. Der Boden des Gesetzes wird mit vollem Bewußtsein verlassen. Der Belagerungszustand wird über immer weitere Gebiete verhängt. Die Klassen der Bevölkerung werden mit verschiedenem Maße gemessen. Den Bürgerlichen und Offizieren wurde in Berlin erlaubt, auf den Straßen Demonstrationen zu veranstalten. Die Arbeiter dagegen werden in der Ausübung ihres Versammlungsrechts verhindert. Noch niemals im Deutschen Reich, selbst unter dem reaktionärsten Regime des alten Kaisertums nicht, sind die Arbeiter so verächtlich behandelt worden.

Im Zeichen dieser fortschreitenden Reaktion trat am 8. April 1919 der Zweite Rätekongreß zusammen. Es waren auf ihm 130 Rechtssozialisten, 55 Unabhängige, denen sich auch eine neun Köpfe starke österreichische Delegation anschloß, 20 Soldatenräte und einzelne Vertreter anderer Parteigruppen, darunter ein Kommunist, anwesend. Wie gering der Einfluß der Räte geworden war, stellte sich heraus, als er das Verlangen stellte, Genossen Ledebour aus der Haft zu entlassen. Die Regierung ebensowenig wie die Justiz kümmerte sich um diese Forderung. Die Beratungen befaßten sich in der Hauptsache mit der Frage, wie das Räteystem weiter auszubauen sei. Die Rechtssozialisten vertraten lediglich die Forderung der Schaffung einer zweiten Kammer, die aus den Räten gebildet werden sollte. Die Alleinherrschaft der Räte, die Räteriktatur, lehnten sie ab. Die Unabhängigen, für die Däumig sprach, verlangten dagegen, daß die Räte die höchste Macht im Staate ausüben sollten und daß die Regierung ihre Direktiven vom Rätekongreß zu empfangen habe. Der Kongreß machte sich, wie nicht anders zu erwarten war, die Auffassungen der rechtssozialistischen Fraktion zu eigen, und das bedeutete nichts anderes, als daß der Rätegedanke für Deutschland vorläufig begraben war.

Anfang Mai gaben endlich die Alliierten ihre Friedensbedingungen für Deutschland bekannt. Sie machten auf die bürgerlichen Parteien und auch auf die Rechtssozialisten einen niederschmetternden Eindruck. Hatte man sich nicht auf die berühmten 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Wilson berufen, als man vor einem halben Jahre um Frieden bat? Und nun enthielten die Bedingungen der Entente so gar nichts vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, von der Versöhnung der Nationen und von all den andern schönen Dingen, die in den 14 Punkten versprochen waren. Für die Unabhängige Sozialdemokratie kam das Diktat der Alliierten nicht überraschend. Sie hatte immer vorausgesagt, daß der Krieg, wenn er nicht mit einer Verständigung enden würde, nur in einen Frieden der Gewalt und der Niederwerfung ausgehen könne. Sie hatte damals, als die deutsche Regierung den Russen und den Rumänen ihre Gewaltfrieden aufzwang, angekündigt, daß die Entente, wenn das Spiel zugunsten Deutschlands umschlagen sollte, sich diese Gewaltfriedensschlüsse zum Beispiel nehmen würde. Und so war es jetzt gekommen. Die bürgerlichen Parteien allerdings, und mit ihnen die Rechtssozialisten, die die volle Verantwortung für diese Entwicklung zu tragen hatten, sie jammerten jetzt darüber, daß ihr Glaube enttäuscht, daß ihr Vertrauen auf Wilson verraten worden sei. Die Deutschnationalen forderten, daß der Krieg von frischem beginnen sollte und die Militaristen wetzten schon das Schwert, um neues Entsetzen über die Welt zu verbreiten. Die Demokraten glaubten klüger zu handeln, wenn sie die passive Resistenz gegenüber den Ententeforderungen vorschlugen; sie meinten, wenn man die alliierten Heere das Ruhrgebiet, Berlin, Hamburg, Mitteldeutschland, alle Stätten der Arbeit und des Handels besetzen lasse, dann werde die Entente schon einsehen, daß von Deutschland nichts zu holen sei, und erst dann würden sie billigere Bedingungen zu stellen bereit sein.

Die Unabhängige Sozialdemokratie wandte sich sofort gegen diese Politik der Torheit und des Verbrechens, und ihrem Einfluß, der damals unbestritten war, ist es zu danken, daß das Bürgertum, das die Verantwortung für den Krieg trug, nunmehr auch die Verantwortung für den Frieden übernehmen mußte. Die Partei rief sofort das Proletariat zum Kampfe für den Frieden auf. Sie stellte fest, daß sie unablässig den Abbruch des Krieges schon gefordert hatte, als noch keine der kriegführenden Gruppen das Übergewicht über die andere erlangt hatte. Damals aber hatte das alte Regime, unterstützt von allen Parteien mit alleiniger Ausnahme der USPD, die Gewaltfrieden von Brest-Litowsk und Bukarest abgeschlossen und dadurch den Haß gegen Deutschland vermehrt. In dem Aufruf hieß es weiter:

Wir haben keine Hoffnung, daß die Entente-Imperialisten, die auf die Friedensverhandlungen den maßgebenden Einfluß haben, die Bedingungen wesentlich erleichtern werden, zumal die Zusammensetzung der Regierung und der Friedensdelegation den anderen Regierungen kein Vertrauen einflößen kann. Selbst wenn bei den eingeleiteten Verhandlungen erhebliche Veränderungen nicht erreicht werden sollten, so bleibt doch letzten Endes nichts anderes übrig, als sich dem Zwange zu fügen und den Vertrag zu unterzeichnen. Nichtunterzeichnung bedeutet die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen, die Besetzung unserer Rohstoffgebiete, die Verschärfung der Blockade, bedeutet Arbeitslosigkeit,

Hungersnot, Massensterben, bedeutet eine entsetzliche Katastrophe, die erst recht den Zwang zur Unterzeichnung herbeiführt. Es sind die Proletarier, die am fürchterlichsten unter den Folgen zu leiden hätten.

Der Frieden, so hart und drückend er auch immer sein mag, ist die notwendige Voraussetzung für die Lebensmöglichkeit sowie für den Aufbau unseres Gesellschafts- und Wirtschaftslebens, im Geiste des revolutionären Proletariats.

Wie der Friede von Brest-Litowsk und Bukarest nur von kurzer Dauer gewesen ist, so wird nach unserer Ueberzeugung auch der Friede von Versailles durch die revolutionäre Entwicklung zunichte gemacht werden.

Die Unabhängige Sozialdemokratie ließ es nicht bei Worten bewenden, sondern sie rief das Proletariat zur Tat auf. Und sie hatte die Genugtuung, daß die Arbeiterklasse ihren Ruf verstand und in gewaltigen Kundgebungen von der Regierung die Unterzeichnung des Friedens verlangte. In der Nationalversammlung gebrauchte Scheidemann das Wort von der Hand, die verdorren solle, die diesen Vertrag unterschreibe. Haase dagegen stellte als Verpflichtung derjenigen Parteien, die die Kriegspolitik unterstützt hatten, auch den Abschluß des Krieges herbeizuführen fest. Durch sechs Wochen zog sich der Kampf um den Friedensvertrag hin. Scheidemann mußte zurücktreten, denn mit einer verdorren Hand hätte er nicht länger regieren können. Eine andere Regierung wurde gebildet, nachdem sich auch die Rechtssozialisten und ein Teil des Bürgertums zu der Ueberzeugung durchgerungen hatten, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages eine absolute Notwendigkeit sei. In einem Aufruf konnte die USPD. feststellen, daß es nur der Wachsamkeit und Entschlossenheit der revolutionären Arbeitermassen, die sich in wachsender Zahl um die Unabhängige Sozialdemokratie scharten, zu danken sei, wenn das Furchtbare verhütet wurde, das die Verantwortlichen für den Krieg über das deutsche Volk zu verhängen gedachten.

Befestigte sich durch diese erfolgreiche Arbeit das Vertrauen der Arbeiterschaft in die Unabhängige Sozialdemokratie in ständig zunehmendem Maße, so mußte die rechtssozialistische Partei die Wirkungen ihrer Politik bald am eigenen Leibe spüren. In der Pfingstwoche hielt sie ihren Parteitag in Weimar ab. Schon in den Mitgliederversammlungen, die sich mit den Beratungsgegenständen des Parteitags beschäftigten, machte sich eine tiefe Unzufriedenheit bemerkbar, besonders mit dem Kurse, der unter dem Namen der Noske und Heine gesteuert wurde. Wiederholt wurde dort geäußert, man müsse sich schämen, mit Leuten von dieser Gattung in einer Partei zu sitzen. Zahlreich waren die Anträge an den Parteitag, die heftige Kritik an der bisherigen Politik übten. Freilich wurde die Kritik nicht von großen und schöpferischen Gedanken bewegt, sondern sie hingte sich mehr an einzelne und äußere Erscheinungen, ohne den Mut zu finden, die Rückkehr zum Klassenkampf, das Aufsagen des Bündnisses mit der Bourgeoisie zu fordern. Auf dem Parteitag selbst setzte sich diese verdrossene Stimmung in hoffnungslose geistige Versumpfung und Teilnahmslosigkeit um. Die großen Probleme, die die Revolution aufgeworfen hatte und die die Arbeiterbewegung in ihren Tiefen aufwühlten, weckten dort nur ein schwaches Echo. Die wenigen Leute, die, wie Cohen für die Räte-

frage, oder wie Wissell mit seinem Plan einer Gemeinwirtschaft, immerhin noch etwas Neues zu sagen hatten, stießen auf allgemeine Verständnislosigkeit. Der Parteitag hatte im Hause der Nationalversammlung getagt, und diese äußerliche Gemeinschaft drückte sich auch in der beiden Körperschaften gemeinsamen Ideenlosigkeit aus. Kein Wunder, daß sich der Parteitag mit der Gewaltpolitik Noskes solidarisch erklärte und ihn dadurch aufmunterte, die bisherigen Geleise weiter zu benutzen.

Noske und die Seinen ließen sich das denn auch nicht zweimal sagen. So hatte die Unabhängige Sozialdemokratie auf den 21. Juli große öffentliche Kundgebungen veranstaltet, gemeinsam mit den Sozialisten Frankreichs, Italiens und anderer Länder, um für den Willen der Arbeiterklasse zum Weltfrieden, zur Völkerversöhnung zu zeugen. Noske verbot diese Kundgebungen, womit er freilich nicht die deutsche Arbeiterschaft schädigte, sondern die Gewaltpolitik der deutschen Rechtssozialisten vor der ganzen Welt aufs neue bloßstellte. Die Versammlungen wurden dann in die Säle verlegt, wo sie unter ungeheurer Beteiligung der Arbeiterschaft Berlins in voller Ruhe, aber auch in fester Entschlossenheit, den einmal gewählten Weg weiterzugehen, verlaufen konnten.

Ein anderer Gewaltstreich Noskes richtete sich gegen den Vollzugsrat der Berliner A.- und S.-Räte. Kurz vorher waren die Rechtssozialisten aus dieser Körperschaft ausgetreten und hatten sich einen besonderen Vollzugsrat beigelegt. Noske glaubte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen zu sollen, um jetzt den entscheidenden Streich gegen die Arbeiterräte, das letzte Bollwerk aus der Revolution, zu führen. Er ließ den Vollzugsrat aus den Räumen in den Zelten, die ihm von der Regierung selbst zugewiesen worden waren, gewaltsam vertreiben und die Lokalitäten militärisch besetzen. Außerdem untersagte er ihm die Ausschreibung von Neuwahlen zu den Arbeiterräten im Wirtschaftsgebiet Groß-Berlins. An der Stellung, die der Vollzugsrat im öffentlichen Leben noch einnahm, hat dieser Streich Noskes nicht viel geändert. Es waren andere Kräfte, die sie untergruben, es war nicht zuletzt die eigene Schuld des Vollzugsrats, daß er schließlich ganz aus dem Gesichtskreise der Arbeiterbewegung ausscheiden mußte.

Andere Kräfte als die Gewaltpolitik Noskes und die erstarkende gegenrevolutionäre Bewegung waren es auch, die das stolze Gebäude der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei unterminierten und zum Einsturz zu bringen suchten. Die Kommunistische Partei, die Nachfolgerin des Spartakusbundes, befand sich in voller Zersetzung und Auflösung. Aus dem öffentlichen Leben war sie fast gänzlich ausgeschieden, und selbst der Spartakusschreck vermochte keine Wirkung mehr auszuüben. Die russische Sowjetregierung brauchte aber für ihre außenpolitischen Zwecke starke Parteien im Auslande, und da mit den bisherigen Methoden keine größere Anhängerschaft für die kommunistisch-anarchistischen Ideen zu gewinnen war, so schlug man jetzt andere Wege ein. Diese Wege sollten über die Spaltung derjenigen revolutionären Parteien gehen, die sich bisher der kommunistischen Internationale nicht angeschlossen hatten. Das erste Ziel ihres Angriffs war die Unabhängige

Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Einem Kurier der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde auf einer Reise nach Rußland an der litauischen Grenze ein Brief abgenommen, der mit W. Machowski unterzeichnet und an Bucharin und Tschitscherin, zwei der bekanntesten Bolschewisten, gerichtet war. Die wichtigsten Stellen daraus mögen als historisches Zeugnis dafür, von welcher Seite die spätere Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie eingeleitet wurde, hier ihren Platz finden. In dem Briefe hieß es:

„Hierbei lenke ich nochmals Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß bei der Beurteilung und den Verhandlungen mit den Unabhängigen eine scharfe Trennung zwischen den Anhängern Hilferding-Haase und Däumig-Müller zu machen ist. Letztere Strömung kann man fehlerlos kommunistisch bezeichnen, und wenn sie irgendwie mit den offiziellen Führern der Kommunisten auseinanderght, so nur in der Taktik und Methode der Erlangung ihrer Ziele — der Diktatur des Proletariats mit Hilfe der Räte macht. Nach dem Ausscheiden der Scheidemänner und Demokraten aus dem Berliner Vollzugsrat hat ein offener Kampf zwischen den Kommunisten und Unabhängigen begonnen. Ich füge hinzu, daß im Berliner Rat die Unabhängigen alle zur Strömung Müller-Däumig gehören und von irgendeinem Einfluß Haase-Hilferding keine Rede sein kann. Viele Mitglieder der Kommunistischen Partei und ebenso die Mehrzahl der Mitglieder der Fraktion der Kommunistischen Partei des Berliner Rats haben ihre Unzufriedenheit mit der Taktik der Z. K. (Kommunistischen) Partei zum Ausdruck gebracht, die mit der gesamten Unabhängigen Partei Kampf führt, ohne zwischen Haase und Däumig zu unterscheiden ... Mir persönlich scheint es, daß die Bewegung in Deutschland durch eine Ueber-einstimmung der Tätigkeit der Kommunisten mit den linken Unabhängigen und eine Beilegung des Kampfes mit der Unabhängigen Partei nur gewinnen kann. Das schließt natürlich nicht den Kampf gegen die Strömung Haase-Hilferding aus. Dieser muß fortgesetzt werden. Däumig und Müller, die selbst gegen sie kämpfen, schaffen dadurch eine Plattform, auf der eine Verständigung herbeigeführt werden kann. Die zu Ihnen kommenden Genossen wollen sich mit Ihnen beraten, ehe sie einen Beschluß fassen.“

Diese Anweisung deckte sich allerdings mit der Losung, die der Kongreß der Moskauer Internationale im März 1919 ausgegeben hatte. Dort hieß es in einer Resolution über die II. Internationale:

„Das „Zentrum“ (Sozial-Pazifisten, Kautskyaner, Unabhängige) besteht vom Beginn des Krieges an auf „Einheit“ mit den Sozial-Chauvinisten. Nach der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg predigt das „Zentrum“ weiterhin die gleiche „Einheit“, d. h. die Einheit der Arbeiterkommunisten mit den Mördern der kommunistischen Führer Liebknecht und Luxemburg ...

Es ist unbedingt notwendig, die revolutionärsten Elemente vom „Zentrum“ abzuspalten, was nur durch schonungslose Kritik und Bloßstellung der Führer des „Zentrums“ zu erreichen ist.“

Nach diesem Rezept haben dann die Moskauer Diktatoren und ihre deutschen Stipendiaten gearbeitet, bis das Werk vollbracht und die Unabhängige Sozialdemokratie gespalten war. Es hatte sich in der Tat in der Partei ein sogenannter linker Flügel gebildet, dessen Häupter Däumig, Richard Müller, Kurt Geyer und Walter Stoecker waren. Er nahm Fühlung mit den kommunistischen Häuptlingen und arbeitete unausgesetzt an der „Diskreditierung“ der bisherigen Führer der Partei. Man mag annehmen, daß sie ihr Spiel zwar mit Hinterlist und

Heimtücke, aber doch aus Ueberzeugung getrieben haben; zum mindesten kam ihnen selbst nicht zum Bewußtsein, daß sie damit gegen-revolutionäre Arbeit leisteten. Vor der Geschichte werden sie jedoch als diejenigen dastehen, die der Arbeiterklasse hundertfach größeren Schaden zufügten, als es den Noskes und Heines, den Generalen Lüttwitz und Märcker je gelungen war. Wenn die revolutionäre Bewegung, nachdem sie durch das stolze Anwachsen der Unabhängigen Sozialdemokratie und deren Konsolidierung einen prächtigen Aufschwung genommen hatte, wieder zum Versumpfen verurteilt war, so trägt die Schuld daran jene von Moskau ausgegangene Unduldsamkeit, die das geistige Leben der Arbeiterbewegung nur in die eine Schablone pressen wollte, die von ihnen selbst ausgegeben worden war.

Die erste Phase der Revolution war in Deutschland zum Abschluß gekommen. Was aus der Novemberzeit an Errungenschaften noch übriggeblieben war, mußte von der Arbeiterschaft mit Zähnen und Klauen verteidigt werden. Die veränderte Situation erforderte auch eine veränderte Taktik der Unabhängigen Sozialdemokratie. Das wollte aber der sogenannte linke Flügel nicht einsehen, der sich unter Revolution nur gewaltsame Erhebungen, bewaffnete Zusammenstöße, offenen Bürgerkrieg und ähnliche Dinge vorstellen konnte, die von jeher das geistige Arsenal aller Revolutionsromantiker gebildet hatten. Die politischen Arbeiterräte hatten ihre Bedeutung vollständig verloren; die Müller und Däumig aber beschimpften jeden als Verräter, der nicht unbedingt an dem „reinen Rätegedanken“ als den alleinseligmachenden Glauben der Revolution festhielt. Die Kämpfe um den Einfluß auf den Staat wurden längst wieder in den Parlamenten ausgefochten; das hatte selbst die Kommunistische Partei veranlaßt, ihre bei der Gründung der Partei ausgegebene Parole der Wahlenthaltung wieder aufzugeben. Der „linke Flügel“ dagegen hoffte von Monat zu Monat auf einen neuen revolutionären Ausbruch, und darum überschüttete er jeden mit Hohn und Spott, der dafür eintrat, daß die Arbeiterklasse sich auch des Parlamentarismus als einer Waffe in ihrem Kampfe bediente. Die Gewerkschaften waren wieder zu den Hauptträgern der wirtschaftlichen Bewegung der Arbeiterschaft geworden; die Richtung Müller aber verlangte, daß man ihnen fernbleibe und abseits der großen Organisationen der Arbeiterschaft im luftleeren Raum eine wirtschaftliche Räteverfassung aufstelle.

Der Hauptgegenstand des Streits war aber die Frage der Internationale. Seit der Beendigung des Krieges waren wiederholt Versuche gemacht worden, die internationalen Beziehungen der Arbeiterklasse wieder herzustellen. Es mußte jetzt alles darauf ankommen, das revolutionär gesinnte Proletariat der ganzen Welt auf einem einheitlichen Boden zu versammeln und die reformistischen und nationalistischen Elemente zu isolieren. Die Bolschewiki hatten aber aus innen- und außenpolitischen Gründen keine Zeit, um den Ablauf dieses Prozesses abzuwarten. Sie gründeten eine neue Internationale, die sie die dritte nannten und die schon durch ihren Sitz in Moskau zeigte, daß sie einen starren dogmatischen, auf die kommunistischen Heilslehren eingeschworenen Charakter tragen sollte. Die Unabhängige Sozialdemokratie hatte dagegen an zwei

Konferenzen in Genf und Luzern teilgenommen, und es war ihr gelungen, eine wertvolle Vorarbeit für den Wiederaufbau der Internationale in wahrhaft revolutionärem und sozialistischem Sinne zu leisten. Worauf es ankam, das hatte Hilferding in Luzern ausgeführt. Der künftige Kongress der Internationale sollte darüber entscheiden, ob sie sich auf den Boden der revolutionären sozialistischen Entwicklung stellen wolle. Bis dahin sollte die Unabhängige Partei ihre Stellungnahme offenlassen:

Wenn die Internationale auf einer Grundlage errichtet wird, die tatsächlich die revolutionären Kräfte des Proletariats zusammenfaßt und sie zu gemeinsamen Aktionen steigert, dann wird diese neue Internationale das sein, was wir immer gehofft haben, dann wird wahr werden können, weil die Situation sich unterdessen revolutionär gestaltet hat, was wir von der 2. Internationale immer gesungen haben, dann wird es möglich sein, daß die Internationale die Menschheit sein wird. Die Befreiung der Menschheit ist aber eine Sache des Kampfes. Die Internationale muß Kampfesorganisation werden, und sie kann nicht in ihren Reihen Glieder haben, die in diesem Kampfe nicht auf der Seite des Proletariats, sondern auf der Seite der Bourgeoisie, gegen das Proletariat stehen.

Von dieser Zusammenfassung des gesamten revolutionären Proletariats zu einer geschlossenen Kampfesfront gegen die Bourgeoisie wollten nun allerdings weder die Götter in Moskau noch ihre Nachbeter in Deutschland etwas wissen. Kurt Geyer lehrte, daß Revolutionen nur durch „entschlossene Minderheiten“ gemacht werden könnten, und er verlangte, daß das in dem neuen Programm der Partei dadurch zum Ausdruck komme, daß die hinter der Forderung der Diktatur des Proletariats stehenden Worte: „des Vertreters der großen Volksmehrheit“ gestrichen werden sollen. Im Parlament dürfe keine Kleinarbeit geleistet werden, denn das würde nur Kräftevergeudung bedeuten. Ueberhaupt sei die Beteiligung an Wahlen nur eine Schwächung der revolutionären Stoßkraft. Die Situation in Deutschland sei „vorrevolutionär“. Die USP. müsse also im Rätssystem die Hauptwaffe im Kampf um den Sozialismus erblicken, während sie die anderen Kampfmittel einschließlich der Parlamente als Hilfsmittel dieses Kampfes betrachte. Das Ziel müsse sein, die rechtssozialistische Partei niederzukämpfen und eine Vereinigung mit den Kommunisten zu suchen. Es sei notwendig, daß der kommende Parteitag offen ausspreche, daß die II. Internationale für die USPD. erledigt sei. Die USP. müsse den Anschluß an Moskau suchen, denn grundsätzlich trenne sie nichts mehr von der III. Internationale.

Geyers Angriffe kamen kurz vor der Reichskonferenz, die die USPD. im September 1919 veranstaltete. Haase stellte dort in seinem Referat über die politische Lage fest, daß im Proletariat eine gewisse Ermüdung eingetreten sei, und daß selbst die Kommunisten mit der Möglichkeit rechneten, daß die revolutionäre Stimmung noch weiter abflaue. Es sei daher ganz falsch, daß Geyer einen neuen Ausbruch der Revolution schon für die nächsten Monate als ganz sicher ankündige und von der Partei verlange, sie möge ihre Taktik darauf einstellen. Man dürfe nicht alles auf eine Karte setzen, sondern mit allen Möglichkeiten rechnen. Sei die Zeit vor den Wahlen noch nicht reif für die Diktatur des Proletariats, so dürfen wir keinesfalls die Wahlen boykottieren. Die Massen würden eine antiparlamenta-

rische Taktik auch gar nicht begreifen. Die Aufgabe der Partei müsse es sein, das revolutionäre Bewußtsein zu stärken, die Situation richtig zu erkennen, sie aber auch auszunutzen. Geyer, der als Korreferent zu Worte kam, milderte jetzt seine Angriffe wesentlich. Er wolle lediglich verhindern, daß ein Kompromiß zwischen Rätssystem und Parlamentarismus beschlossen und der Kampf für die Revolution abgeschwächt werde. In der Diskussion stellte sich heraus, daß die Anschauungen Geyers bei den Vertretern der Partei keine Gegenliebe fanden, und daß die überwiegende Mehrheit der Reichskonferenz dazu entschlossen war, alle Mittel, auch den Parlamentarismus, im Kampfe für die Ziele des Proletariats anzuwenden.

Der zweite Gegenstand der Beratungen der Reichskonferenz war das Problem der Internationale. Hilferding, der über die Luzerner Konferenz berichtete, verlangte, daß die USP. sich nicht von der Arbeiterbewegung des Westens, wo im Kampfe mit dem entwickelten Kapitalismus sich das Schicksal des Sozialismus entscheiden werde, leichthin isoliere. Er erwartete von der sozialrevolutionären Entwicklung eine Umgestaltung der nationalen Parteien, die die Errichtung einer von wahrhaft sozialistischem Geiste erfüllten Internationale ermöglichen würde. Stoecker dagegen verlangte, daß die Trennung von den sozialreformistischen Parteien in der zweiten Internationale sofort vollzogen und der Anschluß an die III. Internationale vorgenommen werde. Der Hinzutritt anderer Parteien zu Moskau, wie der norwegischen und schweizerischen, stände bevor, deshalb sei zu erwarten, daß die III. Internationale ihres rein bolschewistischen Charakters bald entkleidet werde. Ueber diese Frage wurde nicht diskutiert, und da die Reichskonferenz auch keine Beschlüsse fassen konnte, so mußte die Entscheidung darüber auf den für die nächste Zeit einzuberufenden Parteitag verschoben werden.

In der Konferenz konnte Dittmann berichten, daß das Wachstum der Bewegung in den vorausgegangenen Monaten geradezu sprunghaft gewesen sei. Es habe aber einen Mangel an Schulung bewiesen, daß dort, wo die Hinzugekommenen sich vornehmlich aus früheren Unorganisierten rekrutierten, das Verlangen nach Aktionen vielfach am stärksten gewesen sei. Es sei versucht worden, die Räte mit der Parteiorganisation in engere Beziehungen zu bringen. Ueber erste Anfänge sei man dabei nicht hinausgekommen. Eine große Anzahl von Zeitungen war neu gegründet worden. Die Zentrale der Partei mußte erweitert werden, da die Ansprüche, die an sie gestellt wurden, ständig wuchsen.

Einen unersetzlichen Verlust erlitt die Partei durch die Ermordung ihres Führers Hugo Haase. Am 8. Oktober 1919 hatte ein wahnsinniger oder irregeleiteter Arbeiter mehrere Revolvergeschüsse auf Haase abgegeben, als dieser gerade im Begriffe war, den Reichstag zu betreten. Zuerst schienen die Verletzungen nicht gefährlich zu sein, aber es trat Blutvergiftung hinzu, und nach wochenlanger Krankheit wurde Hugo Haase am 6. November, ein Jahr nach dem Zusammenbruch des alten Regimes, aus diesem Leben abberufen. Es ist bis jetzt noch nicht ermittelt worden, ob der Mordbube aus politischen Gründen gehandelt hat oder ob er nur den Eingebungen einer verzerrten Phantasie gefolgt war. Wenn auch das Bürgertum, bei dem

auch von seiner Seite anerkannten lauterer Charakter Haases, nicht in offene Freude über den Tod des Führers der Unabhängigen Sozialdemokratie ausbrechen konnte, so verhehlte die bürgerliche Presse doch nicht ihre Genugtuung darüber, daß das revolutionäre Proletariat eines seiner Besten beraubt war. Die Beisetzung der Ueberreste von Hugo Haase gestaltete sich zu einer mächtigen und dabei ergreifenden Kundgebung für die Gedanken der Unabhängigen Sozialdemokratie, als deren Verkörperung Hugo Haase in den Vorderreihen des Kampfes gestanden hatte. Das Schönste über den toten Führer hat Rudolf Hilferding am Tage seiner Bestattung in der „Freiheit“ geschrieben; es möge hier seinen Platz finden:

Die tiefste Fähigkeit Haases war die Gabe der Selbstentäußerung. Die Charakteranlage, die den Menschen zum wahrhaft guten Handeln befähigt, nennt Schopenhauer die Agapé, das Mitleid. Es ist jene Gabe, die den Menschen fremdes Leid als eigenes empfinden läßt, die bewirkt, daß die Kluft zwischen dem Ich und Du überbrückt wird.

Die Agapé war der Grundcharakter Haases. Für ihn gab es daher nicht die Schranke des Engpersönlichen, egoistischen Wirkens. Dieser Mann konnte nur Befriedigung finden in dem Schaffen für die Allgemeinheit, in der sozialen Arbeit, in der Hilfe für alle Leidenden.

Was er als Führer geleistet hat, gehört der Geschichte an und wird von ihr gewürdigt werden. Sein unerschütterlicher Charakter ließ ihn nie abirren von den Grundsätzen des Sozialismus und bewahrte ihn vor den Versuchungen eines grundsatzlosen Opportunismus. Jede Demagogie war diesem Wahrhaftigen fremd, und fern blieb diesem Ueberlegenen politische Phantastik. Klug und abwägend im Rat, tapfer und entschlossen bei der Tat, war er zum großen politischen Führer berufen.

Und als der Krieg kam, als die Kultur zusammenstürzte, die Humanität ein Fremdwort wurde, da erhob sich Haase zur Größe des Sprechers der beleidigten, erniedrigten Menschheit, zu historischer Größe. Der Kampf gegen den Krieg, das Morden, die Lüge, war ihm nicht nur Sache des Verstandes, es war ihm Sache des Herzens. Litt er doch alle Leiden als eigene, und nie war seine Leidenschaft größer, nie seine Anklage heißer, nie die Verteidigung der Menschheit glühender. In jenen schweren und finsternen Zeiten hat uns allen Haase den Glauben an die Menschheit, den Glauben an den Sieg des weltbefreienden Sozialismus erhalten.

In den schwierigsten Zeiten hat dann Haase, dessen Charakter ihm in immer steigendem Maße das instinktive Vertrauen der Massen erwarb, die Partei zusammengehalten, vom Abgrund des Putschismus wie vom Graben des Opportunismus zurückgehalten, sicher geleitet von der marxistischen Einsicht in die historisch-ökonomische Bedingtheit aller und gerade der revolutionären Politik.

Nun ist er von uns gegangen, der unersetzliche Berater, der beste und edelste Mensch, der kampferprobte Führer. In schlimmen Zeiten geht er von uns, in denen die Partei, in denen die Arbeiterklasse, in denen dieses unglückliche Deutschland mehr als je des einzigen Mannes bedurft hätte. Er geht von uns in dem Augenblicke, wo seine Autorität größer, sein Wort geachteter als je gewesen ist. Er geht von uns zu einer Zeit, wo das Proletariat mehr denn je der klugen, sicheren Führung bedarf und wo es nottut, die Flammen der revolutionären Entschlossenheit, des proletarischen Trotzes mit der sozialistischen Er-

kennntnis zu vereinen, bis zu dem Augenblick, wo sie zur gewaltigen, den Sieg verbürgenden Kraft wird. Unersetzlich ist dieser Verlust, der so sinnlos und unfalzbar uns zugefügt worden ist.

Die Schatten dieses Verlustes lagen über den Vorbereitungen zum Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie, der vom 30. November bis zum 6. Dezember in Leipzig zusammentrat. Es galt diesmal die Resultate aus der bisherigen Entwicklung zu ziehen und die Taktik für die kommende Zeit festzustellen. Es waren erst neun Monate seit dem Märzparteitag vergangen; aber seitdem hatte sich die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands vollständig geändert und der Charakter der Revolution ein anderes Gesicht bekommen. Die Bourgeoisie war wieder in den Besitz ihrer alten Machtmittel gelangt, sie beherrschte den militärischen und bürokratischen Apparat, sie verstand es auch, die demokratischen Methoden für ihre Zwecke zu gebrauchen. Weiter Kreise der Arbeiter hatte sich eine gewisse Kampfesmüdigkeit bemächtigt, ihre Verelendung war zwar fortgeschritten, aber das vermochte nicht, die Aktivität der Arbeiterklasse zu steigern. Das auf dem Märzparteitag beschlossene Programm entsprach dem damaligen Stande der revolutionären Bewegung, die in sich unklar und gespalten war und deshalb einen entsprechenden Ausdruck in der Kundgebung der Partei fand. Jetzt aber mußte die Partei auch für ihre programmatischen Beschlüsse jene Klarheit finden, die sie berechnigte, die Führerin des Proletariats zu sein.

Dittmann, der auf dem Parteitag den Geschäftsbericht der Zentralleitung gab, konnte auf das ununterbrochene Wachstum der Partei hinweisen. Was der Märzparteitag sich zur Aufgabe gestellt habe, sei inzwischen weiter verfolgt worden: die Sammlung des deutschen revolutionären Proletariats auf dem Boden des Klassenkampfes. Hatte die Partei im März rund 300 000 Kämpfer in ihren Reihen, so zählte sie jetzt deren mehr als dreiviertel Millionen. Im Laufe des Sommers sei eine reiche Broschürenliteratur entstanden und eine Anzahl Flugblätter über aktuelle politische Fragen in Massen herausgegeben worden. Die Partei zähle jetzt 55 Tageszeitungen im Reiche, trotzdem infolge der Not an Papier und des Mangels an Materialien die Schwierigkeiten zur Gründung neuer Blätter außerordentlich groß gewesen waren. Zur Unterstützung der Redaktionen war ein Pressebureau errichtet worden, dem ein eigener Parlamentsdienst angegliedert wurde. Für die Frauen erschien die „Kämpferin“, für die jungen Arbeiter die „Freie Jugend“. Als Hilfsmittel für die Arbeit in den Kommunen gab die Partei eine besondere Zeitschrift, die „Sozialistische Gemeinde“, heraus. Dieses Jahr war aber nicht nur mit Erfolgen gefüllt, sondern es war zugleich ein Jahr der Opfer. Die besten Kämpfer des Proletariats waren niedergemetzelt oder in Zuchthäuser geworfen. Die edelsten Führer der Arbeiterklasse waren durch Mörderhand gefallen. Niemals hatte die Klassenjustiz so gewütet wie in diesem Jahr. Nunmehr müsse die Organisation der USP. zu einem Bollwerk des proletarischen Klassenkampfes gemacht werden, denn nur dadurch komme man zu einer Einigung des gesamten sozialistischen Proletariats.

Nachdem Dittmann einen Bericht über die Arbeiten für ein neues Organisationsstatut gegeben hatte, kam es zu

einem Zwischenfall, der die Situation in der Partei scharf beleuchtete. Es wurde festgestellt, daß einige Mitglieder der Partei, wie Stoecker und Geyer, geheime Verhandlungen mit Levi, dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei, geführt und sich von ihm Instruktionen für ihr Verhalten auf dem Parteitage geholt hatten. Die Spaltungsabsichten der Kommunistischen Internationale, deren Vertreter Paul Levi war, waren also bereits soweit gediehen, daß sie ihren Niederschlag schon auf dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie fanden. Es wurde bei dieser Gelegenheit auch festgestellt, daß sich bereits der „linke Flügel“ eine besondere Organisation gegeben hatte, der im Sinne der Moskauer Auftraggeber arbeitete und im ganzen Reiche Anschluß zu finden suchte.

Zu einem neuen Zusammenstoß mit der kommunistischen Zelle in der Partei kam es nach einem kurzen Referat Emanuel Wurms über die Steuerfrage. Wurm hatte ein Steuerprogramm aufgestellt, das der Arbeiterklasse ermöglichen sollte, innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft sich gegen die Angriffe des Kapitals zur Wehr zu setzen. Daß eine Gesundung des Wirtschaftslebens und damit auch eine gesunde Steuerpolitik erst erreicht werden könnte, wenn die Arbeiterklasse die politische Macht erobert hatte, darüber hatte Wurm keinen Zweifel gelassen. Nichtsdestoweniger fühlten sich die Vertreter des „reinen Rätegedankens“ veranlaßt, eine Revision der Steuertaktik der Partei in der Richtung zu verlangen, daß man sich an der Steuergesetzgebung im kapitalistischen Staat überhaupt nicht beteiligen, sondern es ihm selbst überlassen solle, wie er seine Lasten zu decken plane. In welcher Form auch die Steuern aufgebracht würden, immer sei im kapitalistischen Staat die Arbeiterklasse der leidtragende Teil. Auch hier zeigten sich also die anarchistischen Tendenzen der kommunistischen Auffassungen, nach denen der Arbeiter überhaupt nichts zur Besserung seiner Lage im kapitalistischen Staate unternehmen brauche, sondern daß er lediglich auf den Umsturz der kapitalistischen Ordnung hinarbeiten müsse, um damit mit einem Schlage aller seiner Sorgen entledigt zu sein. Der kommunistische Flügel hatte mit seinem Vorstoß immerhin soviel erreicht, daß das gründliche Steuerprogramm Wurms auf dem Parteitage nicht beraten wurde; die Kommission, die sich mit dieser Frage beschäftigen sollte, hat ihre Arbeiten niemals beendet.

Den Höhepunkt der Beratungen bildete das Referat Crispian über Programm und Taktik der Partei. Er gab erst eine Darstellung über die weltpolitische Lage, wie sie sich während des Krieges und nach dessen Beendigung entwickelt hatte. Er schilderte dann die Geschichte der bisherigen Programme der sozialistischen Bewegung, deren letztes Ergebnis das Erfurter Programm von 1891 war. Das Märzprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratie konnte nur eine knappe Darstellung der wichtigsten sozialrevolutionären Grundsätze geben, jetzt aber erfordere der Stand des proletarischen Klassenkampfes eine gründlichere Arbeit. Für den grundsätzlichen Teil des Programms, das einer späteren Durcharbeitung vorbehalten blieb, gab Crispian vorläufig einige Leitgedanken. Die praktische Anwendung dieser Grundsätze und der sich daraus ergebenden Forderungen wurde in einem Aktionsprogramm festgelegt, das schließ-

lich der Parteitag zum Beschluß erhob. Das Leipziger Aktionsprogramm hat folgenden Wortlaut:

Die proletarische Revolution hat zwei große Epochen: den Kampf um die Eroberung der politischen Macht und ihre Behauptung für die Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessengegensätze untereinander, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern gleich. Mit der Ausdehnung der kapitalistischen Weltwirtschaft wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse erfordert also den internationalen Zusammenschluß und den gemeinsamen Kampf der Arbeiter der ganzen Welt. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller Länder. Dem imperialistischen Kapitalismus setzt das klassenbewußte Proletariat aller Länder den internationalen Sozialismus entgegen.

Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat leitet die Befreiung der Arbeiterklasse ein. Zur Durchführung dieses Kampfes bedarf die Arbeiterklasse der Unabhängigen Sozialdemokratie, die rückhaltlos auf dem Boden des revolutionären Sozialismus steht, der Gewerkschaften, die sich zum unverfälschten Klassenkampf bekennen und zu Kampforganisationen der sozialen Revolution umzugestalten sind, und des revolutionären Räte systems, das die Arbeiter zum revolutionären Handeln zusammenfaßt.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei steht auf dem Boden des Räte systems. Sie unterstützt alle Bestrebungen, die Räteorganisation schon vor der Eroberung der politischen Macht als proletarische Kampforganisation für den Sozialismus auszubauen und in ihr alle Hand- und Kopfarbeiter zusammenfassen und sie zu schulen für die Diktatur des Proletariats.

Die politische Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates wird mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zertrümmert. An ihre Stelle treten die politischen Arbeiterräte als Herrschaftsorganisation des Proletariats. Sie vereinigen in sich Gesetzgebung und Verwaltung. Ihre Wirksamkeit bedeutet die Umwandlung und Neugestaltung des kapitalistischen staatlichen Verwaltungsapparates, einschließlich der Gemeinden; sie bedeutet aber auch die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse und ihren Zusammenschluß zwecks Abschaffung jeglicher Klassenherrschaft. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei setzt der Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates die proletarische Herrschaftsorganisation auf der Grundlage des politischen Räte systems entgegen, dem bürgerlichen Parlament, als dem Ausdruck des Machtwillens der Bourgeoisie, den revolutionären Räte kongress. Die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschafts anarchie in die planmäßige sozialistische Wirtschaft erfolgt durch das wirtschaftliche Räte system.

Zur Ueberwindung des Kapitalismus und zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft sind folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Die Auflösung jedes konterrevolutionären Söldnerheeres, Auflösung aller militärischen Zivil- und Polizei-

formationen, Einwohnerwehren in Stadt und Land, Technischen Nothilfe, Polizeitruppen, Entwaffnung des Bürgertums und der Grundbesitzer. Errichtung einer revolutionären Wehr.

2. Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Vergesellschaftung ist unverzüglich durchzuführen auf den Gebieten des Bank- und Versicherungswesens, des Bergbaues und der Energieerzeugung — Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität —, der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, des Transport- und Verkehrswesens sowie anderer hochentwickelter Industrien.

3. Großgrundbesitz und große Forste sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, durch Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. Urbarmachung von Oedland.

4. In den Städten und vorwiegend industriellen Gemeinden ist das Privateigentum an Grund und Boden in Gemeindeeigentum zu überführen; ausreichende Wohnungen sind von den Gemeinden herzustellen.

5. Planmäßige Regelung des Ernährungswesens.

6. Vergesellschaftung des gesamten öffentlichen Gesundheitswesens.

7. Vergesellschaftung aller öffentlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen. Öffentliche Einheitsschule mit weltlichem Charakter. Die Schule ist nach sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen auszugestalten, die Erziehung mit der materiellen Produktion zu verbinden.

8. Erklärung der Religion zur Privatsache. Völlige Trennung von Staat und Kirche. Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften zu privaten Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten selbständig ordnen.

9. Sozialistische Steuerpolitik durch progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen des Proletariats den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

10. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Manne gegenüber benachteiligen.

11. Einführung eines öffentlich-rechtlichen Monopols für das Anzeigen- und Werbewesen und Uebertragung an die Kommunalverbände.

12. Umgestaltung des gesamten öffentlichen Rechtswesens nach sozialistischen Grundsätzen.

13. Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen. Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft.

14. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern. Sofortige Anbahnung von Bündnissen mit sozialistischen Republiken.

Die Diktatur des Proletariats ist ein revolutionäres Mittel zur Beseitigung aller Klassen und Aufhebung jeder Klassenherrschaft,

zur Erringung der sozialistischen Demokratie. Mit der Sicherung der sozialistischen Gesellschaft hört die Diktatur des Proletariats auf, und die sozialistische Demokratie kommt zur vollen Entfaltung.

Die Organisation der sozialistischen Gesellschaft erfolgt nach dem Rätssystem. In der sozialistischen Gesellschaft kommt auch das Rätssystem in seinem tiefsten Sinn zur höchsten Geltung. Der tiefste Sinn des Rätensystems ist, daß die Arbeiter, die Träger der Wirtschaft, die Erzeuger des gesellschaftlichen Reichtums, die Förderer der Kultur, auch die verantwortlichen Träger aller rechtlichen Einrichtungen und politischen Gewalten sein müssen.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei planmäßig und systematisch gemeinsam mit den revolutionären Gewerkschaften und der proletarischen Räteorganisation aller politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfmittel. Das vornehmste und entscheidende Kampfmittel ist die Aktion der Masse. Die Unabhängige Sozialdemokratie verwirft gewaltsames Vorgehen einzelner Gruppen und Personen. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Produktionsinstrumenten, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Die geschichtliche Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist es, der Arbeiterbewegung Inhalt, Richtung und Ziel zu geben und dem revolutionären Proletariat in seinem Kampfe für den Sozialismus Führerin und Bannerträgerin zu sein.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist der Ueberzeugung, daß durch die Zusammenfassung der proletarischen Massen, die sie erstrebt, der vollständige und dauernde Sieg des Proletariats beschleunigt und gesichert wird. In diesem Sinne erstrebt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei auch die Schaffung einer revolutionären aktionsfähigen Internationale der Arbeiter aller Länder.

Das Bekenntnis in Wort und Tat zu den Grundsätzen und Forderungen dieses Programms ist die Voraussetzung zur Einigung der Arbeiterklasse.

Nur durch die proletarische Revolution kann der Kapitalismus überwunden, der Sozialismus verwirklicht und damit die Befreiung der Arbeiterklasse durchgeführt werden.

Zu stürmischen und zeitweise sehr häßlichen Szenen kam es, als man an die Beratung des nächsten Punktes, die Frage der Internationale, ging. Die Redner der beiden Richtungen waren Hilferding und Stoecker. Hilferding ging von ökonomischen Feststellungen aus und verlangte, daß die Partei ihren Zusammenhang mit dem westeuropäischen Proletariat nicht verlieren dürfe. Die Entscheidungskämpfe zwischen Kapital und Arbeit würden in den hochindustriell entwickelten Ländern geschlagen werden und nicht in dem wirtschaftlich rückständigen Rußland. Bei aller Sympathie mit dem russischen Proletariat, das in opferreichen Schlachten die Bourgeoisie niedergeworfen habe, das von der Internationale des Kapitals hart bedrängt werde, von der Internationale der Arbeit aber noch nicht die notwendige Unterstützung gefunden habe, dürfe man doch nicht die Fühlung mit dem Proletariat der Weststaaten verlieren, auch wenn dessen revolutionäre Auffassung hinter der des russischen Proletariats zurückstehe. Stoecker dagegen verlangte den sofortigen Anschluß an die Moskauer Internationale und die Loslösung von den

Arbeiterparteien der anderen Länder, soweit sie sozialreformerischen Charakter trügen. Die anderen Parteien, die auf dem Standpunkt der Unabhängigen Sozialdemokratie ständen, würden deren Beispiel von selbst nachfolgen. Einen vermittelnden Vorschlag machte L e d e b o u r ; man solle die endgültige Beschlussfassung noch hinausschieben, um mit den revolutionären Sozialisten und Kommunisten aller Länder den Bau einer neuen, wirklich revolutionären und aktionsfähigen Internationale zu beginnen. Wir dürften jetzt nicht nach Moskau gehen und uns von dem westländischen Proletariat isolieren, sondern wir müßten alles tun, um das Proletariat aller Länder zur revolutionären Aktion aufzurufen und zusammenzufassen.

Da es nicht möglich war, in offener Sitzung des Parteitages zu einer Verständigung zu gelangen, wurden die Verhandlungen stundenlang vertagt, um den beiden Gruppen der Delegierten Gelegenheit zur internen Aussprache zu geben. Es schien fast so, als ob eine weitere Zusammenarbeit gar nicht mehr möglich sei. Schließlich gelang es aber, für eine Resolution, die die Unterschrift von Parteileitung und Kontrollkommission trug, die Mehrheit des Parteitages zu gewinnen. In dieser Resolution wurde mit der II. Internationale endgültig gebrochen und weiter verlangt, daß durch die Sammlung der sozialrevolutionären Parteien aller Länder eine Internationale der Tat geschaffen werde. Zugleich aber gab sie der Partei die notwendige Bewegungsfreiheit, um zu verhüten, daß ihr die Gesetze des Handelns von Moskau vorgeschrieben wurden. Damit war die Möglichkeit zur Schaffung einer die ganze Welt umfassenden Internationale des revolutionären Proletariats gegeben. Wenn es nicht dazu gekommen ist, so darf die Schuld daran nicht bei der Unabhängigen Sozialdemokratie gesucht werden.

Die Spaltung der Partei ist damals noch verhütet worden. Es zeugte von der ihr innewohnenden Stärke, daß sie die heftigen Auseinandersetzungen ertragen konnte, ohne auseinanderzufallen. Das neue Aktionsprogramm hatte der Partei eine Plattform gegeben, auf der sich das ganze Proletariat sammeln konnte. Es hat auch zunächst seine Wirkung getan, bis durch das Moskauer Diktat der Aufschwung der Unabhängigen Sozialdemokratie gehemmt und der deutschen Arbeiterbewegung unsäglicher Schaden zugefügt wurde.



Das Werk von Moskau.

Die Demonstration vor dem Reichstag. — Der Streit um die Betriebsräte. — Der Kapp-Putsch. — Tod von Emanuel Wurm. — Großer Erfolg bei den Reichstagswahlen. — Das Antwortschreiben aus Moskau. — Polnisch-russischer Krieg. — Die 21 Bedingungen. — Die Reichskonferenz. — Der außerordentliche Parteitag von Halle. — Rededuell Sinowjew-Hilferding. — Die Spaltung.

Die Partei hatte ein Programm für die Aktion, sie hatte eine Fahne, die der Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampfe voranschweben sollte. Was das Proletariat in jenen Tagen erfüllte, wozu es sich sehnte und wofür es stritt, das war im Aktionsprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratie niedergelegt. Seine Form und sein Inhalt entsprachen den Forderungen jener Zeit; es glühte in ihm der Trotz der Revolution, es war erfüllt von dem Gedanken sozialistischer Erkenntnis. Es knüpfte an die Bedürfnisse des Tages an, ließ sich aber nicht zu reformistischen Zugeständnissen an die kapitalistische Ordnung herbei. Es stellte ein Kampfesziel auf, ohne sich in utopische Spielereien zu verlieren. Es war das Ergebnis eines Revolutionsjahres und dessen Erfahrungen berechtigte es, jeder Revolutionsromantik Valet zu sagen. So wurde es einstimmig und unter stürmischem Beifall der Delegierten vom Leipziger Parteitage angenommen, so wurde es von der Parteipresse, von den geistig regsamsten und kampfeslustigsten Teilen des Proletariats begrüßt. Das Aktionsprogramm war nicht für die Ewigkeit bestimmt. Aber es gab die Richtung an, in denen sich die Kämpfe der Arbeiterklasse in der kommenden Zeit bewegen mußten. Wenn eine Vereinigung des Proletariats überhaupt möglich war, so konnte sie nur auf der Grundlage erfolgen, die durch das Leipziger Aktionsprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratie gegeben war.

Die Voraussetzung für diese Wirkung des Aktionsprogramms mußte sein, daß die drei Organisationen, die als Träger der sozialen Revolution anzusprechen waren, gemeinsam, mit Vertrauen und in Treue zueinander, an dessen Verwirklichung arbeiteten. Das waren die Partei, die Gewerkschaften und die Räteorganisationen. Es zeigte sich aber bald, daß die Vertreter des „reinen Rätegedankens“ alles andere im Sinne hatten, als mit den beiden anderen Organisationen als gleichwertigen Faktoren zu arbeiten. Ihnen war das Räte-system zum Fetisch, zum Selbstzweck geworden. Sie hatten den G l a u b e n an den Rätegedanken, und diesen Glauben hielten sie für den allein seligmachenden. Ein Glaubensstreiter aber ist blind für jede andere Meinung, er erkennt keine Lehrsätze an,

sondern hält sich nur an sein Dogma. So entrüstete sich Ernst Däumig lebhaft darüber, daß Ledebour in seiner Besprechung des Parteitags der parlamentarischen Arbeit die ihr gebührende Bedeutung beigemessen hatte. Mochte Däumig sich ein halbes Jahr später recht gern an der Verteilung der Reichstagsmandate beteiligen, so war er damals noch recht antiparlamentarisch gesinnt, und er und seine Freunde waren leicht dazu geneigt, jeden aus der Liste der revolutionären Kämpfer zu streichen, der nicht an den „reinen Rätegedanken“ als die höchste Potenz in der Arbeiterbewegung glaubte.

Das alles gab aber nur den äußeren Anlaß, um die Kluft in den Auffassungen in der Frage der Internationale aufs neue aufzureißen. Der sogenannte linke Flügel war verstimmt darüber, daß sein Wunsch, den Anschluß an Moskau sofort zu vollziehen und damit den westeuropäischen Arbeiterparteien den Rücken zu kehren, nicht sofort in Erfüllung gegangen war. Seine Verbindung mit den Moskauern war schon so eng, daß er den vom Parteitag zum Beschluß erhobenen Antrag Ledebours, erst mit den andern sozialrevolutionären Parteien gemeinsam den Anschluß an die kommunistische Internationale vorzunehmen, fast als eine Ehrenkränkung ansah. Und so wurde Ledebour von Däumig als ein Vertreter jener „reformistischen und opportunistischen Tradition“ der alten Partei bezeichnet, die noch nicht völlig aus den Köpfen vieler Parteigenossen geschwunden sei.

Wohin die deutsche Arbeiterklasse geführt worden wäre, wenn sie sich vorbehaltlos der Führung der Apostel des „reinen Räteglaubens“ anvertraut hätte, das sollte sich bald an einem überaus traurigen Ereignis zeigen. Die Regierung hatte das Betriebsrätegesetz vorbereitet, durch das den revolutionären Räten völlig der Garau gemacht werden sollte. Es verstand sich von selbst, daß die Arbeiter sich diesen Rest der Errungenschaften aus den Novembertagen nicht ohne Widerstand rauben lassen wollte. Als der Reichstag am 13. Januar 1920 mit den Beratungen des Betriebsrätegesetzes beginnen wollte, wurden die Berliner Arbeiter von der Leitung der Partei und der Rätebewegung zu einer großen Demonstration vor dem Parlamentsgebäude aufgerufen. Die Führung bei dieser Kundgebung und damit auch die Verantwortung für ihren Verlauf hatten die Spitzen der Räteorganisationen. Es ergab sich aber bald, daß sie wohl auf dem Papier recht schöne Tabellen für den Aufbau des Räteystems aufstellen konnten, daß sie aber unfähig waren, eine wirkliche Organisation der Massen vorzubereiten. Zu Hunderttausenden waren die Berliner Arbeiter vor dem Reichstagsgebäude erschienen. In musterhafter Ordnung hatten sie die Betriebe verlassen und waren demonstrierend durch die Straßen gezogen. Die Leiter der Kundgebung aber hatten nicht dafür gesorgt, daß sie ein Ziel und einen wirkungsvollen Abschluß fand. Stundenlang standen die Massen vor dem Reichstag; bald hatten sich provozierende Elemente in ihre vordersten Reihen gedrängt, und nun fand die Polizei Gelegenheit, wieder einmal ein furchtbares Blutbad unter den Arbeitern anzurichten. Zahllos waren die Opfer, die den Schüssen der Militärpolizei zum Opfer fielen. Mit Maschinengewehren hatte die bürgerliche Ordnung einen neuen Sieg über das Proletariat errungen.

Die Blutschuld, die seit diesem Tage besonders an den Händen des rechtssozialistischen Polizeiministers Heine klebt, soll gewiß nicht verkleinert werden. Wir brauchen uns auch das Geschrei der rechtssozialistischen Presse aus jenen Tagen nicht zu eigen zu machen, die aus den Vorgängen des 13. Januar einen Putschversuch konstruieren zu können glaubte und einiges von den „intellektuellen Urhebern“ der greuelvollen Vorgänge faselte. Nichtsdestoweniger bietet die geschichtliche Wahrheit die Feststellung, daß damals die Vertreter des „reinen Rätegedankens“, die Kämpfer der zukünftigen Organisation der Arbeiterklasse, einen gänzlichen Mangel an Organisationsfähigkeit bewiesen haben. Nur dem Solidaritätsgefühl des sogenannten rechten Flügels hatten sie es zu verdanken, daß diese Tatsache damals nicht sofort festgestellt wurde.

Mit besonderer Heftigkeit kamen die in der Partei herrschenden zwei Auffassungen dann wieder bei der Anwendung des Betriebsrätegesetzes zum Ausdruck. Wenn die Betriebsräte zum Nutzen der Arbeiterschaft wirken sollten, so mußten sie gemeinsam mit den Gewerkschaften arbeiten. Nicht allein, daß mit dem Abflauen der revolutionären Stimmung in der Arbeiterklasse die Bedeutung der Gewerkschaften wieder zunahm, war es doch von vornherein klar, daß die gewaltige Mehrzahl der Betriebsräte den Weisungen folgen würden, die ihnen von gewerkschaftlicher Seite gegeben wurden. Auch dieser Erkenntnis suchten sich die Vertreter des „reinen Rätegedankens“ zu verschließen. Sie verfochten die Auffassung, daß für die im revolutionären Proletariat wurzelnden Räte besondere Organisationen geschaffen werden mußten, die den Kern für spätere revolutionäre Erhebungen und die Grundlage für die kommende Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise bilden sollten. Derartige „wirtschaftliche“ Räteorganisationen sind später auch in einigen Bezirken des Reichs gebildet worden, so in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet, ohne daß es ihnen gelungen wäre, eine größere Bedeutung als die einer Spielerei zu erlangen. In Berlin hat noch einige Monate lang die Betriebsrätezentrale in der Münzstraße eine gewisse Rolle gespielt, freilich nicht als Trägerin und Förderin des Rätegedankens, sondern als Keimzelle für den Spaltungsprozeß in der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Als Zwischenspiel sei vermerkt, daß sich im Februar 1920 der kommunistische Splitter der Luxus einer Spaltung gestattete. Unter der Führung von Paul Levi wurde eine Reihe von Bezirksorganisationen aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen, weil sie deren Mauserung zum Parlamentarismus nicht mitmachen wollten. Diese Hinausgeworfenen haben sich dann eine neue Partei geschaffen, die Kommunistische Arbeiterpartei.

Hatten die bisherigen Vorgänge in der revolutionären Entwicklung Deutschlands die Kräfte der Arbeiterbewegung zersplittert und sie dadurch ihrer Aktionsfähigkeit immer mehr beraubt, so sollte ein Ereignis jetzt die Möglichkeit ihrer Zusammenfassung schaffen. Das war der Kapp-Putsch vom 13. März 1920. Noch am Vorabend dieser militärischen und nationalistischen Revolte saß Noske seelenvergnügt mit seinen Offizieren aus der Reichswehr beisammen und

ließ sich von ihnen berichten, daß ihr Trachten nur darauf eingestellt sei, die Republik und deren Regierung zu schützen. Wenige Stunden später waren die Mannen des Korvettenkapitäns Ehrhardt, die Landsknechte aus dem Baltikumabenteuer und ähnliche Elemente, die durch Noskes Fürsorge Zeit und Mittel erhalten hatten, sich auf neue Taten zu rüsten, in den Berliner Regierungsgebäuden und die Herren Ebert, Noske und ihre Kollegen aus der Regierung mußten Hals über Kopf aus der Reichshauptstadt entfliehen. Die rechtssozialistische Politik hatte zum zweitenmal ihren Bankrott erlitten. Der Noskekurs, der zur Bewaffnung der Gegenrevolution, zur Wiederaufrichtung des Militarismus geführt hatte, war schwächlich zusammengebrochen. Nun stand die ganze Arbeiterklasse einmütig und geschlossen auf, um sich diejenigen Rechte zu sichern, die zur Durchführung ihrer Ansprüche notwendig waren. Arbeiter, Angestellte und Beamte, gleichviel welcher Partei sie angehörten, sie alle traten in den Generalstreik ein, ohne daß dafür eine besondere Vorbereitung notwendig gewesen wäre. Und nun galt es, diese Situation für das Proletariat nutzbar zu machen. Wenn eine einheitliche politische Führung der Arbeiterklasse dagewesen wäre, mit einem bestimmten Ziele und mit einem einheitlichen Willen, so wäre damals manches erreicht worden. Die Kommunisten aber gaben zuerst die Parole gegen den Generalstreik aus und ließen erst, als sie merkten, daß kein Mensch auf sie hörte, von ihrer Tölpelhaftigkeit ab. Und die Rechtssozialisten glaubten die Bewegung dahin deuten zu können, daß sie aus der Sorge um die damalige Regierung entstanden sei. So erklärt es sich, daß die Leitung des Gewerkschaftsbundes sich an die Spitze der Bewegung stellen und ihr einen ihr gemäßen Stempel aufdrücken konnte. Sie stellte eine Reihe von Forderungen auf, ihre berühmten acht Punkte, die ohne Zweifel zur Reinigung des politischen Lebens geführt und der Arbeiterschaft den ihr gebührenden Platz zugewiesen hätten, wenn sie durchgeführt worden wären. Das scheiterte auf der einen Seite an der Passivität der rechtssozialistischen Partei und auf der anderen Seite an der von den Kommunisten und dem sogenannten linken Flügel der Unabhängigen Partei gepredigten Enthaltensamkeit von allem wirklichen politischen Einflüsse. So kam es, daß die Bewegung, die so prachtvoll einsetzte und eine so erfreuliche Einheit zeigte, schließlich im Sande verlief, ohne bedeutende Spuren zu hinterlassen. Der einzige Leidtragende war Noske, dessen Dasein als Wehrminister mit dem Kapp-Putsch beendet war; das hat seine Partei nicht daran gehindert, ihn für seine Verdienste um die Gegenrevolution mit einer oberpräsidialen Pfründe zu belohnen.

Der Kapp-Putsch zitterte noch einige Wochen lang im Ruhrrevier und in Mitteldeutschland nach. Im Westen war es den Arbeitern aller Richtungen gelungen, die Freikorps aus dem Felde zu schlagen und sich mit Waffen zu versehen. Sie hielten den ganzen Bezirk besetzt und stellten eine ansehnliche Macht vor. Aber die Bewegung war isoliert, und es war leicht vorzusehen, daß sie in einem Blutbade enden würde, wenn sie nicht rechtzeitig abzubrechen war. Schon rüstete sich die Reichswehr, um mit ihren alten Methoden noch einmal die Niederwerfung der Arbeiterschaft zu versuchen. In die Bewegung selbst hatten sich anarchistische Elemente

eingeschlichen, denen nicht an der Verwirklichung bestimmter sozialistischer Forderungen, sondern mehr an der Befriedigung persönlicher Bedürfnisse gelegen war. Dem Einflusse der Unabhängigen Sozialdemokratie ist es zu danken, daß die Bewegung, wenn auch nicht mit einem vollen Erfolg der Arbeiterschaft, so doch mit einem Ergebnis liquidiert wurde, das einen neuen Aderlaß an der Arbeiterklasse verhütete.

Einen neuen schmerzlichen Verlust erlitt die Partei, erlitt die Arbeiterbewegung mit dem Tode von Emanuel Wurm. Ein Menschenalter hatte er seine Kenntnisse und seine Fähigkeiten in den Dienst des Proletariats gestellt. Auf den Gebieten der Wirtschaft und der Steuergesetzgebung war er eine unbestrittene Autorität. Frühzeitig schon hatte ihn die alte Partei auf die vordersten Posten gestellt, und niemals haben die Arbeiter eine Enttäuschung an ihm erlebt. Er war kein hinreißender Redner. Aber wenn er sprach, dann fesselte er seine Hörer durch den Inhalt seiner Ausführungen, dann gewann er die Aufmerksamkeit durch die Fülle seiner Kenntnisse. In der Partei, im Parlament war er ein unermüdlicher Arbeiter. Er besaß den Willen zur Tat, und er vermochte, wie nur wenige aufzer ihm, sozialistische Erkenntnis mit der Einsicht in die Möglichkeiten des Tages zu verbinden. Sein Tod riß in die Partei eine schmerzlich empfundene Lücke.

Der Kapp-Putsch und seine Folgen hatten die Kräfte der Partei außerordentlich in Anspruch genommen, sie aber zugleich sammeln und nutzen gelehrt. Mochten nach dem Abbruch des Kampfes gewisse Mißstimmungen übriggeblieben sein, weil besonders der sogenannte linke Flügel der Meinung war, der Kampf hätte von der Partei auch isoliert von der übrigen Arbeiterschaft weitergeführt werden müssen, so drängte doch die Notwendigkeit, auf dem nächsten Kampffelde geschlossen aufzutreten, diese Differenzen bald wieder in den Hintergrund. Die nun zu verrichtende Arbeit galt den Neuwahlen für den Reichstag. Die Partei eröffnete den Wahlkampf mit einem Aufruf, in dem sie den Arbeitern sagte, daß sie ihre Interessen gemeinsam wahren, daß sie sich nicht gegeneinander ausspielen und mißbrauchen lassen dürften. Aus dem Zusammenbruch, in den die Welt durch Kapitalismus und Militarismus geführt worden sei, gebe es nur eine Rettung, den Kampf für den Sozialismus. Mit ihrem Programme sammle die Unabhängige Sozialdemokratie die Massen des Proletariats, sie vertrete es jetzt auch im Wahlkampf. Gegen das einheitlich und geschlossen handelnde Proletariat könne in Deutschland keine Macht aufkommen. Als sofort zu erfüllende U e b e r g a n g s m a ß n a h m e n wurden dann gefordert:

1. Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen. Mannschaftsersatz aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft, politisch zuverlässige Führer.
2. Aufhebung des Ausnahmezustandes. Freilassung aller verhafteten Revolutionskämpfer und umfassende Amnestie.
3. Bestrafung aller an dem Kappschen Umsturz beteiligten Gegenrevolutionäre und der für das Hinmorden von revolutionären Kämpfern Verantwortlichen.

4. Durchführung der Sozialisierung, beginnend auf dem Gebiete des Bergbaus und der Energieerzeugung — Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität —, Weiterführung der Sozialisierung der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, des Transport- und Verkehrswesens sowie anderer hochentwickelter Industrien, umfassende Kommunalisierung.

5. Ueberführung des Großgrundbesitzes und der großen Forsten in gesellschaftliches Eigentum. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, durch Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen.

6. Sicherung der Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung. Schärfste Bekämpfung des Lebensmittelwuchers.

7. Ausbau der Sozialgesetzgebung, Anpassung der Löhne, Gehälter, Renten und Unterstützungen an die Kosten der Lebenshaltung. Wirksame Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft.

8. Freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern. Frieden mit Rußland. Erfüllung der sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Verpflichtungen.

Der Wahltag vom 6. Juni brachte der Partei einen glänzenden Erfolg. Sie war mit einem Ruck an die zweite Stelle gerückt, nicht viel mehr fehlte, daß sie die rechtssozialistische Partei überflügelte. Die SPD. erhielt 5 614 452 Stimmen und 112 Mandate, die USPD. 4 894 317 Stimmen und 81 Mandate. Die Unabhängige Sozialdemokratie, der man in der ersten Zeit ein so ungünstiges Prognostikon gestellt hatte, war zu einer achtungsgebietenden Macht geworden, sie drängte danach, zu der entscheidenden Macht zu werden.

Bald sollte die Partei vor ein neues Problem gestellt werden. Die bisherige Koalition war außerordentlich geschwächt aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Den Rechtssozialisten war für den Augenblick die weitere Lust am Zusammenregieren mit den Bürgerlichen vergangen, und sie glaubten ihre Stellung dadurch verbessern zu können, daß sie die Unabhängige Sozialdemokratie zur Teilnahme an ihrer Koalition einluden. Das Zentralkomitee der USPD. antwortete darauf, daß die Partei nicht in eine Regierung eintreten könne, die sich die Wiederaufrichtung der kapitalistischen Ordnung zum Ziele gesetzt und zur Niederhaltung des Proletariats den Militarismus neu belebt habe. Der Eintritt der USPD. in eine solche Regierung würde eine Unterstützung der konterrevolutionären Politik und einen Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft bedeuten. Zur Erkämpfung ihres Zieles, der Beseitigung der kapitalistisch-militärischen Klassenherrschaft sei die USPD. zu Beginn der Revolution in eine gemeinsame Regierung mit der rechtssozialistischen Partei eingetreten. Sie habe sich gezwungen gesehen, aus der Regierung auszutreten, um an der von den Rechtssozialisten betriebenen Politik nicht mitschuldig zu werden. Für die USPD. könne also nur eine sozialistische Regierung in Betracht kommen, in der sie die Mehrheit habe, den bestimmenden Einfluß ausübe, und in der ihr Programm die Grundlagen der Politik bilde.

Diese Absage an die Koalitionspolitik führte zu einer außerordentlich scharfen Kampagne der Rechtssozialisten gegen die Partei, der sie die Schuld daran gab, daß nunmehr eine ganz bürgerliche Re-

gierung gebildet werden müsse. Auch in den eigenen Reihen herrschte einige Mißstimmung darüber, daß es nicht wenigstens zu Verhandlungen über die Regierungsbildung gekommen war. Rückschauend können wir sagen, daß die Taktik des Zentralvorstandes nicht ganz glücklich gewesen ist. Sie hätte bestimmte Forderungen aufstellen müssen, auf deren Durchführung sie bestehen konnte. Die bürgerlichen Parteien wären sicherlich nicht eine Koalition mit einer Partei eingegangen, die das Leipziger Aktionsprogramm als die Grundlage ihrer Politik betrachtete. Und wenn auch die Rechtssozialisten die Zusammenarbeit auf Grund dieses Programms abgelehnt hätten, so war vor aller Welt festgestellt, daß sie die Schuld an dem Nichtzustandekommen einer rein sozialistischen Regierung trugen.

Ende Juni begab sich eine Abordnung der Partei, Crispian, Dittmann, Däumig und Stoecker, nach Moskau, um an den Beratungen des Kongresses der Internationale teilzunehmen und über den Anschluß der USPD. zu verhandeln. Vorher berichtete das Zentralkomitee darüber, was es zur Ausführung des Leipziger Beschlusses in der Frage der Internationale getan hatte. Es waren Verbindungen mit allen Parteien des Auslandes, die sozialrevolutionären Charakter trugen, angeknüpft worden, um mit ihnen gemeinsam der III. Internationale beizutreten. Es kamen eine Reihe von Antworten, die das Vorgehen der USP. zumeist billigten und die Abhaltung einer Konferenz zur Besprechung der weiteren Schritte vorschlugen. Nur aus Moskau kam keine Antwort, und um die Verhandlungen mit der III. Internationale nicht zu erschweren, lehnte die Parteileitung die Veranstaltung einer Konferenz ohne Moskau ab. Der Kapp-Putsch brachte eine Unterbrechung dieser Verhandlungen. Die Kräfte der Partei waren in der inneren Politik so in Anspruch genommen, daß die Regelung der internationalen Beziehungen nicht gefördert werden konnte. Endlich im April kam ein Antwortschreiben des Moskauer Exekutivkomitees, das aber, was das hinterhältige Verhalten dieser Exekutive deutlich kennzeichnet, in erster Linie an „alle Arbeiter Deutschlands“, in zweiter Linie an die „Reichszentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands“ und erst in dritter Linie an den „Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei“ gerichtet war.

In diesem Antwortschreiben war im Widerspruch mit den Tatsachen behauptet worden, daß die USPD. die Kundgebungen des Moskauer Exekutivkomitees unterschlagen und den Anschluß an die III. Internationale sabotiert habe. Das Zentralkomitee der Partei mußte erst den Wahlkampf vorübergehen lassen, ehe es sich dazu äußern konnte. Es stellte nun fest, daß das Moskauer Exekutivkomitee in ganz unmarxistischer Weise behauptete, die Massen der Partei ließen sich von einem Häuflein opportunistischer Führer irreführen, und es müßten erst diese Führer beseitigt werden, ehe die USP. in die III. Internationale aufgenommen werden könne. Durch solche Methode werde, statt sachliche Kritik zu üben, der Geist der Spaltung in eine Partei hineingetragen, die den Anspruch darauf erheben könne, als Repräsentantin des revolutionären Proletariats zu gelten. Die Partei habe durch ihre ganze bisherige Tätigkeit bewiesen, daß sie von revolutionärer Tatkraft erfüllt sei, und die

Teilnahme an der ersten Revolutionsregierung, die das Exekutivkomitee der USP. jetzt zum Vorwurf mache, habe nur den Forderungen des gesamten Proletariats entsprochen. Das Antwortschreiben des Exekutivkomitees stelle überhaupt eine Sammlung von schiefen oder gänzlich unwahren Darstellungen und Anklagen dar. Die Durchführung der sozialen Revolution vollziehe sich nicht überall nach den Bedingungen, die die Bolschewisten in Rußland gefunden hätten, sondern sie hingen ab von den Verhältnissen jedes einzelnen Landes. Die USPD. habe durch den Bruch mit der II. Internationale bewiesen, daß sie mit deren reformistischen Parteien nichts zu tun haben wolle. Das Schreiben der Zentraleitung schließt mit der Hoffnung, daß es der nach Moskau gesandten Kommission gelingen werde, mit guten Ergebnissen für die Schaffung einer geschlossenen internationalen Front des klassenbewußten revolutionären Proletariats aller Länder heimzukehren.

Diese Hoffnung ist gründlich enttäuscht worden. Was die Kommission mitbrachte, das war nicht die Einigung des revolutionären Proletariats der ganzen Welt, sondern ihre Zersplitterung, nicht die Stärkung der sozialrevolutionären Parteien in allen Ländern, sondern deren Spaltung. Wie kam es aber, daß die Moskauer Exekutive so gänzlich alle marxistischen Lehren und jede sozialistische Erkenntnis beiseite schob und mit anarchistischen Methoden ihre eigene Isolierung von dem kampftschlossenen Proletariat der Westländer durchsetzte? Das war begründet in der innen- wie außenpolitischen Stellung der Sowjetregierung, deren ausführendes Organ die III. Internationale werden sollte.

Im Frühjahr 1920 glaubte die Entente zum letzten entscheidenden Schlage gegen Sowjetrußland ausholen zu können. Nachdem die russischen Arbeiter und Bauern die gegenrevolutionären Bewegungen der Koltschak, Denikin und Judenitsch niedergeworfen hatten, bediente man sich jetzt des polnischen Imperialismus als Werkzeug. Polen erhob Ansprüche auf weite Gebiete des eigentlichen Rußlands, und es fand sich bald ein Vorwand, um einen Krieg vom Zaune zu brechen. Es gelang den Sowjetarmeen, die Polen zurückzuschlagen, im Sommer 1920 standen die bolschewistischen Truppen vor Warschau und an der ostpreußischen Grenze. Eine Zeitlang schien es, als ob Sowjetrußland den Frieden diktieren, als ob es ihm gelingen werde, die bolschewistischen Methoden auch in Polen zur Durchföhrung zu bringen und die Revolution getreu nach russischem Vorbild nach Deutschland zu tragen. Diese Pläne fanden die lebhafteste Unterstützung bei den deutschen Nationalisten; es fanden sich zahlreiche Stimmen aus den reaktionären Parteien, die den Abschluß eines Bündnisses mit Sowjetrußland verlangten und an dessen Seite den Revanchekrieg gegen die Entente beginnen wollten. Das war der Nationalbolschewismus. Für jeden einsichtigen Politiker war es aber klar, daß eine solche Politik nur zum sicheren Untergange Deutschlands führen konnte. Die Entente hätte sofort die wichtigsten wirtschaftlichen Gebiete besetzt, um sie niemals wieder herauszugeben, und Deutschland wäre zum Kriegsschauplatz geworden. Der Ausgang eines neuen Gemetzels aber wäre nicht zweifelhaft gewesen.

Von dieser Situation wurde die Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie bestimmt. Sie mußte alle Anstrengungen machen, um zu verhüten, daß der Krieg nach Deutschland hineingetragen wurde, zugleich aber hatte sie dafür zu sorgen, daß Transporte von Truppen oder von Kriegsmaterial zur Unterstützung der Polen verhindert wurden. Dieser Pflicht hat sich die Partei mit vollem Erfolge entledigt, was freilich nicht hinderte, daß die Ententeunterstützungen für Polen andere Wege als den nächsten durch Deutschland wählten. Der polnisch-russische Krieg endete nicht mit einem Sieg der Roten Armeen. Die militärischen Führer der Sowjetregierung hatten wohl zuviel gewagt, als sie in das Herz Polens vorstießen. Sie erlitten eine Reihe von Niederlagen, mußten den Rückzug antreten, und das führte schließlich zu einem Frieden, der an den politischen Verhältnissen im Osten nicht viel änderte, insbesondere aber die Sowjetisierung Polens in weite Fernen rückte.

Auf dem Höhepunkt der Erfolge der Sowjetregierung wurde das Schreiben des Exekutivkomitees an die USPD. abgesandt, und im Glanze der kriegerischen Unternehmungen durfte sich auch der Moskauer Kongreß abspielen, an dem die Kommission der USPD. teilnahm. Dieser siegessicheren Stimmung entsprachen denn auch die Forderungen, die an den Anschluß der Unabhängigen Sozialdemokratie an die III. Internationale geknüpft wurden. Sei haben den Anlaß zur Spaltung der Partei gegeben, sie haben es dahin gebracht, daß die revolutionäre Bewegung der deutschen Arbeiterklasse auf lange Zeit hinaus geschwächt wurde.

Die Kommission brachte ein ganzes Bündel von Bedingungen, Statuten, Beschlüssen und Thesen mit. Die Hauptrolle dabei spielten die 21 Bedingungen zur Aufnahme in die kommunistische Internationale. Zuerst waren sich alle vier Delegierten darüber einig, daß ein Teil dieser Bedingungen für deutsche Verhältnisse unannehmbar seien. Däumig und Stoecker ließen sich aber von den gewiegten Intriganten in Moskau dafür gewinnen, für die Annahme sämtlicher Bedingungen in Deutschland einzutreten, was nichts anderes bedeutete, als den Hinauswurf einer Anzahl solcher Genossen aus der Partei zu verlangen, mit denen sie bis dahin in vollem Einvernehmen gehandelt hatten. Das war ein Bruch von Treu und Glauben, wie ihn sich in gleicher Weise höchstens die Rechtssozialisten während des Krieges gegenüber der Opposition haben zuschulden kommen lassen. Als die Bedingungen in Deutschland bekannt wurden, riefen sie im größten Teile der Partei geradezu Entsetzen hervor. Was hier verlangt wurde, hatte so wenig mit dem Wesen der sozialistischen Bewegung zu tun, daß es die Verleugnung der bisher so erfolgreichen Arbeit der Partei bedeutet hätte, wollte man sich ihnen vorbehaltlos unterwerfen.

Die Diktatur einer auserwählten Führerkaste, die für russische Verhältnisse passend erscheinen mochte, sollte auch in Deutschland durchgeführt werden. Wer nicht die Moskauer Heilslehren blindlings und unbedingt anerkannte, der wurde als reformistischer Ketzer und als Zentrist verschrien und zum Hinauswurf aus der kommunistischen Kirche verdammt. Die einzige Form der Revolution sollte der bewaffnete Bürgerkrieg sein, und um ihn durchzuführen, sollte neben

der legalen Organisation noch eine illegale mit allen Hilfsmitteln einer längst überholten Revolutionsromantik ausgestattet werden. Eine Anzahl der hervorragendsten Führer der internationalen Arbeiterbewegung, wie Turati in Italien, Kautsky und Hilferding in Deutschland, Longuet in Frankreich, Hillquith in Amerika sollten ausgeschlossen werden. Alle Parteien sollten sich zur Zertrümmerung der Gewerkschaften und zum Kampfe gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale verpflichten. Kein Beschluß sollte durchgeführt werden, wenn er nicht vorher von Moskau sanktioniert war. Wer die Bedingungen und Leitsätze Moskaus jetzt ablehne, müsse aus der Partei ausgeschlossen werden.

Däumig und Stoecker traten in der Parteipresse für die Annahme der Bedingungen ein, wobei sie es freilich vermieden, auf Einzelheiten einzugehen. Crispian und Dittmann dagegen zeigten auf, wie notwendig es sei, sich die Bedingungen genau anzusehen, bevor man sich für ihre Annahme entscheide. Dittmann insbesondere hielt sich für verpflichtet, einige nähere Mitteilungen über die wahren Zustände in Rußland zu machen, damit die deutschen Arbeiter sich selbst ein Urteil darüber bilden könnten, ob die kritiklose Nachahmung des russischen Vorbilds auf Deutschland zu empfehlen sei.

Auf Anfang September rief die Parteileitung eine Reichskonferenz aus den Vertretern der Parteibeiräte nach Berlin ein, die eine Vorberatung über die in der Frage der Internationale zu fassenden Beschlüsse vornehmen sollte. Die endgültige Entscheidung darüber hatte ein Parteitag zu treffen. Auf der Reichskonferenz kam es bereits zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Freunden und den Gegnern der Moskauer Bedingungen. Wenn auch auf dieser Tagung keine Beschlüsse gefaßt wurden, so war doch der Eindruck der Ausführungen von Crispian und Dittmann so stark, daß man annehmen konnte, daß die übergroße Mehrheit der Vertreter sich gegen die Annahme der Bedingungen ausgesprochen haben würde. Stoecker und Däumig fielen dagegen gänzlich ab. Es war klar, daß bei unbeeinflusster Aussprache, bei lückenfreier Unterbreitung des Materials und bei genauer Darstellung der Verhältnisse die gewaltige Mehrheit der Partei sich für die Ablehnung der Bedingungen aussprechen und versuchen würde, neue Verhandlungen mit Moskau anzuknüpfen. Das aber mußte verhindert werden und nun setzte ein Spiel ein, das in der Geschichte der Arbeiterbewegung und wahrscheinlich auch in der Geschichte der politischen Parteien kein Seitenstück mehr hat.

Der sogenannte linke Flügel der Partei stellte sofort die organisatorische Verbindung mit der Kommunistischen Partei her. Mit russischem Material reichlich unterstützt, konnte er sofort die einseitige Beeinflussung der Parteigenossen beginnen. Das ganze Reich wurde mit Korrespondenzen überschwemmt, überall entstanden Sonderorganisationen, keine Parteiversammlung konnte mehr stattfinden, ohne daß die Gegner der Bedingungen von organisierten Radaumachern mit den größten Beleidigungen überschüttet und sogar tätlich angegriffen wurden. Nur mit Ekel erinnert man sich an diese Zeit des wütesten Bruderkampfes, und es sei daher gestattet, mit diesen wenigen Andeutungen darüber hinwegzugehen. Das

tollste Stück aus diesem Treiben war wohl, daß vier Mitglieder des Zentralvorstandes, Däumig, Stoecker, Adolf Hoffmann und Koenen, in der „Roten Fahne“, also in dem Zentralorgan einer immer noch gegnerischen Partei, einen Aufruf „An die Parteimitglieder“ veröffentlichten. Das war, wie sieben andere Mitglieder des Zentralkomitees sofort feststellten, die stärkste Belastungsprobe, der die Partei in dieser Situation ausgesetzt war, die Parteigenossen sollten die Partei schützen und sich ihre Waffen im Befreiungskampfe des Proletariats nicht zerbrechen lassen.

Der außerordentliche Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie, der endlich Klarheit schaffen sollte, war auf den 12. Oktober nach Halle einberufen worden. Den Befürwortern der Moskauer Bedingungen kam dieser Termin zu früh. Und das hatte seine guten Gründe. Zunächst wollten sie Zeit gewinnen, um den Verleumdungs- und Vergiftungsfeldzug in der Partei bis aufs äußerste auszudehnen, dann aber hofften sie auf Hilfe von außen. Sie wußten im voraus, daß der Parteitag eine ähnliche Stimmung zeigen würde, wie die Reichskonferenz, wenn die Delegierten sich aus den Ausführungen der vier Kommissionsmitglieder allein ein Urteil bilden sollten. Darum riefen sie das Moskauer Exekutivkomitee an, und da man dort sofort erkannte, welche Bedeutung eine Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie haben müsse, entsandte es deren Vorsitzenden Sinowjew nach Deutschland.

Die Hallische Organisation, die zum überwiegenden Teil aus Befürwortern der 21 Bedingungen bestand, hatte dafür gesorgt, daß die Besucher des Parteitages den Eindruck empfingen, als ob man sich auf einer kommunistischen Veranstaltung befände. Die Embleme stellten zumeist Verherrlichungen des Sowjet-Regimes vor, die Kommunistische Partei hatte einen großen Schriftenvertrieb organisiert. An den für die Presse bestimmten Tischen wimmelte es von fragwürdigen Gestalten, die sich als Vertreter kommunistischer Blätter ausgaben. Im Saale war die Scheidung bereits vollzogen: auf der einen Seite saßen die Delegierten, die die USP. erhalten wissen wollten, auf der anderen Seite jene Leute, die ihren Uebergang zu den Kommunisten bereits vollzogen und hier nur noch ihre formelle Scheidung von der Partei vorzunehmen hatten. Die Anhänger der beiden Richtungen hielten gesonderte Besprechungen ab, in denen die Taktik festgestellt und die zu fassenden Beschlüsse vorbereitet wurden; die öffentliche Beratung hatte lediglich noch den einen Zweck, die durch die Bestimmungen des Organisationsstatuts gebotenen Formen zu wahren.

Es wurde allgemein erwartet, daß es bereits bei der Eröffnung des Parteitages und bei der Feststellung der Tagesordnung zu der entscheidenden Kraftprobe kommen würde. Aber der sogenannte linke Flügel, die Neukommunisten, wie sie jetzt treffend genannt wurden, hatten sich auf Anraten ihrer Moskauer Auftraggeber dazu entschlossen, keinen Anlaß zu geben, um die Verhandlungen aufzufliegen zu lassen, bevor noch die Entscheidung über die Frage der Internationale gefällt war. Dazu kam noch etwas anderes. Die Neukommunisten erwarteten Herrn Sinowjew, und da er bei Eröff-

nung des Parteitags in Halle noch nicht eingetroffen war, so übten sie zuerst noch verhältnismäßige Zurückhaltung. Allerdings platzten schon beim ersten Punkt der Tagesordnung, bei dem Bericht der Zentralleitung, den Luise Zietz gab, die Meinungen heftig aufeinander. Und wenn es nach den Heißspornen der Neukommunisten gegangen wäre, so wäre es schon hierbei zum Bruche gekommen. Die Regie von Adolf Hoffmann und Emil Eichhorn verstand es aber immer rechtzeitig, die Wogen der Erregung bei ihren Anhängern zu besänftigen.

Der eigentliche Zweck des Parteitags war die Beschlussfassung über Annahme oder Ablehnung der Aufnahmebedingungen für die III. Internationale. Referenten waren wie auf der Reichskonferenz die vier Mitglieder der nach Moskau entsandten Kommission, also Crispian, Däumig, Dittmann und Stoecker. Crispian und Dittmann waren nicht nur rednerisch, sondern auch inhaltlich den beiden andern weit überlegen. Und es stand fest, daß nach diesen Referaten die Moskauer Richtung in eine unglückliche Lage geraten war. Endlich aber erschien Gregor Sinowjew, der dazu bestimmt war, die Schlacht für Moskau zu retten. Er wurde von seinen Getreuen wie ein König von seinen Untertanen empfangen.

Das Referat Sinowjews stellte nun ohne Zweifel materiell gesehen eine gewaltige rednerische Leistung dar. Der Vorsitzende des Moskauer Exekutivkomitees beherrschte vollkommen den Geist der deutschen Sprache, wenngleich er zuweilen nach einem Ausdruck suchen mußte, was aber nur geeignet erschien, der Rede einen pikanten Beigeschmack zu geben. Er ist damals als einer der größten Demagogen des Jahrhunderts bezeichnet worden. Und damit ist ihm sicherlich kein Unrecht geschehen. Er verstand es, eine Reihe von Allgemeinheiten zu sagen, über die es unter Sozialisten keine Meinungsverschiedenheit gab. Aber indem er sie in eine Umrahmung stellte, die nach Moskauer Eigengewächs aussah, konnte er bei unkritischen und kenntnislosen Zuhörern den Eindruck erwecken, als ob in der Tat zutrefte, was die Leiter der Moskauer Internationale immer wieder behauptet hatten, daß nämlich die „Hilferdinge“ Verräter am Proletariat seien. Vier Stunden lang prasselte der Redestrom auf die Hörer nieder. Sinowjew sprach über sehr vieles, was die Arbeiterklasse bewegte. Aber auf die 21 Bedingungen ging er nur so nebenher ein. Das Wichtigste an der Rede war die Frage an die USP, welche Aenderungen sie an den Bedingungen wünsche; damit hatte Moskau sein Spiel selbst entlarvt, denn wenn es selbst schon die Hand zu einer Aenderung seiner Bedingungen bieten wollte, wie konnte es dann noch jemanden zum Hinauswurf aus der III. Internationale verurteilen, der eben das erreichen wollte, nämlich eine Aenderung der Bedingungen?

Die Rede Sinowjews übte auf seine Anhänger einen tiefen Eindruck aus. Sie glaubten schon den Sieg in der Tasche zu haben, sie erwarteten, daß der Vorsitzende der Moskauer Exekutive auch manchen von der anderen Richtung überzeugt haben würde. Es sind auch wirklich zwei oder drei Delegierte zu den Kommunisten abgeschwenkt; dafür aber erlebte der der USP. treugebliebene Teil des Parteitags,

daß einige der besten und ältesten Kämpfer aus der Arbeiterbewegung, wie Paul Hennig in Halle, nun erst recht dem Moskauer System eine Absage erteilten. Der sogenannte rechte Flügel verlangte nunmehr, daß ihm nach dem vierstündigen Referat von Sinowjew gleichfalls ein Referat zugestanden werden solle. Diesem Verlangen mußten die Neukommunisten nachgeben, wenn sie sich nicht vor aller Welt ins Unrecht setzen wollten. Es sprach also nach Sinowjew Hilferding. Die Bedeutung dieses Rededuells lag darin, daß zum erstenmal in Deutschland sich ein Vertreter des russischen Bolschewismus, der zu Bakunins Lehren zurückgekehrt war, und ein Vertreter des westeuropäischen Sozialismus, der auf Marx fußte, einander gegenübertraten. Sinowjews Gedankengänge waren ganz auf das Wesen der russischen Revolution eingestellt. Er wollte mit Absicht nicht sehen, wie verschiedenartig die wirtschaftlichen und die politischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern der Welt sind, und daß von dieser Verschiedenartigkeit der materiellen Verhältnisse auch die Verschiedenheit der politischen Taktik abhängig sein muß. Die bolschewistische Lehre geht davon aus, ganz wie es der Anarchismus tut, den Bakunin lehrte, daß die proletarische Revolution nur eine gewaltsame Umwälzung sein könne, mit Bürgerkrieg, Straßenkampf, Barrikadenbau und Terror. Daß schon Marx nachgewiesen hat, daß die soziale Revolution ganz andere Formen annehmen könne, als sie die bürgerlichen Revolutionen gezeigt haben, und daß beispielsweise die Durchsetzung des Maximalarbeitstages in England ein Vorgang von ungeheurer revolutionärer Bedeutung war, das war den Kommunisten ganz aus dem Gedächtnis verschwunden.

Hilferding, unbestritten einer der fähigsten Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus, wies nach, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nicht einfach dadurch sich vollziehen könne, daß man die Erfahrungen eines bestimmten Landes auf andere Länder übertrage. Der Prozeß der Revolutionierung der Massen könne nur vorangetrieben werden durch eine Politik, die die Massen nicht spalte um irgendwelcher Formen willen, sondern die die Massen vor ganz konkrete Ziele stelle und sie im Kampfe um diese Ziele vorwärts treibe. Was die Arbeiterklasse brauche, sei eine Taktik, die auf alle Eventualitäten gefaßt sei, die geistig, organisatorisch und politisch bereit sei, wenn die revolutionäre Situation eintrete, sie auszunutzen und das Proletariat zum Siege zu führen. Und auf die Frage, welche Aenderungen die USP. an den Bedingungen vorzunehmen wünsche, antwortete er: „Wir wollen in der Internationale eine kameradschaftliche, vertrauensvolle Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterklasse in allen Ländern.“ Habe aber Sinowjew überhaupt die Legitimation, ein solches Angebot zu machen, nachdem er diejenigen, mit denen er jetzt verhandeln wolle, bisher als Gauner, als Schurken, als Verräter beschimpft habe? In Wirklichkeit bedeute dieses Angebot nur ein neues Täuschungsmanöver, auf das die Vertreter der USP. nicht eingehen würden.

Was nunmehr auf dem Parteitag noch folgte, das war lediglich eine weitere Verlängerung der Spaltungsqualen. Martow, von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, ließ eine Ansprache

verlesen, die durch ihre Kennzeichnung des brutalen bolschewistischen Systems einen tiefen Eindruck auf die Zuhörer machte. Losowsky, der Vertreter der russischen Gewerkschaften, übte sich in so kräftigen Beschimpfungen der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale, daß es während seiner Rede zu stundenlangen Unterbrechungen kam. Es folgte nunmehr die Abstimmung über die von den beiden Flügeln vorgelegten Resolutionen. Für die Annahme der Bedingungen erklärten sich 236 Delegierte, 156 Delegierte stimmten mit Nein. Crispian als Vorsitzender des Zentralkomitees gab darauf die Erklärung ab, daß diejenigen Delegierten, die für die Aufnahmebedingungen gestimmt hatten, dadurch ihren Uebertritt in eine andere Partei vollzogen und aus der USPD. ausgetreten seien. Diese Versammlung habe aufgehört, Parteitag der USPD. zu sein. Trotz des unzweifelhaften Rechts der Mitglieder der USPD., die die Aufnahmebedingungen abgelehnt haben, allein in diesem Saale weiter zu tagen, fordere er diese jetzt noch allein vertretungsberechtigten Delegierten der USPD. auf, zur Vermeidung eines etwaigen Kampfes um das Lokal, diesen Saal zu verlassen und den Parteitag der USPD. an einem andern Tagungsort fortzusetzen. Diese Erklärung rief einen Sturm der Entrüstung bei den Neukommunisten hervor. Sie belegten die Delegierten der USP., die jetzt den Saal verließen, mit den unflätigsten Schimpfworten; Sinowjew aber, der Vertreter der Moskauer Internationale, stand mit breitem Lächeln an ihrer Spitze und sah befriedigt der Vollendung seines Werkes zu. Was für die deutsche Arbeiterklasse ein Trauerspiel war, das erschien ihm wie eine Komödie!

Der Parteitag wurde tags darauf in einem andern Lokale fortgesetzt. Die Resolution Ledebour, die die Ablehnung der 21 Bedingungen enthielt, wurde einstimmig angenommen. Es wurde weiter beschlossen, daß noch die politische Lage und die Aufgaben der USPD. und außerdem die Frage der künftigen Organisation behandelt werden sollten. Vorher protestierte auf Antrag von Toni Sender der Parteitag gegen die Beschimpfungen der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale durch Sinowjew und Losowsky. Nach einem Vortrage von Crispian über die politische Lage folgte eine angeregte Diskussion, die sich mit den Aufgaben befaßte, die von der Partei nach dem Ausscheiden der Neukommunisten zu lösen seien. Ein von Crispian vorgelegtes „Manifest der Unabhängigen Sozialdemokratie an das deutsche Proletariat“ wurde einstimmig angenommen. Es hat folgenden Wortlaut:

Die Entscheidung ist gefallen. Ein Teil der Delegierten zu dem vom Zentralkomitee der U.S.P.D. einberufenen Parteitag hat seinen Austritt aus der Partei vollzogen und ist in das kommunistische Lager übergegangen. Die revolutionäre Arbeiterbewegung ist durch diese Spaltung für den Augenblick geschwächt worden. Statt Zusammenfassung aller Kräfte im Kampf für die Eroberung der Macht und für die Verwirklichung des Sozialismus haben die Kommunisten unter dem Druck von außen die revolutionäre Massenpartei des deutschen Proletariats zerfetzt und ihre Kraft zersplittert. Die U.S.P.D. hat stets unerschütterlich und unter großen Opfern den Kampf für die Grundsätze des revolutionären internationalen Sozialismus geführt. Sie ist entstanden im Kampfe gegen die Preis-

gabe der sozialistischen Prinzipien durch die Reformsozialisten, und sie hat schon während des Krieges in Zimmerwald und Kienthal für eine internationale der revolutionären Tat zur Beendigung des imperialistischen Krieges und zur Niederringung des Kapitalismus gewirkt.

Während der Revolution setzte sich die Partei ein für die Diktatur des Proletariats bis zur endgültigen Sicherung der proletarischen Herrschaft und der Beseitigung aller politischen und ökonomischen Machtpositionen der Bourgeoisie. Die Politik der U.S.P.D. wurde vereitelt durch die Rechtssozialisten. Sie hielten an der Koalition mit dem Bürgertum fest, politisch, indem sie ihnen die Ministerien überließen, die sofortige Einberufung der Nationalversammlung forderten und der Ablösung der proletarischen Diktatur durch den bürgerlichen Parlamentarismus die Wege ebneten; ökonomisch, indem sie an Stelle der sofortigen Verwirklichung des Sozialismus in den entscheidenden Wirtschaftszweigen die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit dem kapitalistischen Unternehmertum fortsetzten.

Auf der anderen Seite haben die Kommunisten in dieser Entwicklungszeit die gemeinsamen Aktionen des revolutionären Proletariats aus Eigensüchtelei durch die sklavische Nachahmung russischer Methoden durchkreuzt und geschwächt. Die U.S.P.D. hat solchen sinnlosen Putschereien, hat konfusen syndikalistischen und antiparlamentarischen Parolen stets ihre Politik der Sammlung aller Energien der Arbeiterklasse zum Kampf für die Eroberung der politischen Macht entgegengestellt. Erfüllt von dem Bewußtsein, daß die Krise des Kapitalismus von der Arbeiterklasse zum revolutionären Vorstoß ausgenutzt werden muß, aber auch im Besitz der marxistischen Einsicht in die ökonomischen Bedingungen des Kampfes, vertrat sie in jeder Phase der revolutionären Entwicklung das Gesamtinteresse der Bewegung gegenüber der rechtssozialistischen Kompromißpolitik wie gegenüber der kommunistischen Revolutionsmache.

In diesem Kampfe wurde die U.S.P. zur revolutionären Massenpartei und die Hoffnung war begründet, unter ihrer Fahne das gesamte Proletariat zu sammeln, zu einigen, und es so bereit zu machen für den Entscheidungskampf gegen den Kapitalismus. In diesem Augenblick wurde die Partei überfallen. Die russischen Kommunisten fordern zu ihrer Unterstützung die sofortige Entfaltung des Bürgerkrieges und der Revolution in allen Ländern, ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit der ökonomischen und politischen Voraussetzungen für das Proletariat und ohne Rücksicht auf die Folgen. Die deutschen Kommunisten sind infolge ihrer Politik eine einflußlose Sekte geblieben, zu schwach, um als revolutionärer Stoßtrupp gebraucht zu werden. Deshalb sollten die Massen der U.S.P.D. unter die kommunistische Diktatur kommen. Damit aber diese Diktatur widerstandslos ausgeübt werden könne, mußte die U.S.P. gespalten werden. Alle, die den kommunistischen Wahn erkannt hatten, die russischen Methoden auf Deutschland uneingeschränkt zu übertragen, mußten ferngehalten werden. Daher die Bedingungen und Thesen der Moskauer Internationale, die die Spaltung der Arbeiterparteien fordert, um über den verbleibenden Rest uneingeschränkt herrschen zu können. Die U.S.P.D. hätte mit der Annahme der 21 Bedingungen nicht nur ihr Wesen geopfert, sondern auch die Zukunft der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland. Diese wäre rettungslos ausgeliefert worden den Bedürfnissen der russischen kommunistischen Partei. Die deutsche Arbeiterbewegung wäre das Objekt einer Hasardpolitik geworden, auf die sie keinen selbständigen Einfluß mehr gehabt hätte.

Das durfte nicht geschehen und das wird nicht geschehen. Die U.S.P.D. bleibt bestehen als die deutsche revolutionäre

näre, sozialistische Partei Sie muß bestehen bleiben, weil nur sie imstande ist, die Aufgaben zu lösen, die die revolutionäre Situation der Arbeiterklasse stellt.

Wir halten fest an unserem Leipziger Aktionsprogramm. Wir erstreben mit allen Mitteln die Eroberung der politischen Macht und ihre Behauptung durch die Diktatur des Proletariats. Wir führen den Kampf weiter gegen die rechtssozialistische Politik des Reformismus, der Koalition mit den bürgerlichen Parteien und den Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum.

Wir lehnen es aber ab, die Arbeiterschaft mit täglich wechselnden Parolen in neue Putsche hineinzuhetzen und durch Täuschung über die wirklichen Machtverhältnisse unerfüllbare Illusionen zu wecken. Das Proletariat führt in Deutschland einen harten und schweren Kampf gegen einen gutgerüsteten, gutorganisierten, starken Gegner, der ihm einig und geschlossen entgegentritt. In diesem Kampf kann die deutsche Arbeiterklasse nur den Sieg in einem zähen Ringen erobern, wenn sie selbst einig ist. Geeint kann das Proletariat nicht werden durch Einigungszentralen, voreilige Schaffung politischer Arbeiterräte und andere Organisationsspielereien oder durch ausgeklügelte Parolen. Einig kann das Proletariat nur werden im revolutionären Kampf um Ziele, die aus seiner Klassenlage, aus seinem Klassenbewußtsein sich mit Notwendigkeit ergeben. Deshalb muß das Proletariat in den Kampf um konkrete Ziele, die ihm reale Machterweiterung bringen, geführt werden. Nur in diesen Kämpfen, die mit zunehmender Energie, zunehmender Geschlossenheit und Einigkeit geführt werden müssen, werden die Massen zum Entscheidungskampf um die Eroberung der politischen Macht gesammelt werden. Im Vordergrund dieser Kämpfe muß aber immer die Verwirklichung des Sozialismus stehen.

Deshalb fordern wir in der gegenwärtigen Situation die proletarische Massenaktion zur sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung in den entscheidenden Wirtschaftszweigen, insbesondere den Kampf um die sofortige Sozialisierung im Bergbau.

Wir fordern angesichts der schweren ökonomischen Krise die Arbeiter und Angestellten auf zum Kampf um die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte zur Erringung der Produktionskontrolle.

Die wichtigste Aufgabe ist gegenwärtig der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Da die Arbeitslosigkeit die untrennbare Begleiterscheinung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist, so ist die Verwirklichung des Sozialismus die wirksamste Hilfe für die Arbeitslosen.

Wir fordern das Verbot der Stilllegung der Betriebe, ihre Fortführung zur Herstellung von Bedarfsgegenständen des Massenkonsums.

Wir fordern zur Linderung der augenblicklichen Not ausreichende Arbeitsgelegenheit für die Arbeitslosen und durchgreifende Erhöhung der Unterstützung bis zur Garantie des Existenzminimums, das unter Mitwirkung der Gewerkschaften und Betriebsräte festzusetzen ist.

Unsere Vertreter in den Gemeinden müssen eine energische Kommunalisierungspolitik betreiben, insbesondere eine sozialistische Wohnungspolitik, unterstützt durch eine Sozialisierung des Baugewerbes und der Bauhilfsindustrien und der Forsten.

Wir fordern die sofortige rücksichtslose Erhebung der Besitz- und Vermögenssteuern, die Durchbrechung der bürgerlichen Finanzpolitik durch die sofortige Sozialisierung der entscheidenden Produktionszweige.

Wir fordern ausreichende soziale Fürsorge, insbesondere für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Arbeitsinvaliden und Altersrentner.

Die Partei ist sich bewußt, daß die Erfüllung aller dieser Forderungen des Proletariats eine Machtfrage ist, die nicht durch parlamentarische Entscheidungen gelöst werden kann. Die gesamte politische und ökonomische Macht der Arbeiterklasse muß in diesen Kämpfen zur Anwendung gelangen. Deshalb müssen auch die ökonomischen Organisationen der Hand- und Kopfarbeiter mit revolutionärem Geist erfüllt werden. Deshalb verpflichtet die Partei ihre Vertreter in den Gewerkschaften und Betriebsräten, unablässig die Politik der Arbeitsgemeinschaften zu bekämpfen. Sie lehnt alle paritätischen Selbstverwaltungskörper ab und erblickt in einer von diesen getragenen „Planwirtschaft“ auf kapitalistischer Grundlage eine schädliche Illusion, die die Arbeiterklasse von dem Kampf um den Sozialismus ablenkt. Gewerkschaften und Betriebsräte müssen sich vor allem als Organisation zur Verwirklichung des Sozialismus betrachten. Die Gewerkschaften werden diese Aufgabe um so besser erfüllen, je mehr sie sich auch organisatorisch für die Kämpfe stärken. Deshalb unterstützen wir die Umwandlung der Gewerkschaften in Industrieorganisationen und lehnen jede Zersplitterung und Spaltung der Gewerkschaften auf nationaler oder internationaler Basis mit aller Entschiedenheit ab.

Getreu ihrer bisherigen Haltung ruft die U. S. P. D. alle Arbeiter auf, sich im Kampf um sie zu scharen!

Die Entwicklung seit dem 9. November hat den Bankrott des Reformsozialismus besiegelt. Seine Politik hat der Bourgeoisie zur Herrschaft geholfen, das Proletariat gelähmt. Die kommunistische Partei aber hat ebenfalls die Politik des wissenschaftlichen Sozialismus aufgegeben und verfällt immer mehr dem Abenteuerum durch putschistische Aktionen von Minderheiten, die Revolution erzwingen zu wollen. Diese Politik führt nur zur neuen Zersplitterung und zu gefährlichen Niederlagen.

Die U. S. P. D. ruft die Arbeiterklasse auf gegen den Opportunismus rechts und den Putschismus links zur Führung einer energischen Politik, die den Kampf um konkrete Ziele der Arbeiterklasse steigert bis zur Entscheidung um den Besitz der politischen Macht.

Es lebe die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands!

Es lebe der internationale revolutionäre Sozialismus!

Schließlich wurde noch durch Bestimmungen Vorsorge dafür getroffen, daß die Abspaltung der Neukommunisten mit möglichst geringen Schwierigkeiten überwunden werde. In seinem Schlusswort stellte Dittmann unter Zustimmung des Parteitages fest, daß es schmerzlich sei, mit einem Teil derjenigen, mit denen man bisher als Parteigenossen in Reih und Glied gestanden habe, jetzt Kämpfe ausfechten zu müssen. Es bleibe aber nichts anderes übrig, wenn man die notwendige Klärung im deutschen Proletariat schaffen wolle. Jetzt müsse alles getan werden, um die innere Zerrissenheit des deutschen Proletariats, die durch die von Moskau verursachte Spaltung der USPD. aufs neue verschärft worden sei, zu überwinden. Jeder Parteigenosse müsse dafür sorgen, daß die Sammlung des deutschen revolutionären Proletariats unter dem Banner der USPD. so schnell wie möglich zur Tat werde.

Ausblick.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß große Bewegungen nicht von einzelnen Personen gemacht werden können, sondern daß sie von historischen Notwendigkeiten getragen sein müssen. So ist auch die Unabhängige Sozialdemokratie das legitime Kind ihrer Zeit, nicht der Bastard irgendwelcher Quertreiber und Unzufriedener, wie es eine Zeitlang von der Rechten her behauptet wurde. Vielleicht hätte sich die Zerreißen der deutschen Arbeiterbewegung verhindern lassen, wenn man den verschiedenen Anschauungen in ihr während des Krieges einen größeren Spielraum gewährt hätte. Auch in den Arbeiterparteien anderer Länder gingen die Meinungen über die Kriegspolitik auseinander; aber wie in Frankreich und in Oesterreich gelang es dort doch, die Einheit der politischen Organisation der Arbeiterklasse zu bewahren und sie bis in die Nachkriegszeit hinein zu erhalten. Es wäre müßig, danach zu fragen, wie die politische Entwicklung sich in Deutschland vollzogen haben würde, wenn die Spaltung nicht gekommen wäre, wie ja überhaupt die Geschichte nicht dazu dient, um über ihren Verlauf nachträglich zu jammern, sondern um daraus die Lehren für unsere zukünftige Arbeit zu schöpfen. Aber ohne Zweifel wäre die Stellung der deutschen Arbeiterklasse heute viel stärker, wenn sie eine geschlossene politische Einheit darstellte.

Soll das nun soviel sagen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie nunmehr ihre historische Aufgabe erfüllt habe und jetzt wieder verschwinden müßte, um der einen großen sozialistischen Partei Platz zu machen? Es hieße den Sinn der großen Bewegung, die sich in der Unabhängigen Sozialdemokratie verkörpert, gänzlich verkennen, wenn wir diese Frage mit Ja beantworten wollten. Man lese doch nach, was erst die Opposition in der alten sozialdemokratischen Partei und hernach die Unabhängige Sozialdemokratie in ihren zahlreichen Aufrufen und Kundgebungen gesagt hat: sie wollte das Proletariat auf dem Boden des Klassenkampfes sammeln, sie wollte, daß es seine Kämpfe nach den Grundsätzen der sozialistischen Erkenntnis führe, sie wollte kurzum, daß der Gegensatz zwischen bürgerlicher und proletarischer Auffassung nicht verwischt werde, sondern den Arbeitern in unauslöschlicher Erinnerung bleibe. Denn so oft auch Bourgeoisie und Proletariat eine Einheitsfront gebildet oder einen Burgfrieden geschlossen haben, sei es in nationalen, sei es in sozialen Fragen: immer waren die Arbeiter die Geprellten, stets hat das Bürgertum seine Vorteile daraus gezogen, noch jedesmal ist die kapitalistische Wirtschaftsordnung aus einer Periode des Zusammenarbeitens zwischen Bourgeoisie und Proletariat gestärkt hervor-

gegangen. Wir aber wollen doch den Kapitalismus nicht verewigen, sondern ihn durch den Sozialismus ersetzen, und wenn je, so hat in Zeiten gewaltiger wirtschaftlicher und politischer Umwälzungen das Wort Geltung, daß die Befreiung der Arbeiter nur ihr eigenes Werk sein kann.

Wie aber immer die Zukunft der Unabhängigen Sozialdemokratie sich gestalten mag, sie kann von der geschichtlichen Bühne nicht eher abtreten, bevor nicht die von ihr vertretenen Grundsätze verwirklicht sind. Kein Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie hat den Wunsch, die Partei als Selbstzweck aufrechtzuerhalten, auch über die Stunde hinaus, in der ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt ist: das von sozialistischem Blute erfüllte Herz der Arbeiterbewegung zu sein. Solange aber rechts von ihr noch große Arbeiterschichten eine politische Gemeinschaft mit dem Bürgertum aufrechterhalten, solange links von ihr noch verwirrte Massen sich anarchistischen Glaubenssätzen hingeben, solange hat die Unabhängige Sozialdemokratie den Platz zu behaupten, auf den sie von der Geschichte gestellt worden ist.

Je weiter die Zeiten des Krieges unserer Erinnerung entswinden, desto eher dürfte der Zeitpunkt kommen, an dem die Grundsätze der Unabhängigen Sozialdemokratie zu den Grundsätzen der ganzen deutschen Arbeiterklasse geworden sein werden. Die wirtschaftliche und die politische Entwicklung werden von selbst die Fehler korrigieren, die während des Krieges begangen wurden. Schon wird der Ruf nach der Einheitsfront des Proletariats immer stärker, schon hämmern die harten Tatsachen allen Arbeitern die Erkenntnis ein, daß sie in geschlossener Front dem Bürgertum gegenüber treten müssen, wenn sie überhaupt noch einen Weg aus dem Chaos unserer Tage finden wollen. Noch ist dieser Drang nach der Wiederherstellung der politischen Einheit mehr von unbewußtem Fühlen, als von einem klaren Willen erfüllt. Aber die wirtschaftlichen Verhältnisse drängen die Arbeiter immer mehr auf den Boden des Klassenkampfes, und immer deutlicher wird es, daß der Neuaufbau der Welt nicht in gemeinsamer Arbeit von Bourgeoisie und Proletariat geleistet werden, sondern nur im Kampf der Klassen gegeneinander erstehen kann.

Die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen und auch der politischen Verhältnisse und damit auch die der Arbeiterbewegung in Deutschland wird voraussichtlich abhängen von der Entwicklung dieser Verhältnisse in den anderen Ländern. Da dürfte es zunächst darauf ankommen, wie sich die künftigen Geschehnisse in Rußland gestalten. Ohne daß wir den heroischen Kampf, den die russischen Arbeiter und Bauern geführt haben, irgendwie verkleinern wollen, so wissen wir heute doch, daß sich in dem ehemaligen Zarenreiche die Dinge anders gestaltet haben, als kommunistische Glaubensseligkeit bis vor kurzem noch annehmen mochte. Wie aber auch die politische Verfassung Rußlands in der nächsten Zeit aussehen wird, das eine ist sicher, daß dort Aufgaben wirtschaftlicher Art in geradezu riesenhaftem Ausmaße zu leisten sind. Deutschland dürfte schon aus geographischen Gründen dazu berufen sein, bei dem Wiederaufbau Rußlands eine hervorragende Rolle zu spielen. Auch die anderen

östlichen und südöstlichen Staaten Europas haben noch Großes zu leisten, wenn sie die Verwüstungen des Krieges überwinden wollen. Auch hier dürfte die deutsche Industrie einen beträchtlichen Anteil nehmen, und von ihrem Beschäftigungsgrad wird die Lage der Arbeiter bestimmt werden.

Vorläufig aber ist Deutschland gezwungen, um die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, seine industriellen Leistungen auf das höchste zu steigern und seinen Export ununterbrochen auszudehnen. Das ist bisher nur dadurch gelungen, daß die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt ihre Waren zu wesentlich niedrigeren Preisen als die übrigen kapitalistischen Länder anbieten konnte, was wiederum eine Folge der in Deutschland gezahlten unsäglich niedrigen Löhne ist. Die deutsche Wirtschaft bewegte sich bisher zwischen Prosperität und Krise auf und ab. Ob schon in der nächsten Zeit eine Stetigkeit der Konjunktur zu erwarten ist und ob bald der Zeitpunkt kommen wird, an dem die deutschen Arbeiter den Kampf um die Erhöhung ihrer Lebenslage bis wenigstens auf den Stand der Arbeiterklasse in den andern kapitalistischen Ländern aufnehmen können, ist noch ungewiß. Aber dieser Kampf wird kommen, und ob er mit Erfolg wird durchgeführt und weitergetragen werden können bis zur Verwirklichung sozialistischer Forderungen, das wird von der Tiefe der sozialistischen Erkenntnis und von der Stärke des Willens in der deutschen Arbeiterschaft abhängen.

Hier aber ist das Gebiet, auf dem die Unabhängige Sozialdemokratie sich in erster Linie betätigen muß. Es dürfen nicht noch einmal die Tage vom August 1914 und vom November 1918 wiederkehren, in denen die Zeit ein kleines Arbeitergeschlecht fand. Die Massen des Proletariats mit dem Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus zu erfüllen, sie mit Klarheit und Willen zu durchdringen, ihren Kämpfen führend voranzugehen, das wird auch künftig die Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein.



REGISTER

(Die Zahlen bedeuten die Seiten im Buch)

A. Sachregister

- Abgeordnetenhaus, Preußisches, 41.
 Abstimmungen in der Reichskonferenz 114.
 Aktionsprogramm der Opposition 142, 147.
 Aktionsprogramm, Leipziger, 209, 212, 213, 214, 228.
 Alldeutsche Kriegsparolen 36, 61, 99, 162, 172.
 Amnestie 149, 173.
 Annexionisten, Pläne der, 38, 57, 61, 62, 68, 69, 72, 78, 80, 81, 84, 85, 87, 99, 112, 116, 167.
 Antwortschreiben des Moskauer Exekutivkomitees 219.
 Arbeiterrat, Der erste, 163, 170.
 Arbeitsgemeinschaft, Sozialdemokratische, 96, 113.
 Aufruf gegen den Krieg 21.
 Aufruf des Parteivorstandes für den Frieden 78.
 Aufruf des Parteilvorstandes gegen die Opposition 102.
 Aufruf zur Organisation der Opposition 133.
 Aufruf nach der Gründung der U. S. P. D. 152.
 Aufruf der U. S. P. D. zum Würzburger Parteitag 165.
 Aufruf der U. S. P. D. zum Zusammenbruch der Kriegspolitik 172.
 Aufruf der U. S. P. D. zur Revolution 181.
 Aufruf der U. S. P. D. zur Konstituante 184.
 Aufruf der U. S. P. D. zur Wahl der Nationalversammlung 186.
 Aufruf der U. S. P. D. zum Nossekurs 1. 8.
 Aufruf der U. S. P. D. zur Unterzeichnung des Friedensvertrages 199.
 Aufruf für die Reichstagswahlen 217.
 Auslandsstimmen 29, 30.
 Ausnahmegesetze 58.
 Ausschluss aus der Fraktion 64, 88, 90, 95.
 Ausschluss aus der Partei 52, 53.
 „Avanti“ 119.
 Bagdadbahn 36.
 Baltische Provinzen 167, 170.
 Barbarische Kriegsführung 59, 73, 122.
 Bedingungen der Moskauer Internationale 221, 222, 223, 224, 225, 227.
 Belagerungszustand 44, 53, 57, 58, 95, 97, 110, 121, 134, 163, 170, 171, 173, 174.
 Belgien, Annexion von, 38.
 Belgien, Neutralitätsbruch in, 24, 44, 45, 53, 70.
 „Bergische Arbeiterstimme“ 50, 81.
 „Bergwacht“, Waldenburg 63.
 Berliner Gewerkschaftskommission 53.
 „Berliner Tageblatt“ 64.
 Betriebsrätegesetz 214, 215.
 Bolschewiki 156, 166, 179, 203.
 Bolschewistische Regierung 167, 180, 203, 220, 221.
 „Bremer Bürgerzeitung“ 33, 77.
 Budgetbewilligung 55, 56, 58, 60, 63, 133.
 Bulgariens Zusammenbruch 172.
 Burgfrieden 35, 37, 39, 57, 65, 67, 69, 77, 129, 230.
 „Chemnitzer Volksstimme“ 48, 50, 79.
 Dänenpolitik 58.
 Demonstration vor dem Reichstag am 13. Januar 1920, 214.
 Deportation belgischer Arbeiter 121, 122.
 „Deutsche Tageszeitung“ 63.
 Diktatur des Proletariats 191, 193, 204, 210, 227.
 Diskutierklub „Vorwärts“ 125, 134.
 Dreibund 11.
 Dreiklassenwahlrecht, Preußisches, 76.
 „Dresdner Volkszeitung“ 171.



Durchhalteparole 48, 49, 50, 52, 57, 78.
 Eingabe an den Reichskanzler 78.
 Einheit der Partei 84, 88, 112, 113, 130, 131, 132.
 Einigung der Opposition 146.
 Einigung des Proletariats 165, 183, 191, 194, 213, 228, 231.
 Elsass-Lothringen 58, 81, 159.
 England, Krieg gegen, 36, 37, 48.
 England vor dem Kriege 10, 11, 12, 13.
 Entwicklung der U. S. P. D. 152, 153, 183, 188, 190, 192, 205, 207.
 Erklärung der „Vorwärts“-Redaktion zur Kreditbewilligung am 4. August 1914 24.
 Erklärung der Preuß. Landtagsfraktion 41, 55.
 Erklärung der Preßkommission des „Vorwärts“ 42.
 Erklärung zur Kreditbewilligung am 2. Dezember 1914 46.
 Erklärung des Fraktionsvorstandes gegen Liebknecht 46.
 Erklärung gegen George Weill 49.
 Erklärung gegen Grumbach und Radek 49.
 Erklärung Liebknechts 54.
 Erklärung Scheidemanns gegen Ledebour 59.
 Erklärung der Instanzen gegen das „Gebot der Stunde“ 74.
 Erklärung gegen „Parteizerrüttung“ 77.
 Erklärung der bürgerlichen Parteien 84.
 Erklärung zur Abstimmung vom 29. Dezember 1915 87.
 Erklärung der Fraktion gegen die Kreditverweigerer 88, 95.
 Erklärung der Fraktionsminderheit 88, 90, 96.
 Erklärung der Arbeitsgemeinschaft zum Friedensangebot der Regierung 123.
 Erklärung der Opposition 146.
 Ermordung von Liebknecht und Luxemburg 187, 189.
 Ermordung von Kurt Eisner 190.
 Ermordung von Hugo Haase 205, 206.
 Ernährungsfrage, Die, 52, 57, 95, 108, 110, 111, 140, 149, 163, 170, 210.
 Eroberungskrieg 23.
 „Fackel“, Die, 92, 111.
 Flugblatt von Groß-Berlin 78.
 Fraktionsdisziplin 88, 89, 91.
 Fraktionssitzungen 23, 44, 53, 56, 57, 59, 81, 88, 95.
 Fraktionsvorstand 55, 94, 95.
 „Frankfurter Zeitung“ 64.
 Frankreich, Krieg gegen, 37, 48.
 Frauenkonferenz, Internationale, 64.
 Frauentag 153.
 „Freie Jugend“ 207.
 „Freiheit“ 183, 187, 206.
 Frieden, Kampf um den, 55, 56, 64, 65, 72, 74, 78, 82, 87, 95, 100, 104, 105, 110, 112, 118, 133, 144, 156, 163, 166, 170, 172, 177.
 Friedensangebot der Regierung 122, 124, 129, 137.
 Friedenskundgebungen 22, 123.
 Friedensbedingungen 74, 123.
 Friedensvertrag von Versailles 199.
 Frontveränderung 36, 38.
 „Gebot der Stunde“, Das, 72, 74, 75, 76, 77, 78.
 Gegenrevolution 185, 187, 189.
 Generalkommission der Gewerkschaften 42, 53, 77.
 Gewerkschaftsbewegung 16, 42, 53, 121, 170, 192, 194, 213, 222, 226.
 Gewaltfriedenschlüsse im Osten, Die, 167, 168, 169, 172, 175, 199.
 Gewaltmaßnahmen gegen die Opposition 39, 42, 82, 97, 101, 103, 116, 124, 126, 129, 134.
 Gewerkschaftskommission, Berliner, 53.
 „Gleichheit“, Raub der, 154.
 „Glocke“, Die, 100.
 Gründungsparteitag der U. S. P. D. 135, 143, 150.
 „Hamburger Echo“ 32, 48, 63, 77, 140.
 „Hamburger Echo“, Erklärung im, 32.
 „Hannoverscher Courier“ 64.
 Herrenhaus 57.
 „Het Volk“ 59.
 Hilfsdienstgesetz 121, 122, 134, 143, 163, 174.
 „Humanité“ 119.
 Imperialismus, Deutscher, 11, 12, 19, 20, 69, 79, 97, 113, 147, 172, 175.
 Internationales sozial. Bureau 22, 105, 106.
 Internationale Kongresse, Beschlüsse 28.
 Internationale, Zusammenbruch der, 49, 113.
 Internationale, Neuaufbau der, 65, 67, 79, 82, 113, 178, 202, 204, 205, 211, 214, 219.
 Internationale Konferenzen in der Schweiz 79, 82, 104.

Internationale sozialistische Kommission in Bern 82.
 Internationale Konferenz von Stockholm 157.
 Internationale Sozialisten 126.
 „Internationale“, Die, 67, 68.
 „Internationale Korrespondenz“ 39, 71, 100.
 Interpellation über den Frieden 84.
 „Iswestija“ 18.
 Italien 40, 68, 104.
 Italienisches Manifest 40.
 Jugendorganisationen 38.
 Jungdeutschlandbund 38.
 „Kampf“, Der, 30, 91.
 „Kämpferin“ 207.
 Kapitulation Deutschlands 172, 175.
 Kapp-Putsch 215, 217.
 Kienthal, Konferenz von, 104, 106, 150, 227.
 Klassenkampf 18, 20, 35, 42, 45, 49, 51, 62, 69, 83, 98, 110, 115, 125, 145, 150, 192, 200, 230, 231.
 Koalitionspolitik 181, 189, 200, 218, 227, 230.
 Kolonien 11, 113, 115.
 Kommunistische Partei 76, 180, 201, 215, 223, 227.
 Kommunistische Arbeiterpartei 215.
 Konferenz im Haag 195 (106).
 Konferenz der Opposition 124, 129, 135.
 Konferenz der A.- und S.-Räte 185, 186, 188, 198.
 Konsumvereine 16.
 Kontrollkommission 108.
 Konzentrierung des Kapitals 10.
 „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission 77, 115.
 Kreditverweigerung 44, 46, 53, 54, 87.
 Kriegsausbruch 13, 21, 22, 45, 51, 111.
 Kriegsflotte, Angebliche Verschwörung bei der, 164.
 Kriegsgefahr 12.
 Kriegsvorwände 21, 36, 51.
 Krieg, Kampf gegen den, 21, 22, 40, 45, 51, 64, 65, 78, 206.
 Kriegskredite 23, 24, 30, 37, 40, 43, 44, 45, 54, 55, 56, 57, 62, 63, 70, 81, 86, 99, 104, 109, 111, 112, 133, 137, 170, 176, 177, 181.
 Kriegspatriotismus 34, 66, 69.
 Kriegsregie 28.
 Kriegsschuld 50, 65, 111.
 Kriegsstimmung, Abflauende, 68.
 Kriegssozialismus 39.
 Kriegsziele, Kampf um die, 61, 62, 70, 80.

„Labour Leader“ 49.
 Landtagsfraktion, Preußische, 41, 55.
 Landtagsnachwahl für Liebknecht 136.
 Lebensmittelwucher 39.
 Leipziger Aktionsprogramm 209, 221, 213, 214, 228.
 „Leipziger Volkszeitung“ 33, 37, 67, 72, 75, 84, 89, 120, 133, 154.
 Leitsätze zur Friedensfrage 81.
 „Lichtstrahlen“ 77.
 Manifest der italienischen Partei 40.
 Manifest an die Fraktion 65.
 Manifest des Exekutivkomitees 79.
 Manifest der Konferenz von Kienthal wald 82.
 Manifest der Konferenz von Kienthal 105.
 Manifest der Oppositionskonferenz 127.
 Manifest des Gründungsparteitags der U. S. P. D. 148.
 Manifest der U. S. P. D. für Stockholm 157, 163, 173.
 Manifest der U. S. P. D. von Halle 226.
 Marne, Niederlage an der, 48.
 Marokkokrisen 12, 19.
 Mißbilligungserklärung gegen Liebknecht und Rühle 59.
 Monarchie und Monarchismus 62, 141, 150, 177.
 Mord an Jaurès 23.
 Moskauer Internationale 76, 202, 205, 211, 214, 219, 224.
 „Münchner Post“ 119.
 Nationalversammlung 183, 184, 186, 188, 191, 200.
 „Neue Zeit“ 83.
 „Neue Zeit“, Raub der, 155.
 Neukommunisten 223, 225, 229.
 Neujahrsbrief Scheidemanns 49.
 Neuorientierung 143, 155.
 Neutralitätsbruch in Belgien 24.
 „New Yorker Volkszeitung“ 29.
 Notetat 93, 94.
 Opportunismus 17.
 Opposition gegen die Kriegspolitik 27, 30, 32, 41, 42, 47, 49, 51, 52, 53, 57, 67, 68, 72, 76, 77, 81, 83, 85, 86, 89, 92, 93, 97, 98, 100, 101, 102, 104, 105, 106, 107, 112, 113, 116, 124, 129, 130, 220.
 Oppositionskonferenz 124, 129, 135.
 Organisation der Opposition 125, 129, 135, 136, 143, 145.
 Organisationsstatut der U. S. P. D. 207.

Oesterreich, Zusammenbruch in, 166, 172.

Parlamentarismus 145, 192, 193, 203, 210, 214.

Parlamentarisches System 163, 166, 172.

Parteiarbeit vor dem Krieg, 14, 16.

Parteiausschulz 56, 77, 80, 81, 90, 101, 102, 129.

„Parteikorrespondenz“ 92, 100.

Parteibureaucratie 14, 17.

Parteitag Jena 18.

Parteitag Chemnitz 29.

Parteitag Lübeck 58, 64.

Parteitag Nürnberg 64.

Parteitag der S. P. D. in Würzburg 165.

Parteitag der U. S. P. D. März 1919 191.

Parteitag der S. P. D. in Weimar 200.

Parteitag der U. S. P. D. in Leipzig 207.

Parteitag der U. S. P. D. in Halle 223.

Parteitagsbeschlüsse, Frühere, 28, 56, 64.

Parteitag, Abhaltung des, während des Krieges, 102, 107.

Partei Vorstand 49, 74, 76, 77, 83, 86, 90, 101, 103, 116, 119, 125.

Patriotismus in der Sozialdemokratie 22.

Polenpolitik F8.

Politik, Aeußere, der Partei vor dem Kriege, 13.

„Post“ 62, 63.

Presse, Sozialdemokratische, 35, 110, 126.

Prek. kommission des „Vorwärts“ 42.

Preuzisches Abgeordnetenhaus 41.

Programm des Märzparteitags der U. S. P. D. 192, 208.

Prozeß Ledebour 197.

Quertraberei 51, 52, 79, 230.

Rätebewegung 180, 182, 183, 191, 193, 198, 200, 201, 203, 204, 207, 209, 213, 215.

Räterepublik in Bayern 191, 197.

Räterepublik in Ungarn 197.

Redakteurkonferenz 35.

Reformismus in der Sozialdemokratie 15, 17, 20, 37, 62, 63.

Reichskonferenz 108, 109, 113, 115.

Reichskonferenz, September 1919, 204.

Reichskonferenz, September 1920, 222, 223.

Reichtagsnachwahlen 120, 134, 136, 137.

Reichstagswahl 1920 217, 218.

Republik, Forderung nach der, 62, 141.

Resolution der Oppositionskonferenz 125.

Resolution gegen die Opposition 129.

Resolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 162.

Revolution in Deutschland 178, 179, 181, 189, 200, 203, 204, 209, 225, 228.

Revolution in Rußland 140, 141, 150, 156, 163, 166, 170.

Revolution, Wesen der, 17, 18, 221, 225.

„Rheinisch-Westfälische Zeitung“ 21.

„Rote Fahne“ 223.

Rücktritt Bethmann-Hollwegs 163.

Rumänien, Gewaltfrieden mit, 169.

Rundschreiben gegen Zimmerwald 83.

Russische Sozialdemokratische Partei 64, 119, 225.

Rußland, Krieg gegen, 37, 48.

Rüstungen Deutschlands vor dem Kriege 10, 11.

„Schleswig-Holsteinische Zeitung“ 50.

Schreiben an den Parteivorstand 69, 76.

„Schwäbische Tagwacht“ 33, 39, 52.

Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft 96, 100, 101, 102, 103, 104, 106, 108, 110, 112, 113, 139, 141.

„Sozialdemokratische Feldpost“ 100.

„Sozialist“ 192.

Sozialisierung 193, 210.

Sozialistengesetz 16, 49, 97.

„Sozialistische Auslandskorrespondenz“ 100.

„Sozialistische Gemeinde“ 207.

Sozialistische Monatshefte 115.

Sozialistische Republik, Forderungen der, 133, 174, 176, 182, 185, 189, 191.

Spaltung der Landtagsfraktion 133.

Spaltung der Partei 40, 76, 77, 89, 96, 101, 104, 109, 130, 131, 132, 134, 144, 152, 230.

Spaltung der U. S. P. D. 76, 98, 181, 188, 196, 201, 208, 214, 219, 222, 226, 227, 229.

Spartakusbund 42, 76, 89, 97, 98, 104, 106, 109, 113, 125, 129, 145, 166, 179, 183, 187.

Steuergesetze 95, 140, 148, 194, 207, 210, 228.

Stockholm, Konferenz von, 157, 173.

Straßendemonstrationen 170, 181, 201.

Streikbewegung 107, 111, 160, 168, 170, 173.

Türkei 38, 172.

U-Bootkrieg 113, 124, 137, 138, 139, 152, 175.

Ukraine 167, 168.

Unabhängige Arbeiterpartei Englands 49, 64, 71.

Urproduktion Deutschlands 10.

Verbote von Zeitungen 39, 48.

Vereinigte Staaten vor dem Kriege 10.

Verhaftung Ledebours 197.

Verhaftung Liebknechts 196.

Verhaftung Rosa Luxemburgs 48, 55.

Verständigungsrieden 43, 50, 53, 57, 74, 112, 139, 150, 157, 164.

Verurteilung von Dittmann 171.

Volksbeauftragten, Regierung der, 182, 183, 187, 220.

„Volksblatt“ in Kassel 48.

„Volksblatt“ für Halle 33, 62, 120.

„Volksfreund“, Braunschweig 120.

„Volksfreund“, Karlsruhe 50, 51, 116, 140.

„Volksstimme“, Chemnitz 48, 50, 79.

„Volksstimme“, Frankfurt a. M. 171.

„Volksstimme“, Magdeburg 140.

„Vorwärts“ 22, 30, 39, 42, 46, 53, 58, 60, 80, 81, 92, 93, 94, 100, 103, 107, 115, 118, 119, 120, 125, 139, 141, 150.

„Vorwärts“, Erklärung der Redaktion des, 30.

„Vorwärts“-Raub 103, 116, 117, 118, 124, 133, 154.

Wahlrechtskampf 142, 149, 156, 162, 170, 174.

Wahre Jacob“, Der, 35.

Weihnachtsgrüße nach England 49.

Weltmarkt 9, 11, 12, 13.

Weltpolitik 12, 19.

Wettrüsten 19.

Wilson's Botschaft 133, 172, 199.

Wirtschaftliche Entwicklung, Die, 9, 10.

Württembergischer Landesvorstand 39, 52.

Zarismus, Gegen den, 33, 58, 140.

Zensur 39, 43, 57, 58, 64, 68, 77, 82, 92, 97, 116, 117, 143, 149, 163.

Zimmerwald, Konferenz von, 82, 105, 106, 150, 227.

Zusammenbruch 152, 179.

B. Personenverzeichnis

Adler, Fritz 30, 91.

Adler, Victor 45.

Albrecht 26, 53, 60, 81, 86.

Antrick 26, 56, 58, 60, 81, 86.

Axelrod 82, 83, 104.

Bakunin 118, 225.

Baudert 45, 58, 60, 81, 86.

Bauer, Gustav 121.

Baumeister 39, 71, 100.

Bebel 19, 26, 32, 35, 64, 98, 155.

Bernstein 37, 54, 58, 60, 72, 81, 83, 96.

Bethmann-Hollweg 55, 60, 85, 98, 99, 110, 112, 116, 122, 125, 139, 162, 163.

Bismarck 10, 11, 16.

Bluntschli 19.

Bobroff 83.

Bock 26, 53, 60, 81, 86, 96, 114.

Borchardt 77, 125.

Bourderon 83, 104.

Bracke 104.

Brafz 136.

Brandes 58, 60, 81, 86.

Braun, Adolf 132.

Braun, Otto 103.

Breitsche'd 190, 192.

Brizon 104.

Brussilow 164.

Bucharin 202.

Buechner 58, 60, 81, 86, 96.

Caillaux 26.

Caprivi 11.

Chamberlain 12.

Cohen 44, 50, 53, 200.

Cohn, Oscar 58, 60, 81, 86, 96, 177.

Crispien 30, 39, 100, 195, 208, 219, 222, 224, 226.

Cunow 31, 34, 50, 86, 100, 140.

Däumig 31, 116, 143, 191, 192, 195, 198, 202, 214, 219, 221, 222, 223, 224.

David 25, 26, 37, 44, 55, 57, 58, 81, 157, 175.

Davidsohn 60, 81.

Delbrück 46.

Denikin 220.

Dilzmann 56, 154, 192, 207.

Dittmann, Paul 154.

Dittmann, Wilhelm 58, 60, 81, 86, 96, 144, 145, 154, 164, 171, 174, 192, 205, 207, 219, 222, 224, 229.

Dietz 155.

Döscher 31.

Duncker, Käthe 87, 113, 114.
Ebert 58, 59, 68, 71, 87, 101, 108, 109,
110, 111, 114, 116, 129, 164, 165,
175, 185, 189.
Eckstein 32.
Ehrhardt 216.
Eichhorn 224.
Eisner, Kurt 127, 146, 190, 197.
Emmel 45, 58, 59, 60, 81, 86.
Engelhardt 92.
Engels 19, 27, 35, 153, 159, 166, 176.
Erdmann 81.
Ernst, Eugen 107.
Erzberger 44, 162.
Ewald 86.
Fehrenbach 185.
Fendrich 100.
Fischer, Edmund 54, 81.
Fischer, Richard 40, 41, 103, 107, 116,
117, 118.
Fleißner 56, 101, 156.
Frank 26, 37, 49.
Frasssek 109.
Freiligrath 155.
Frohme 54.
Fuchs 58, 60, 81, 86.
Geyer, Fritz 26, 58, 60, 81, 86, 87, 96.
Geyer, Kurt 186, 202, 204, 205, 208.
Graber 104.
Gottschalk 101.
Gradnauer 171.
Greulich 104.
Grey 12.
Grimm 83, 104.
Groger 107.
Groener 163, 169.
Grumbach 49.
Gruetz 154.
Guilbeaux 104.
Haase 23, 24, 25, 26, 27, 29, 44, 45,
46, 56, 58, 60, 62, 63, 72, 74, 75, 77,
80, 81, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 93,
94, 95, 96, 99, 101, 103, 111, 112,
114, 121, 124, 125, 135, 144, 145,
146, 147, 154, 157, 163, 164, 169, 171,
175, 187, 191, 195, 200, 202, 204, 205.
Hanecki 83.
Hänisch 23, 33, 34, 50, 55, 62, 100,
144.
Heckert 147.
Heilmann 50, 79, 115.
Heine 26, 27, 59, 62, 79, 86, 94, 100,
111, 200, 203, 215.
Helfferich 94, 140.
Henke 26, 45, 53, 60, 81, 86, 96, 146,
154.
Hennig 56, 101, 225.
Herre 100.

Hertling, Graf 166.
Herz 32.
Herzfeld 26, 58, 60, 81, 88, 96, 146.
Heydebrand 175.
Hierl 58.
Hilferding 31, 147, 183, 202, 204, 205,
206, 211, 222, 225.
Hillquith 222.
Händenburg 59, 79.
Hirsch 133.
Hoch 5, 26, 46, 60, 81, 86, 89.
Hofer 41, 133, 154.
Hoffmann, Adolf 41, 82, 83, 113, 133,
223, 224.
Hoffmann, Kaiserslautern 58.
Hoffmann, Paul 41, 133.
Hofrichter 58, 60, 81, 86.
Hoeglund 83.
Horn 58, 60, 81, 86, 96.
Hoernle 39, 100.
Hugel 58, 86.
Jansson 47; 115.
Jaurés 23, 26, 32, 40, 159.
Jogiches 197.
John 31.
Juchacz 155.
Judenitsch 220.
Kaliski 115.
Kämpf 94.
Kapp 116, 215.
Karski 67, 83, 92.
Katzlerowitsch 104.
Kautsky 26, 72, 83, 84, 127, 129, 147,
148, 155, 222.
Keil 39, 94.
Kerenski 166.
Kirdorf 33.
Kolb 15, 116, 140, 165.
Koltshak 220.
Könen 186, 223.
Krupp 33.
Kühlmann 163, 171.
Kuhnert 25, 53, 60, 81, 86, 96.
Labinski 83, 104.
Lange, Paul 67.
Landsberg 33, 53, 85, 86, 87, 189.
Lassalle 19, 35, 153.
Laufenberg 32.
Laukant 154, 163.
Lazzarri 83.
Ledebour 26, 29, 53, 54, 55, 58, 59,
60, 63, 81, 82, 83, 85, 87, 91, 93, 109,
114, 118, 124, 135, 139, 146, 147,
154, 163, 164, 168, 170, 171, 176,
197, 198, 212, 214, 226.
Legien 39, 50, 53, 54, 58, 59, 89.
Leimpeters 62.
Lenin 82, 83, 104.

Lensch 26, 34, 39, 45, 62, 86, 100, 113,
144, 165.
Leutert 58, 60, 81.
Levi 203, 215.
Lieberasch 163.
Liebknecht, Karl 18, 25, 26, 29, 38,
41, 42, 44, 46, 49, 53, 54, 55, 56, 58,
59, 60, 63, 81, 85, 86, 89, 90, 91,
95, 100, 106, 107, 111, 113, 136, 174,
189, 197.
Liebknecht, Wilhelm 35, 64, 155.
Liebmann 163.
Linde 56.
Lipinski 101, 121, 125, 163.
Löbe 129.
Longuet 222.
Losowsky 226.
Ludendorff 171, 178.
Lüttwitz 198, 203.
Luxemburg, Rosa 23, 29, 34, 48, 49,
55, 65, 67, 100, 174, 189, 197.
Machowski 202.
Märker 203.
Martow 204, 225.
Marx 10, 15, 35, 64, 67, 153, 166, 180,
225.
Max von Baden, Prinz 172, 174.
Mehring 15, 49, 67, 100, 136.
Merrheim 83, 104.
Meyer, Ernst 103, 125.
Michaelis, Dr. 163, 164, 166.
Miljukow 156.
Modigliani 83.
Molkenbühr 45, 99.
Morgani 104.
Müller, Dr. August 163.
Müller, Herrmann 103, 117.
Müller, Richard 192, 202, 203.
Müller, Schkeuditz 100.
Mussati 104.
Naine 83, 104.
Nestriepke 31.
Niebuhr 82, 100.
Normann 83.
Noske 176, 187, 189, 191, 197, 198,
200, 201, 203, 215, 216.
Oerter, Sepp 154.
Parvus 100.
Pattloch 137.
Payer 46.
Peirottes 26, 58, 60, 81.
Peus 115.
Platten 104.
Pokorny 104.
Quessel 115.

Radek 18, 49, 82, 104.
Raute 58, 60, 81, 86.
Reichel 39.
Reizhaus 81, 86.
Racovski 83.
Rohrbach 36.
Röchling 38.
Roland-Holst 83.
Rück 145.
Rufin-Dugins 104.
Rühle 26, 59, 60, 81, 86, 89, 91.
Scheidemann 26, 49, 50, 52, 57, 59,
62, 63, 68, 84, 87, 93, 99, 109, 110,
119, 139, 163, 165, 175, 189, 200.
Schiffer 63, 71.
Schmidt-Meilzen 58, 60, 81.
Schmidt, Robert 99.
Schnellbacher 154.
Scholz 31.
Schoepflin 58, 92.
Schulz, Heinrich 50, 100, 155.
Schwartz 53, 60, 81, 86, 96.
Sender, Toni 226.
Serati 104.
Severing 115.
Simon 57, 58, 60, 81, 86.
Sindermann 129.
Sinowjew 223, 224, 225, 226.
Spahn 84, 85.
Stadthagen 26, 31, 45, 54, 55, 58, 60,
63, 81, 86, 96, 111.
Stahl 137.
Stampfer 22, 119.
Stinnes 38.
Stoecker 202, 205, 208, 211, 219, 221,
222, 223, 224.
Stolle 45, 58, 60, 81, 86, 96.
Ströbel 31, 41, 43, 67, 133, 181, 187.
Stubbe 81.
Stumm 33.
Studekum 26, 40, 41, 53, 58.
Thalheimer 67.
Timm 107, 108, 111.
Tschidsse 141.
Tschitscherin 202.
Turati 222.
Umbreit 115.
Vogtherr 26, 53, 60, 81, 86, 96, 124,
135, 164.
Wahnschaffe 69, 116.
Walcher 39.
Weber 31.
Wedel-Piesdorf 57, 72.
Weill 49.
Wengels 87, 101, 130, 132, 154.
Wendel 26, 171.
Wermuth 31.

Westarp 59, 70, 72, 175.
Westmeyer 30, 53.
Wildgrube, Dr. 120.
Wilhelm II. 11, 29, 35, 42, 55, 122, 124,
137, 155, 163, 172, 178.
Wilson 188, 175, 198.
Winnig 50, 86, 100, 144.
Wissell 201.

Wolffheim 32.
Wolfstein 145.
Wurm 57, 81, 86, 98, 208, 217.
Zetkin, Clara 30, 67, 82, 154.
Zietz, Luise 87, 101, 130, 132, 143,
154, 192, 224.
Zubeil 58, 60, 81, 86, 96.